NACHRICHTEN

- Gleichwertige Lebensverhältnisse
- Flächenmanagement und Nachhaltigkeit
- Raumordnung zwischen Naturschutz und Tourismus
- Demographischer Wandel und neue Disparitäten
- Neuerscheinungen
- Regionale Effekte von Wissenschaftseinrichtungen
- Grenzenloser Verkehr? Verkehr an Grenzen!
- Räumliche Auswirkungen der Virtualisierung
- Wissensgesellschaft und Raumentwicklung

2 2005

AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG

Inhalt

Zur Diskussion

- Gleichwertige Lebensverhältnisse
  Diskussionspapier des Präsidiums der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 1

Raumforschung/-entwicklungspolitik

- Aus dem Kompetenzzentrum für Raumforschung und Regionalentwicklung in der Region Hannover
  - Mitgliederversammlung des Kompetenzzentrums 4
- Internationales Planertreffen in Österreich 4
- COMMIN: Trainingsprogramme
  Förderung von transnationalem Wissenstransfer 5
- Rhein-Neckar-Dreieck zeigt Profil 7
- Interaktiver Landschaftsplan Königslutter am Elm 8
- Europäisierung der Kulturlandschaftspflege
  Entwicklungen im Ostseeraum 8
- Sicherheitspartnerschaft im Städtebau Niedersachsen 9
- Pro Geisteswissenschaften 10
- Fernstudien-Kurs zu Perspektiven der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie 10
- Zusatzstudiengang Umweltrecht in Lüneburg 10
- Weiterbildungsangebote in Raumplanung und Raumentwicklung 10
- Ausschreibungen für Preise und Wettbewerbe 11
- Neue Veröffentlichungen aus anderen Verlagen 12
- Veranstaltungshinweise 14
- Aus den raumwissenschaftlichen Einrichtungen der WGL
  - 9R-Kolloquium
    Städte und Regionen im Wandel – Wohin geht die demographische Entwicklung? 15
  - 4R-Einrichtungen beraten über gemeinsame Vorhaben 17
  - ARL beim Parlamentarischen Abend der WGL in Berlin 18
  - 4R-Kooperationsprojekt „Territorialplanung in der DDR“ 18
  - Menschen bewegen Grenzen
    Zukunft der grenzüberschreitenden Kooperation in Europa 19
  - Workshop „Simulation in den Umwelt- und Geowissenschaften“ 19

ARL-Zeitschriftenschau 20

ARL-Forschung

- Städtewettbewerb
  Chancen und Risiken der Kooperation 27
- EAG für den mittel- und südosteuropäischen Raum 27
- Flächenmanagement und Nachhaltigkeit 28
- LAG Bayern ehrt Prof. Dr. Werner Buchner 30
- Raumordnung zwischen Naturschutz und Tourismus 31
- Demographischer Wandel und neue Disparitäten 33
- Neues Landesplanungsgesetz für NRW 35
- Regionale Effekte von Wissenschafts-einrichtungen 36
- Entwicklung ländlicher Räume in Nordwest-deutschland 38

ARL-Veranstaltungen

- Wissenschaftliche Plenarsitzung 2005 in Ravensburg
  Grenzenloser Verkehr? Verkehr an Grenzen! 40
- Vorankündigung
  Wissenschaftliche Plenarsitzung 2006 44
- Parlamentarisches Arbeitsgespräch 46
- Erfolgreiche Tagung zu den räumlichen Effekten föderativer Systeme 46
- Räumliche Auswirkungen der Virtualisierung 47
- Zukunftsfähigkeit städtischer Infrastruktur 49
- Wissensgesellschaft und Raumentwicklung 51

ARL-Neuerscheinungen 53

ARL-Intern

- Austausch mit der Niedersächsischen Landesplanung 56
- Grundsatzkommission diskutiert gleichwertige Lebensbedingungen 56
- Frühjahrstreffen des Wissenschaftlichen Beirats 58
- Kuratorium beschließt Tätigkeitsbericht 2003/2004 59
- Versammlung der Ordentlichen Mitglieder 60
- Neue Korrespondierende Mitglieder 61
- Internationale Delegation zu Gast bei der ARL 62
- Besuch von Raumplanern aus Montenegro 62
- Personalien 63

FRU

- Werner-Ernst-Preis 2005 vergeben 64
- Mentoring-Programm von ARL und FRU 66
- Neue Mitglieder im FRU 68
- Vorankündigung Mitgliederversammlung des FRU 68
- FRU-Infobörse 69

Stellenangebote

70

NACHRICHTEN DER ARL

Technische Redaktion: Oliver Rose, Maria Hein
Druck: poppdruck, 30851 Langenhagen
Die NACHRICHTEN der ARL erscheinen viermal im Jahr.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.
Juli 2005

AKADEMIE FÜR RAUMFORSCHUNG UND LANDESPLANUNG
30161 Hannover, Hohenzollernstraße 11
Tel.: 0511 / 3 48 42 - 0; Fax: 0511 / 3 48 42 - 41
E-Mail: ARL@ARL-net.de
http://www.ARL-net.de
Red.: 0511 / 3 48 42 - 26; E-Mail: Rose@ARL-net.de

Gleichwertige Lebensverhältnisse

Diskussionspapier des Präsidiums der Akademie für Raumforschung und Landesplanung

1. Aktualität des Themas „Gleichwertige Lebensverhältnisse“

Durch die deutsche Einigung sind die räumlichen Disparitäten größer geworden. Ihr langsamer Abbau ist teilweise zum Stillstand gekommen. Die fortdauernden großräumigen Wanderungen können als Signal ungleichwertiger Lebensverhältnisse gelten.

Auch der europäische Erweiterungsprozess erzeugt wachsende Disparitäten in der Europäischen Union. Dem soll durch eine territoriale Kohäsionspolitik begegnet werden.

Im Globalisierungsprozess verschärft sich nicht nur der internationale Wettbewerb der Unternehmen, sondern auch der der Staaten (Lissabon-Strategie der Europäischen Union). Wenn „Stärken stärken“ dabei zur Devise wird, werden mit der neuen Aufmerksamkeit für Metropolregionen eventuell wachsende Disparitäten in Kauf genommen.

2. Ausgangsbefund: kein Konsens

Nach 50 Jahren Debatte, an der sich die ARL rege beteiligt hat, ist kein Konsens über zentrale Fragen erreicht:

Begriffsinhalt: Was ist mit dem Ziel genau gemeint?

Legitimation: Wie ist das Ziel zu begründen?

Politische Gewichtung: Welches Gewicht soll das Ziel im Wandel der Zeit, je nach Handlungsebene und Raumtyp erhalten?

Instrumentarium: Wie ist das Ziel zu verfolgen?

In der aktuellen Situation der Formulierung eines raumordnungspolitischen Leitbildes in Deutschland muss sich die ARL mit dem Prinzip der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ erneut auseinander setzen und es zeitgemäß interpretieren. Dazu soll dieses Diskussionspapier des Präsidiums einen Beitrag leisten.

3. „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ sind nicht – in jedem einzelnen Sachverhalt – gleiche Lebensverhältnisse

Dies ist eine unstrittige Selbstverständlichkeit. Die Debatten der siebziger Jahre haben das Thema Lebensqualität intensiv beleuchtet und als komplexes Konzept, das aus verschiedenen Dimensionen besteht, ausgearbeitet. Diese sind zwar über Indikatoren operationalisierbar, aber nicht in jeder Dimension gleich gut quantifizierbar. Zudem wirft das Konzept das Grundproblem der Aggregation auf: Im Unterschied zur Summierung ökonomischer Werte über Preise im Bruttoinlandsprodukt gibt es keine Möglichkeit zur Summierung der einzelnen Dimensionen.

Beides führt zu einer inhärenten Unbestimmtheit des Konzepts Lebensqualität und bewirkt so wissenschaftliche und politische Strittigkeit. Die mangelnde Messbarkeit des Aggregats Lebensverhältnisse, aber auch die Abhängigkeit aller Verteilungsnormen von Werturteilen führen zur Ablehnung des Konzepts der „gleichwertigen Lebensverhältnisse“ bei einigen Wissenschaftlern. Das aber schafft „gleichwertige Lebensverhältnisse“ als politisches Thema in politischen Programmen oder als politische Forderung der je „Benachteiligten“ nicht aus der Welt.

4. Mögliche Begründung

In ethischer Begründung lassen sich Verbindungslinien ziehen zu zentralen Begriffen wie Nächstenliebe, Brüderlichkeit, Solidarität, aber auch sozialem Frieden.

Auf suprastaatlicher Ebene verfolgt die EU das Ziel der territorialen Kohäsion.

Im deutschen Verfassungsrecht gibt es vier Anknüpfungspunkte:

a) „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ lassen sich als die regionale Ausprägung des Sozialstaatsprinzips interpretieren.

b) Aus dem Bundesstaatsprinzip wird das Konzept der „bündischen Solidarität“ und der „Bundestreue“ abgeleitet.

c) In der Kompetenznorm des Art. 72 GG wird der Begriff „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ konkret verwendet.

d) In der Steuerverteilungsnorm des Art. 106 GG wird auf die „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ Bezug genommen.

Die „gleichwertigen Lebensverhältnisse“ sind im Raumordnungsgesetz (seit 1997) und in verschiedenen Landesplanungsgesetzen gesetzlich normiert. Unabhängig von der Existenz von ethischen und rechtlichen Normen ist jeder Politiker in der Demokratie gut beraten, die Norm zu berücksichtigen. Eine ökonomische Begründung gibt es nicht; es sei denn, die (sozialen) Kosten von Wanderungen, die mit ungleichen Lebensverhältnissen einhergehen können, überstiegen nachweislich die (sozialen) Nutzen.

5. Zieltyp

Es gibt verschiedene Typen von Zielen. Die allgemeine Vorstellung von politischen Zielen ist zu oft beherrscht von quantifizierbaren „Punktzielen“ wie Vollbeschäftigung oder Preisstabi-

lität. Jahr für Jahr ist der Abstand zu diesen Punktzielen messbar und Element politischer Debatte.

Das gilt für „gleichwertige Lebensverhältnisse“ nicht. Dies ist ein Richtungsziel wie Gerechtigkeit. Wir können uns ihm nähern, wir werden es aber nie erreichen. Daher sind alle Formulierungen wie „Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ (so als könnten wir sie herstellen) oder „Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ (so als hätten wir sie und müssten sie nur erhalten) irreführend.

6. Verpflichtungscharakter

Das Ziel „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ als zentrales Ziel der Raumordnungspolitik verpflichtet öffentliche (nicht auch private) Akteure, regionale Disparitäten in ihrem Gebiet aktiv zu vermindern, wenigstens möglichst nicht zu verstärken. Es verbietet den Vorreitern unter den Teilräumen nicht, im regionalen Wettbewerb der Regionen ihren Vorsprung auch zu Lasten Dritter auszubauen. Es ist keine Bremse der wachstumsfördernden Innovationskonkurrenz unter Regionen und kein Dekonzentrationskonzept.

In unserem Staat gibt es ein vertikal gestuftes System angesprochener Akteure. Das Ziel „gleichwertige Lebensverhältnisse“ gilt für jeden einzelnen:

- für den *Bund* zumindest hinsichtlich seiner 16 Länder,
- für die *Flächenländer* zumindest hinsichtlich ihrer „Regionen“, Kreise, kreisfreien Städte,
- für die *„Regionen“* zumindest hinsichtlich ihrer Kreise und kreisfreien Städte,
- für die *Kreise* zumindest hinsichtlich ihrer Gemeinden,
- für *Stadtstaaten* und *Städte* zumindest hinsichtlich ihrer „Quartiere“.

Wer „gleichwertige Lebensverhältnisse“ bescheiden interpretiert, beschränkt das Ziel auf diese Mindestversion, d. h. aus Bundessicht auf den Vergleich zwischen Ländern. Doch sollte schon auf dieser Ebene der Blickwinkel auch ergänzend mindestens auf große Raumkategorien (Agglomerationsräume vs. ländliche Räume, Kernstädte vs. Umland) gerichtet werden, wie es im Raumordnungsgesetz und den Raumordnungsberichten ja traditionell geschieht.

Das Ziel „gleichwertige Lebensverhältnisse“ ist als Argument in einen Abwägungsprozess einzustellen und zu berücksichtigen. Das setzt voraus: die regionalen Wirkungen zu ermitteln. Letztlich läuft das auf eine Raumverträglichkeitsprüfung für politisches Handeln hinaus. Vor allem die Fachpolitik versäumt bislang, die räumlichen „Nebenwirkungen“ ihres Tuns überhaupt zu ermitteln. Die Übernahme dieser wichtigen Aufgabe durch die Raumplanung wird allerdings zurzeit nicht zuletzt durch den verbreiteten Stellenabbau erschwert.

Abwägen erlaubt „Wegwägen“, „Wegwägen“ erfordert Begründung, die mit einer Wirkungsprognose zu verbinden ist. Aus dem Ziel „gleichwertige Lebensverhältnisse“ folgt jedenfalls keine Verpflichtung des Staates zum Ausgleich durch den Staat.

7. Hauptelemente praktizierter Politik für „gleichwertige Lebensverhältnisse“

Im Mittelpunkt einer realistischen Einschätzung von Wirksamkeit müssen für die Ebene des Bundes der Bund-Länder-Finanzausgleich und für die Ebene der Flächenländer der kommunale Finanzausgleich stehen. Sie sind die wirksamsten Instrumente einer Politik für „gleichwertige Lebensverhältnisse“.

Der Bund-Länder-Finanzausgleich passt die Pro-Kopf-Einnahmen der armen Länder in einer international (nach Verfahren und Ergebnis) einmaligen Art und Weise auf 99,5 Prozent des Bundesdurchschnitts an. Er macht die Länder insofern in ihren Ausgaben weitgehend unabhängig von eigener Wirtschafts- und damit Steuerkraft.

Analog – wenn auch im Verfahren und Ergebnis anders – arbeitet der kommunale Finanzausgleich der Flächenländer.

In beiden Fällen werden Einnahmen angeglichen als abstrakte Voraussetzung, die es den Teilräumen ermöglicht, eigenständig das Ziel „gleichwertige Lebensverhältnisse“ zu interpretieren (Land A investiert mehr in Straßen, Land B mehr in Universitäten).

Nach dem Subsidiaritätsprinzip sollte der Gesamtraum nicht versuchen, das eigenständige Handeln der Teilräume zu steuern, doch wird dieses Prinzip in der Praxis durch Mischfinanzierungen und (investive) Zweckzuweisungen nicht in Reinform umgesetzt. Dies gilt auch zwischen Land und Kommune.

Daneben versucht die Raumplanung (Bundesraumordnung, Landesplanung, Regionalplanung), mit ihrem breiten Instrumentarium räumliche Entwicklungs- und Ausgleichsziele zu formulieren und umzusetzen. Ein Beispiel unter vielen ist das System Zentraler Orte mit seinen Ausstattungs(mindest)standards und Erreichbarkeiten als Maßstab für zielführendes Handeln der Fachressorts auf Landesebene.

8. Komplizierungen

(1) Nachträglicher Einnahmenausgleich „packt das Übel nicht an der Wurzel“. Regionale Wirtschaftspolitik (z. B. Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur), aber auch die räumliche Steuerung von Universitätsgründungen, Straßenbau etc., sind Versuche, die Wirtschafts- und Steuerkraft und Lebensqualität der Teilräume selbst auszugleichen. Sie sind eine wichtige Stütze für „gleichwertige Lebensverhältnisse“.

(2) Unterschiedlichen Bedarfslagen wird man selbst mit einem weitgehenden Ausgleich der Pro-Kopf-Einnahmen nicht gerecht. Besonders Betroffene brauchen mehr. So lassen sich Bundesergänzungszuweisungen (auch der Solidarpakt) oder Zweckzuweisungen der Länder an Kommunen rechtfertigen.

(3) Anreizproblematik: Allgemeiner Finanzausgleich, regionale Wirtschaftspolitik und Zweckzuweisungen schwächen das Eigeninteresse, den Anreiz für gute Wirtschaftspolitik. Das ist plausibel und theoretisch begründbar, empirisch aber schwer oder gar nicht zu belegen. Das Konzept des Wettbewerbsföderalismus betont diese negativen Anreizwirkungen einer aktiven Politik zugunsten „gleichwertiger Lebensverhältnisse“.

9. Aktuelle Herausforderungen und Perspektiven

Auf Bundesebene ist der Aufbau Ost als staatspolitische Jahrhundertaufgabe ein Paradebeispiel dafür, dass eine Orientierung am Ziel „gleichwertige Lebensverhältnisse" – wie es oben umrissen wurde – unverzichtbar ist. Auf diese regionalen Disparitäten und die finanzwirtschaftlichen Probleme der Länder Berlin, Bremen und Saarland sollte der Bund sein Hauptaugenmerk richten.

In den Wirtschaftswissenschaften werden zurzeit der hohe Ausgleichsgrad des Bund-Länder-Finanzausgleichs und die Transfers aus wirtschaftsstarken in wirtschaftsschwache Räume vor dem Hintergrund des internationalen Wettbewerbs überwiegend kritisiert. Überlegungen zu einer Neujustierung der Positionen im Spannungsfeld zwischen Wachstumsziel und Ausgleichsziel treffen allerdings auf erhebliche politische Widerstände nicht nur in regionaler Perspektive, sondern auch in der Debatte über den Sozialstaat insgesamt.

In allen Flächenländern stellen ökonomisch relativ zurückbleibende Regionen seit je ein Thema der Landesentwicklungspolitik dar.

Große Trends gefährden die Ausgleichsziele. Dafür zwei Beispiele:

- Der ökonomische Wandel mit seiner wachsenden Bedeutung von High Tech und produktionsorientierten Dienstleistungen bevorzugt Metropolregionen und verstärkt die Schwierigkeiten in peripheren ländlichen Räumen.
- Demographischer Wandel führt zu sinkender Bevölkerungsdichte in den Regionen mit der niedrigsten Dichte. Das erzeugt Probleme der Tragfähigkeit von Infrastrukturen, überdurchschnittlicher Kosten, weiter Wege und befördert so die Abwanderung.

Schließlich vollzieht das politische administrative System im Zuge der Finanzprobleme aller staatlichen Ebenen nicht nur einen Wandel vom die öffentlichen Leistungen selbst produzierenden Staat zum „gewährleistenden" Staat, sondern auch vom viel zum weniger gewährleistenden Staat (Aufgabenkritik, Leistungsabbau).

Dadurch entsteht die Gefahr kumulativer Prozesse und einer wachsenden Polarisierung.

Damit wächst die Bedeutung des Zieles „gleichwertige Lebensverhältnisse", denn: es wird immer schwerer begründbar, diesen Aspekt „wegzuwägen". Ein raumpolitisches Laisserfaire kann genauso wenig in Frage kommen wie eine Schwächung der Räume (und Sektoren), die mit ihrer überdurchschnittlichen volkswirtschaftlichen Leistungskraft die Finanzierung der Politik „gleichwertiger Lebensverhältnisse" ermöglichen.

10. „Gleichwertige Lebensverhältnisse" und staatliche Regulierung

Es ist ein Irrtum zu glauben, nur der Staat wirke in Richtung „gleichwertiger Lebensverhältnisse", nur er könne helfen, und mit der Finanzkrise und der Transformation staatlicher Steuerung gerate das Ziel in unerreichbare Ferne. Auch in den freien Handlungen von Unternehmern und Bürgern, die Marktsignalen folgen, sind Potenziale zur Annäherung an „gleichwertige Lebensverhältnisse" angelegt.

Beispiel 1: Arbeitskraft-Abwanderung

Arbeitskräftewanderung hat bei funktionierenden Märkten in den Quellregionen den Effekt, dass die Arbeitslosigkeit tendenziell sinkt, die Löhne tendenziell steigen, in den Zielregionen gilt das Umgekehrte. In ihrer Grundtendenz dient diese Wanderung des Faktors Arbeit so auch dem Ziel „gleichwertige Lebensverhältnisse". Ein individuelles „Recht auf Heimat" und auf „gleichwertige Lebensverhältnisse" – so gern man beides realisiert sähe – kann offenbar nicht gleichzeitig gesichert werden.

Wegen der Selektivität der Wanderungen verschlechtern sich allerdings die Startbedingungen der Entleerungsgebiete. Die Politik ist daher gut beraten, derartige Polarisierungen mit eigenen Instrumenten zu bekämpfen und nicht auf den Marktmechanismus allein zu bauen.

Beispiel 2: Ballungskosten

Nur wenn die öffentliche Hand die steigenden Kosten der Ballung nicht subventioniert, die fallenden Kosten in der Peripherie nicht bremst, wächst die Chance der zurückbleibenden Regionen, ihre preislichen Standortvorteile zur Geltung zu bringen. Die Förderung der Suburbanisierung (u. a. durch Entfernungspauschale und Eigenheimzulage) kann – neben anderen Aspekten – auch als Subventionierung der Verdichtungsräume interpretiert werden. Die Begrenzung dieser Subvention wäre so auch ein Beitrag zur Annäherung an großräumig gleichwertigere Lebensverhältnisse.

Dieses Diskussionspapier des Präsidiums soll einen Anstoß für eine breite akademie-interne Diskussion bieten, es ist nicht deren Ergebnis. Dabei wird einerseits deutlich werden, wie eng das Ziel „gleichwertige Lebensverhältnisse" nicht nur mit den Fragen der Raumordnung und -planung, sondern mit vielen Grundfragen der Politik insgesamt verzahnt ist, andererseits aber auch, dass sich Raumordnung und -planung nicht auf dieses Ziel begrenzen lassen.

Präsidium der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)
Prof. Dr.-Ing. Klaus Borchard, Präsident
Prof. Dr. Heinrich Mäding, Vizepräsident
Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Zimmermann, Vizepräsident
Hannover, Mai 2005

Kompetenzzentrum
für Raumforschung und Regionalentwicklung in der Region Hannover

Mitgliederversammlung des Kompetenzzentrums

Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsinstitutionen des Kompetenzzentrums für Raumforschung und Regionalentwicklung in der Region Hannover waren zahlreich zur 8. Mitgliederversammlung am 27. 4. 2005 im Rathaus der Landeshauptstadt Hannover erschienen.

Als Vertreterin der Landeshauptstadt berichtete Dr. Magdalena Kaiser über Projekte der Stadt, die im Kontext des Kompetenzzentrums von Bedeutung sind. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang vor allem die Entwicklung der „Hannover Strategie 2015", die drei Leitthemen folgend helfen soll, den Herausforderungen durch den sozialen und demographischen Wandel zu begegnen. „Junge Stadt", „Innovationen" und „Bürgerschaftliches Engagement" sind die Themen, die von sechs fachübergreifenden Arbeitsgruppen diskutiert und durch komplexe Projekte weiter detailliert werden. Es ist damit zu rechnen, dass die Strategie im Juli in den Rat der Landeshauptstadt eingebracht wird. Die Arbeitsgruppen sind zu folgenden Themenfeldern gebildet worden: Bildung/Qualifikation/Kultur, Wirtschaftlicher Strukturwandel, Migration/Integration, Familie und Kinder, Freizeit- und Freiraumqualitäten, Anpassung der Infrastrukturausstattung.

Weitere Aspekte, über die Kaiser berichtete, stehen in engem Zusammenhang zu der in Arbeit befindlichen Strategie, wie beispielsweise der Lagebericht der Stadtentwicklung 2004, mit dessen Erscheinen im Frühsommer zu rechnen ist, die Wohnungsmarktbeobachtung 2004, Aktivitäten zur Stadtentwicklung oder auch zur Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen.

Neben diesem ausführlichen Bericht durch die Gastgeberin der Versammlung berichteten alle übrigen vertretenen Institutionen über ihre jeweiligen Schwerpunkte oder neu aufgegriffene Themenfelder. Um die Aktivitäten des Kompetenzzentrums künftig auf stabile Füße zu stellen, werden mit Beginn des Jahres gestaffelte Mitgliedsbeiträge von den Partnerinstitutionen erhoben, die vornehmlich für die Kostendeckung von Veranstaltungen und Publikationen sowie für Infomaterial in eigener Sache genutzt werden.

Für das kommende Jahr wurden die Themenschwerpunkte beschlossen. Das Fachforum am 3. Februar 2006 im Leibnizhaus wird unter der Ägide von Prof. Barbara Zibell das Thema „Wissensregion" aufgreifen und damit an das diesjährige Fachforum, welches der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen gewidmet war, anknüpfen und einen Detailaspekt vertiefen. Die Ringvorlesung im Sommersemester 2006 wird durch Prof. Friedrich zum Thema „Bewegung im Raum – Raum in Bewegung" vorbereitet. Darüber hinaus ist unter der Leitung von Dr. Arno Brandt eine eintägige Herbstveranstaltung zum Thema „Expo+5 – Fünf Jahre nach der Expo" geplant. Auf alle Veranstaltungen wird rechtzeitig hingewiesen.

Das Kompetenzzentrum ist schließlich um ein weiteres Mitglied bereichert worden: Die Planerwerkstatt 1, ein Planerteam um Dr.-Ing. Klaus Habermann-Nieße mit Sitz in der Stephanusstraße, Hannover, wurde in den Kreis des Kompetenzzentrums aufgenommen.

Evelyn Gustedt, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 29
E-Mail: Gustedt@ARL-net.de

Internationales Planertreffen in Österreich

Das jährliche Treffen von Delegationen aus den Niederlanden, Luxemburg, Österreich, der Schweiz und Deutschland, das seit Anfang der 1960er Jahre besteht, wurde in diesem Jahr von der österreichischen Seite organisiert. Es fand Mitte Mai in Klagenfurt zum Schwerpunktthema „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Raumplanung" statt.

Die Planertreffen dienen der gegenseitigen Information durch Länderberichte und der gemeinsamen Diskussion aktueller und grundsätzlicher Themen aus Raumplanung und Raumforschung. Der Kreis umfasst rund 20 Personen aus Planungspraxis und -wisssenschaft. Die Mitwirkenden aus der Praxis repräsentieren die nationale Ebene sowie die der Länder, Regionen und Gemeinden; die aus der Wissenschaft kommen aus dem Hochschulbereich und aus außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Deutschland wird zurzeit durch MinDgt Dr.-Ing. Bernhard Heinrichs, Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung, Schwerin, den Ersten Beig. Jens Peter Scheller, Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main, ARL-Generalsekretär Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich, Hannover, MinDgt Manfred Sinz, Bundesministerium für Verkehr, Bau- und

Wohnungswesen, Berlin, und Prof. Julian Wékel, TU Darmstadt, vertreten.

Länderberichte: Themenvielfalt

Traditionsgemäß standen zunächst die Länderberichte im Vordergrund. Unter der Moderation von Peter Fercher, Leiter der Landesplanung Kärnten, stellten die Vertreter aus der Schweiz die Schwerpunkte der Raumentwicklung 2004/2005 vor. Zentrale Teilthemen waren „Verkehr und Raumplanung", „Umweltschutz versus Raumplanung", „Ländlicher Raum" und „Wirtschaftsförderung versus Raumplanung". Von deutscher Seite wurden der Entwurf eines neuen Raumentwicklungsprogramms Mecklenburg-Vorpommern, Ansätze des regionalen Managements aus dem Rhein-Main-Raum, der Städtebauliche Bericht der Bundesregierung 2005 und aktuelle Forschungsergebnisse zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zur Diskussion gestellt.

Der Länderbericht der Vertreter aus Luxemburg drehte sich um das integrierte Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept und um das neue Gesetz zur kommunalen Raumordnung und städtebaulichen Entwicklung, das seit dem letzten Jahr das Raumordnungsgesetz von 1999 ergänzt. Von niederländischer Seite wurde zunächst ein Sachstandsbericht zur Raumordnung und Raumentwicklung gegeben. Im Einzelnen ging es um die Note Raum, Spitzen im Delta, die Note Mobilität und die Agenda für die ländlichen Räume. Darüber hinaus wurde die bisherige Planungsdoktrin kritisch reflektiert und ein Blick auf die niederländische EU-Präsidentschaft geworfen.

Die Vertreter aus Österreich gingen auf aktuelle Fragestellungen und Projekte der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) ein, berichteten über den neuen Stadtentwicklungsplan für Wien und erläuterten am Beispiel Kärntens die Bedeutung von INTERREG III als Instrument für die europäische Raumplanung.

Zwischen Stadtregion und Europaregion

Im zweiten Teil des 43. internationalen Planertreffens drehte sich alles um das Schwerpunktthema „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Raumplanung". Dabei stellten im ersten Block Fritz Wegelin, Bern, und Manfred Sinz, Berlin, die derzeitigen Überlegungen für nationale Raumentwicklungsstrategien in der Schweiz und in Deutschland vor. Über stadtregionale Kooperationsansätze berichteten anschließend Maria Lezzi Lauper, Basel, Klaus Vatter, Wien, und Sonja Gengler, Luxemburg. Im dritten Block stellten Marian Teer, Utrecht, und Roland Auburger, Den Haag, das Verhältnis Raumplanung - Fachplanungen in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen zur Verbesserung der Umwelt- und der Verkehrsqualität. Abschließend wurden Beispiele für grenzüberschreitende Kooperationen präsentiert. Myriam Bentz, Luxemburg, ging auf den Atlas der Überschwemmungsgebiete im Einzugsbereich der Mosel ein, Fritz Schindegger, Wien, stellte eine Typologie europäischer Grenzregionen vor, Bernhard Heinrichs, Schwerin, berichtete über die deutsch-polnische Zusammenarbeit im Rahmen des INTERREG III B-Projekts „South Baltic Arc" und Dietmar Scholich, Hannover, fasste die aktuellen Forschungsergebnisse aus der ARL zu deutsch-dänischen und deutsch-niederländischen Grenzregionen zusammen.

Dietmar Scholich, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 37
E-Mail: Scholich@ARL-net.de

COMMIN: Trainingsprogramme

Förderung von transnationalem Wissenstransfer

Im Rahmen des BSR INTERREG III B-Projektes „COMMIN – Promoting Spatial Development by Creating COMmon MINdscapes", das durch das Sekretariat der ARL koordiniert wird (s. ARL-Nachrichten 1/05, S. 27 f.), ist die erste Seminarreihe für Planer und Praktiker der Regional- und europäischen Raumentwicklung in den Ostseeanrainerstaaten angelaufen. Diese ermöglicht den Teilnehmern, innovative Entwicklungsstrategien kennen zu lernen, ihre Erfahrungen transnational auszutauschen und die Ergebnisse in den eigenen Arbeitskontext zu transferieren. Das Auftaktseminar fand vom 16.–18. 03. 2005 in der Region Keskisuomi (Mittelfinnland) unter dem Titel „Challenges of Urban and Regional Development" statt. Die Organisation lag bei den Projektpartnern Stadt Jyväskylä und Fachhochschule Jyväskylä, Finnland. An dem Training nahmen sechs „Junior Experts" aus Finnland, Lettland, Russland und Deutschland teil. Bei dem nachfolgenden Bericht handelt es sich um die Erfahrungen von drei Seminarteilnehmern aus den Reihen des Jungen Forums der ARL.

Nicht nur bei Pisa Spitze – Auch bei regionalen Entwicklungsstrategien sind die Finnen „on the top"

Regionaler Background

Bei der Ankunft erwartete uns nicht nur eine tief verschneite Winterlandschaft, sondern auch eine zukunftsorientierte Region: Die wald- und seenreiche, traditionell von Tourismus und Papierproduktion geprägte Gegend erlebte in den vergangenen Jahren einen massiven Strukturwandel. Früh investierten die Verantwortlichen daher große Summen in Zukunftsfelder und die Qualifikation der Arbeitskräfte. Die Arbeitslosenquote konnte halbiert und der Bevölkerungszuzug gesteigert werden. Heute weist die Region neben Helsinki die größten Wachstumsraten auf. „We have no good infrastructure, but high-qualified labour fource", brachten die Finnen ihre Strategie pragmatisch und selbstbewusst zugleich auf den Punkt.

Eine Einstellung, die uns angesichts der Ankündigung eines milliardenschweren Infrastrukturprogramms durch die Bundesregierung nachdenklich machte.

Zusammenhalt und Strukturwandel in Europa steuern

Am ersten Seminartag referierten zwei Wissenschaftler von der Universität Tampere, PhD Ilari Karppi und MSc. Anu Takala, zu dem Themenkomplex „Zusammenhalt und Strukturwandel in Europa steuern". Karppi analysierte in seinem Vortrag die EU-Osterweiterung und die Konsequenzen für den Ostseeraum, der durch eine dünne Besiedlung, geringe Bevölkerungszahl und große Entfernungen geprägt ist. Diese „Baltic Sea Region", die bis Ende der 1980er Jahre in eine Hochlohn- und Billiglohn-Region und zwei institutionell divergierende Systeme getrennt war, erlebt seit den 1990er Jahren einen Investitionsfluss in ihren „Ostteil". Für das 21. Jahrhundert prognostiziert der Regionalwissenschaftler die Bildung von „Core-Regions" entlang des ehemaligen Grenzverlaufes und der Ostsee, die in die globale Ökonomie eingebunden sein werden und untereinander ein regionales Kooperationssystem aufbauen.

Takala erläuterte den Strukturwandel und seine Bewältigung im nördlichen Europa am Beispiel der Stadt Tampere, dem „Manchester von Finnland", und der Stadt Malmö (Südschweden). In Tampere wurde die strukturelle Krise vor allem durch die Einrichtung der Universität, das schnelle Wachstum des IT-Sektors (Success-Story Nokia) und durch das „Centre of Expertise Programme" (s. u.) aufgefangen; im Fall von Malmö durch fiskalische Maßnahmen (Steuererleichterungen) und Großprojekte, z. B. die Erneuerung eines ehemaligen Werftareals. Am Beispiel des peripher gelegenen „Bothnian Arc" erläuterte Takala eine gelungene grenzüberschreitende Kooperation der Zwillingsstädte Tornio und Haparanda, die in Finnland und Schweden liegen, deren Stadtzentren aber nur einen Kilometer auseinander liegen und in deren Fall die Staatsgrenze eine nur noch administrative Grenze darstellt.

Regionalentwicklung in Finnland: Konzepte und Praxisbeispiele

Im Mittelpunkt des zweiten Tages standen finnische Strategien für eine erfolgreiche Regionalentwicklung. Zunächst referierte Wirtschaftsförderer Rauli Sorvari über die Tätigkeiten der Regionalverwaltung von Keskisuomi, die in der Umgebung von Jyväskylä für die Regionalplanung und die Wirtschaftsförderung zuständig ist: Angesichts geringer natürlicher Ressourcen und der großen Entfernung zur Hauptstadt Helsinki setzt man dort ganz auf die Qualifizierung der Arbeitskräfte, sowohl im Rahmen der Schul- und Hochschulausbildung als auch durch berufsbegleitende Fortbildung und e-Learning. Sorvari bezeichnete nicht ohne Stolz Keskisuomi daher als „Lernende Region".

Foto: Daniela Gorsler

Besichtigung der „Team Academy" der Fachhochschule Jyväskylä

Am Nachmittag berichtete Janne Antikainen, wissenschaftlicher Referent des Innenministeriums, über die gegenwärtigen Schwerpunkte der „Urban Policy" in Finnland. Das „Centre of Expertise Programme" ist ein Programm des finnischen Staates, mit dem die regionale Spezialisierung gefördert wird. Im Rahmen dieses Programms wird beispielsweise Jyväskylä als Kompetenzzentrum für Informationstechnologie, Energie, Umwelttechnik, Wellness- und Papiertechnologien ausgebaut. Im Gegensatz zu dieser brachenspezifischen Förderung werden beim „Regional Centre Programme" diejenigen städtischen Agglomerationen gefördert, von denen man sich einen Entwicklungsimpuls für das ländliche Umland erhofft. Die „Regional Centres" wurden in einem ambitionierten Forschungsvorhaben im Rahmen des ESPON-Netzwerkes durchgeführt und mittels ausgewählter Indikatoren ermittelt.

Lokale Antworten auf den globalen Strukturwandel

Der letzte Seminartag führte uns nach Jämsa zur „Team Academy", einer Einrichtung der betriebswirtschaftlichen Fakultät der Fachhochschule Jyväskylä. Die Studienatmosphäre dort war beeindruckend: Die Computerarbeitsplätze sind modern und kommunikativ angeordnet, der Unterricht ist auf die individuellen Bedürfnisse der Studierenden zugeschnitten, Tutoren begleiten Studienprojekte intensiv. Vom ersten Semester an steht das Thema Existenzgründung im Vordergrund, um die künftigen Absolventen in der Region zu halten. Die Fachhochschule hat sich als zentrale Promotorin im regionalen Wissens- und Technologietransfer etabliert: Die Studierenden bearbeiten Aufträge von Firmen, die Hochschule bietet regionalen Akteuren Qualifizierungen und Expertenworkshops an, führt Gründungsberatung durch und erstellt Konzepte für regionale Problemstellungen. Neu war für uns, dass die finnischen Hochschulen Ende 2004 gesetzlich verpflichtet wurden, sich aktiv an der Regionalentwicklung zu beteiligen und dafür Strategien zu entwickeln.

Der Tag endete mit einer Diskussionsrunde, in der Mitarbeiterinnen der regionalen Tourismusagentur und KMU über die Erarbeitung eines Masterplans und eines Imagekonzeptes für die drittwichtigste finnische Wintersportregion berichteten.

Lessons Learned – Mehrwert des Seminars für unsere Arbeit

Im Ergebnis haben wir aus dem Seminar durch die Praxiseindrücke und engagierten Diskussionen wichtige Erkenntnisse für unsere Arbeit mitgenommen:

- der Vorteil regionaler Spezialisierung gegenüber Wirtschaftsförderung nach dem Gießkannenprinzip,
- der Erfolg einer Kombination aus staatlicher Steuerung (z.B. Steuererleichterung bei Ansiedlung junger Akademiker in peripheren Regionen) und regionaler Selbstbestimmung,
- eine gute regionale Kooperationspraxis als Ausgangspunkt für erfolgreiche internationale Zusammenarbeit,
- der kreative Umgang mit regionalen Problemstellungen.

Neben diesen berufsqualifizierenden Inhalten kamen beim Seminar auch das „Socialising" und der interkulturelle Austausch nicht zu kurz. Die finnischen Partner hatten einen Besuch im Alvar Aalto-Museum, einen Stadtrundgang und ein traditionelles Mittagessen organisiert. Bei „Olut" (finnisch: Bier) und Schneewanderungen lernten wir viel über Finnland, Lettland und Russland und bahnten neue Kooperationen an.

Wir hoffen, dass auch die geplanten Folgeveranstaltungen im Rahmen des Projektes COMMIN auf reges Interesse stoßen und den transnationalen Austausch im Ostseeraum weiter befördern. Wir wünschen dabei viel Erfolg.

Dipl.-Ing. Nicole-Simone Dahms,
Koordinationsstelle Nachhaltiges Planen und Bauen am Oberrhein,
www.tri-plan.net

Dipl.-Ing. Daniela Gorsler,
Technischen Fachhochschule Wildau – Service Center Internationaler Wissens- und Technologietransfer, www.tfh-wildau.de/sewitec

Dipl.-Ing. Stadtplaner SRL Hans-Martin Neumann,
DRAGOMIR STADTPLANUNG, www.dragomir.de

Rhein-Neckar-Dreieck
zeigt Profil

Am 22. Februar 2005 fand in Mannheim die Veranstaltung „Rhein-Neckar-Dreieck auf dem Weg zur Europäischen Metropolregion" statt. Die Dreiländerregion mit 2,3 Millionen Einwohnern zeigte damit, dass sie zur Liga der Agglomerationen mit metropolem Charakter zählt. Etwa 350 Interessierte waren der Einladung nach Mannheim gefolgt.

Das Rhein-Neckar-Dreieck stellt sich als siebtgrößter Ballungsraum Deutschlands in die Reihe der Bewerber, wie z.B. auch Hannover oder Nürnberg, um den Aufstieg in die „Metropolen-Liga" zu schaffen. Für das Rhein-Neckar-Dreieck versteht sich das nicht von selbst. Denn zwischen den Metropolregionen Frankfurt und Stuttgart positioniert, unterliegt der Zwischenraum einem „Nichtbeachtungsfaktor", der mit Heidelberg, Ludwigshafen und Mannheim in drei Oberzentren gegliedert ist. Diese polyzentrische Struktur wird durch die Lage in einem Dreiländereck noch verstärkt. Hier sind noch erhebliche Anstrengungen erforderlich, um den „eigenen" Lebensraum als Einheit zu begreifen.

Dass sich nun aus Handicaps, wie den trennenden Ländergrenzen, der Nachbarschaft zu bereits kategorisierten Metropolregionen und kommunalen Eigeninteressen, durchaus positive Impulse schöpfen lassen, machte die Veranstaltung deutlich.

Es wurde Berlin signalisiert, dass auch das Rhein-Neckar-Dreieck zum Kreis der Metropolregionen zählt, indem auf die Kontinuität der Entwicklung verwiesen wurde, das Nebeneinander zu einem Miteinander zu führen. Trotz Handicaps können Kräfte gebündelt werden, wie an der Anstrengung deutlich wird, zwischen Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz bis Mitte des Jahres 2005 einen Staatsvertrag für eine gemeinsame Regionalplanung zu schließen. Föderative Gebilde zeigen sich offenbar fähig, auch scheinbar feste Strukturen verändern zu können. Zumindest haben die drei Ministerpräsidenten im letzten Jahr eine Willenserklärung hierzu abgegeben. Man denkt sogar in noch größeren Dimensionen, nämlich dass eines Tages die Gesamtregion Frankfurt/Rhein-Neckar-Dreieck/Stuttgart als europäischer Metropolraum zu werten sei.

Die Kontinuität der Entwicklung einerseits und die Qualitäten andererseits wurden anhand mehrerer Sektoren vor- bzw. herausgestellt: Regional Governance, Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Erreichbarkeit.

Nach zahlreichen Vorträgen folgten eine Key-note zur Metropolregion und eine Podiumsdiskussion.

Abschließend machten die Oberbürgermeister und Bürgermeister deutlich, dass sie gemeinsam das Ziel, Metropolregion zu sein, erreichen möchten.

Inzwischen ist das Rhein-Neckar-Dreieck von der MKRO als Metropolregion anerkannt worden.

Volker Wille, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 22
E-Mail: Wille@ARL-net.de

Interaktiver Landschaftsplan Königslutter am Elm

Am 28. Februar 2005 fand im Fachbereich Landschaftsarchitektur und Umweltplanung der Universität Hannover ein Workshop zum Vorhaben „Interaktiver Landschaftsplan" statt, der die Ergebnisse der Untersuchungen vorstellte und nächste Schritte einer Begleitforschung erörterte.

Das Projekt wurde durch das Bundesamt für Naturschutz aus Mitteln des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit nach der Richtlinie für Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben gefördert. Die Stadt Königslutter sowie das Institut für Freiraumentwicklung und Planungsbezogene Soziologie (IFPS) stellten hierbei die Hauptakteure. Die Projektlaufzeit betrug drei Jahre. Ende Februar konnte der Landschaftsplan Königslutter am Elm im Gemeinderat beschlossen werden.

Bei der Veranstaltung unter der Moderation von Prof. Dr. Bettina Oppermann, IFPS Hannover, wurde u.a. deutlich, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung mithilfe der elektronischen Medien (GIS-Basis-Technik, Internet und Internetplattform mit entsprechender personeller Betreuung) gegenüber den bisher eingesetzten Medien (Schriftliche Stellungnahme, Presse, Telefon u.a.) erfolgreich erweitert werden kann. Infolge verbesserter Visualisierungsmöglichkeiten einer zentralen Dokumentation, durch Erschließung neuer Beteiligungskreise und infolge verbesserter Genauigkeit sowie eines flächendeckenden Angebots konnten die Stellungnahmen rationell bearbeitet werden. Dadurch verbesserte sich zugleich das Image der Verwaltung.

Für das Projekt wurden Module zur E-Beteiligung entwickelt und erprobt, die künftig auch für formelle Verfahren Bedeutung haben werden. Dabei werden integrative Ansätze zunehmend an Gewicht gewinnen. Dies wird nicht ohne Auswirkungen auf die Arbeitsweise und das Verständnis von Behördentätigkeit bleiben. Denn es besteht Umsetzungsbedarf für die Vorgehensweisen bei Beteiligungsverfahren, der Demokratisierung der Planungsprozesse und auch für die Verbesserung der Planung selbst. Eine Reihe von Richtlinien, Konventionen und Vorgaben machen größere Schritte in dieser Richtung notwendig. Dazu gehören vor allem die EU-Richtlinien.

Die Veranstaltung machte deutlich, dass die Methode noch am Anfang steht, zeigte aber, dass sie funktioniert und sinnvoll eingesetzt werden kann. Allerdings müssen hierzu von den Verantwortlichen Mittel und Personal zur Verfügung gestellt werden.

Volker Wille, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 22
E-Mail: Wille@ARL-net.de

Europäisierung der Kulturlandschaftspflege

Entwicklungen im Ostseeraum

Zum Thema „Europäisierung der Kulturlandschaftspflege – Entwicklungen im Ostseeraum" führte die Konrad-Adenauer-Stiftung in der Bundesakademie für Natur- und Umweltschutz auf der Insel Vilm vom 30. März bis 2. April 2005 ein Seminar durch. Im Hintergrund stand die aktuelle Frage, welche Rolle Kulturlandschaft im Bewusstsein der Gesellschaft und in Fachbereichen wie Natur- und Landschaftsschutz, Denkmalpflege und räumlicher Planung spielen kann und soll. Um diese grundsätzliche Problematik zu konkretisieren, konzentrierte man sich auf den Ostseeraum.

Auf verschiedenen Ebenen gibt es Anstöße, sich mit dem Problemfeld Kulturlandschaft auseinander zu setzen: eine europäische Landschaftskonvention vom Europarat, die von den europäischen Staaten unterzeichnet werden soll, Natura 2000 von Seiten der EU und das Europäische Raumentwicklungskonzept (EUREK). Alle diese Dokumente enthalten Bedingungen, die auch die Kulturlandschaft betreffen. Hinzu kommen entsprechende Gesetze in Deutschland im Bereich des Naturschutzrechts, des Denkmalpflegerechts und der Raumordnung. Sie alle stellen Entwicklungs- und Schutzaufgaben dar, die auch die Kulturlandschaftsentwicklung betreffen.

Das umfangreiche Tagungsprogramm beinhaltete zahlreiche Referate, ein Expertengespräch und eine Exkursion.

Das Expertengespräch stand unter der Fragestellung „Kulturlandschaftspflege im Ostseeraum oder Was soll mit dem Ostseeraum geschehen? – Visionen für Forschung, Lehre und räumliche Planung“ und wurde von Prof. Dr. Winfried Schenk, Bonn, moderiert.

Vor dem Hintergrund der vorangegangenen Referate und Diskussionen näherte man sich einem Verständnis des Begriffs Kulturlandschaft(spflege), der praktikabel sein muss. Von einer exakten Definition sah man ab und beschrieb ein Kriterienbündel: Der Mensch wird darin in den Mittelpunkt des Geschehens gestellt, denn seine Spuren finden sich als kulturelles Erbe (Landschaft als Text) sowie in seinem Wirtschaften (Nutzung, Gestaltung), und dies ist in der Landschaft als ein dynamisches System zu begreifen. Der Umgang mit der Landschaft wird dabei zum zentralen Punkt.

Aus wissenschaftlicher Sicht wird die Notwendigkeit gesehen, Kulturlandschaftspflege zu betreiben. Damit stellt sich eine Kernfrage: Wer vertritt im kulturlandschaftlichen Bezugsfeld diese berechtigte Aufgabe? Man sah in den fachlichen Zuständigkeiten (Denkmalschutz, Landwirtschaft, Naturschutz) zu spezifische Herangehens- und Sichtweisen der betroffenen kulturlandschaftlichen Teilbereiche, als dass sie „Anwälte der Kulturlandschaftspflege“ sein sollten. Eine Lösung könnte darin bestehen, den Naturschutz- und Landschaftspflegebereich um einen ganzheitlichen kulturlandschaftlichen Aspekt zu ergänzen.

Sicher ist auch, dass eine stärkere Kooperation und bessere Koordinierung zwischen den kulturlandschaftlich berührten Fachbereichen erfolgen muss. Allerdings fehlen hier noch die entscheidenden Impulse.

Die Experten waren sich einig, dass noch auf zahllosen Ebenen Grundlagenarbeit zu leisten ist. Dies gilt für die Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit ebenso wie für die Fachbereiche der Kulturlandschaftspflege.

Volker Wille, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 22
E-Mail: Wille@ARL-net.de

Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen

Auf Einladung des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit ist die ARL an einem Kooperationsprojekt zur Erhöhung der Kriminalprävention in niedersächsischen Städten und Gemeinden beteiligt. Das Land strebt an, der kommunalen Ebene eine Hilfe dazu an die Hand zu geben, auf welche Weise die Sicherheit planerisch erhöht werden kann. Der Aspekt der Sicherheit hat dabei eindeutig einen kriminologischen Fokus; generelle Fragen der Sicherheit im Raum und der Risikominderung, zu denen die ARL in jüngerer Zeit im Besonderen gearbeitet hat, werden mit großer Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen, in dem konkreten Vorhaben aber eher am Rande berührt.

Die Liste der beteiligten Institutionen liest sich wie das „Who's Who“ niedersächsischer Sozial- und Verbandsarbeit. Sie reicht von den diversen im kriminologischen Umfeld tätigen Einrichtungen (Landespräventionsrat bis Landeskriminalamt) über die kommunalen Spitzenverbände, die Verbände der Wohnungswirtschaft und Kammern bis hin zu Forschungseinrichtungen wie der ARL. Es wird angestrebt, in einer gemeinsamen Vereinbarung Grundsätze und Empfehlungen im Hinblick auf das ins Auge gefasste Ziel zusammenzutragen. Diese Empfehlungen sollen allen zur Verfügung gestellt werden, die an räumlicher Gestaltung und Entwicklung beteiligt sind. Das sind bekanntlich – neben den öffentlichen Gebietskörperschaften – vielfach die so genannten Träger öffentlicher Belange bis hin zu den großen Wohnungsunternehmen mit ihrer sehr spezifischen Art von „Raumplanung“.

Erste Diskussionsgrundlage war ein Entwurf aus der Feder von Prof. Dr. Axel Schubert von der SozialRaumManagement-Forschungsgruppe Hannover. Dieser Entwurf konnte in zwei Arbeitstreffen weiter vorangebracht und insbesondere um raumplanerische Aspekte ergänzt werden. Erfreulich war dabei das ungewöhnlich breite Maß an Übereinstimmung sowohl bei der Gewichtung der relevanten Inhalte als auch in dem Bestreben, das Endergebnis soweit wie irgend möglich kompakt zu halten, damit ein großer Kreis von Planern, Beratern und Entscheidungsträgern angesprochen werden kann.

In Niedersachsen ist auf diese Weise ein wichtiger planerischer Gedanke aufgegriffen worden, der vor kurzem in Baden-Württemberg gezielt verdichtet und öffentlich gemacht worden ist. Darauf konnte jetzt aufgebaut werden. Gleichzeitig konnten spezifische Aspekte des Landes in das Kurzpapier einfließen. Man möchte diesem Ansatz wünschen, dass er auch in weiteren Ländern zu ähnlichen, breit angelegten Vorhaben führt.

Mit Erscheinen dieses Nachrichtenheftes wird voraussichtlich auch das Empfehlungspapier vorliegen. Es wird bei Interesse gern zur Verfügung gestellt.

Burkhard Lange, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 28
E-Mail:Lange@ARL-net.de

Pro Geisteswissenschaften

Die Fritz-Thyssen-Stiftung und die VolkswagenStiftung starten – in Zusammenarbeit mit der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius sowie dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft – die neue Förderinitiative „Pro Geisteswissenschaften". Unterstützung soll Forschung insbesondere dort erhalten, wo sie sich in den Grenz- und Überschneidungsbereichen der Fächer bewegt und wo sie sich neue, schwierige Felder erschließt. Dabei geht es sowohl darum, hoch qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchs in den Geisteswissenschaften zu halten als auch jenen ein attraktives Angebot zu machen, die durch hervorragende Arbeiten bereits Renommee und einen festen Platz in der Wissenschaft gewonnen haben.

Die Initiative „Pro Geisteswissenschaften" umfasst drei Komponenten:

- die „Dilthey-Fellowships" für den hoch qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchs in den Geisteswissenschaften;
- „opus magnum": Freistellungen für herausragende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die ein größeres wissenschaftliches Werk verfassen möchten – bei gleichzeitiger Lehrvertretung;
- ein Veranstaltungsprogramm „Geisteswissenschaften und Öffentlichkeit".

Detaillierte Informationen zur Förderinitiative gibt ein „Merkblatt für Antragsteller" unter www.volkswagenstiftung.de.

Fernstudien-Kurs zu Perspektiven der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie

Die vom Europäischen Parlament im Jahre 2000 verabschiedete EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) hat den Schutz und die Verbesserung des ökologischen Zustandes aller Gewässer zum Ziel. Auf dem Nachhaltigkeitsprinzip und dem „kombinierten Ansatz" basierend, hat sie einen Paradigmenwechsel im deutschen Wasserrecht ausgelöst, der auch zu einer grundsätzlichen Neuorientierung in der Wasserwirtschaft führen wird. Nachdem die rechtliche Umsetzung der WRRL in Deutschland nahezu abgeschlossen ist, wird die praktische Implementierung entsprechender Instrumente und Maßnahmen noch auf Jahre hinaus nicht nur Gewässerschutzexperten beschäftigen.

Dieser umfassenden Thematik widmet sich ein berufsbegleitender Fernstudien-Kurs des Zentrums für Fernstudien und Universitäre Weiterbildung der Universität Koblenz-Landau. Schwerpunkte werden die unlängst abgeschlossenen Bestandsaufnahmen sowie die Monitoringkonzepte und -methoden sein.

Der Kurs wendet sich primär an Ingenieure und Naturwissenschaftler, aber auch Absolventen anderer Fachrichtungen und Berufstätigen im Umweltbereich ohne akademischen Grad steht er offen. Der neue Kurs startet im September 2005 und endet mit einem zweitägigen Seminar am 27./28. Januar 2006. Anmeldeschluss ist der 15. August 2005.

Informationen: Universität Koblenz-Landau, Zentrum für Fernstudien und Universitäre Weiterbildung (ZFUW), Postfach 201 602, 56016 Koblenz, Tel.: 0261-287-1520, Fax: 0261-287-1521, E-Mail: wrrl@uni-koblenz.de.

Zusatzstudiengang Umweltrecht in Lüneburg

Das Umweltrecht ist eine innovative, zukunftsfähige Rechtsmaterie, die – entgegen ihrer tatsächlichen Bedeutung – in der traditionellen juristischen Ausbildung immer noch ein Nischendasein führt und auch für Umweltwissenschaftler interessante Ergänzungs- und Vertiefungsmöglichkeiten bietet. Das zweisemestrige Magisterstudium im Zusatzstudiengang Umweltrecht ermöglicht den Absolventinnen und Absolventen juristischer und umweltwissenschaftlicher Studiengänge eine postgraduale Erweiterung und Vertiefung ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten auf dem Gebiet des Umweltrechts und den Erwerb der international anerkannten Titel LL.M. (für Juristen) und M.S.E.L. (für Umweltwissenschaftler).

Der Studiengang ist zulassungsbeschränkt. Es können maximal 25 Bewerber zugelassen werden. Bewerbungsschluss für das Wintersemester 2005/2006 ist der 15. August 2005. Informationen zu den Inhalten, Zulassungsvoraussetzungen und zur Bewerbung: Dr. Joachim Sanden, Universität Lüneburg, Fachbereich Umweltwissenschaften, Institut für Umweltstrategien, 21332 Lüneburg, Tel.: 04131-78-2453, Fax: 04131-78-2455, E-Mail: umweltr@uni-lueneburg.de.

Weiterbildungsangebote in Raumplanung und Raumentwicklung

Im Netzwerk Stadt und Landschaft (NSL) an der ETH Zürich werden ab Herbst 2005 bis Herbst 2007 zwei Weiterbildungsprogramme angeboten:

- Das **MAS-Programm Raumplanung** ist ein zweijähriges, teilzeitliches Nachdiplomstudium und wird mit dem „Master of Advanced Studies ETH" (MAS ETH) abgeschlossen. Es befasst sich mit der Ordnung, Gestaltung und Nutzung unseres Lebensraums und den sich darin abspielenden sozialen, ökonomischen und ökologischen Prozessen. Wichtige Lernziele sind ein fundiertes Verständnis der räumlichen Entwicklung anhand von Theorien und Modellen aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen sowie die Fähigkeit, für komplexe Probleme räumlicher Entwicklungen realisierbare Planungsstrategien zu erarbeiten.
- Der **Zertifikatslehrgang „Raumentwicklung"** ist ein frei wählbares Curriculum von mindestens 240 Kontaktstunden aus dem Vorlesungs- und Seminarangebot des MAS-Programms Raumplanung 2005/2007, aber ohne Teilnahme an Projektarbeiten und Studienreisen.

Beide Programme richten sich grundsätzlich an Fachleute mit abgeschlossener akademischer Grundausbildung und mindestens zwei Jahren Berufspraxis. Die Bewerbungstermine sind für das MAS-Programm der 31.05.2005 und für den Zertifikatslehrgang der 31.07.2005. Detailliertere Informationen: Studienleitung ND-Ausbildung Raumplanung, NSL, ETH Zürich, ETH Hönggerberg (HIL H 37.4), CH 8093 Zürich, E-Mail: planning@nsl.ethz.ch, Tel.: +44 633 46 41.

Ausschreibungen für Preise und Wettbewerbe

Dr. Meyer-Struckmann-Wissenschaftspreis der BTU Cottbus

Die Brandenburgische Technische Universität Cottbus (BTU) lobt im Jahr 2005 wiederum den Dr. Meyer-Struckmann-Wissenschaftspreis für hervorragende wissenschaftliche Leistungen aus. Die einzureichenden Vorschläge aus dem Grundlagen- und Anwendungsbereich sollen einen Bezug zu den Kernthemen der Forschungen der BTU aufweisen, u. a. regionaler Wandel und technische und soziale Phänomene im Bereich Mensch-Umwelt-Gesellschaft. Der Preis beträgt 15.000 Euro und kann geteilt werden. Vorgeschlagen werden können Wissenschaftler und Forscher aller Nationalitäten. Eine Altersgrenze existiert nicht. Insbesondere soll der wissenschaftliche Nachwuchs berücksichtigt werden. An Mitglieder der BTU Cottbus kann der Preis nicht verliehen werden. Eine Eigenbewerbung ist nicht möglich. Vorschlagsberechtigt sind bundesweit alle leitenden Wissenschaftler der Universitäten, der Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und der Akademien der Wissenschaften. Einsendeschluss ist Freitag, der 4. November 2005. Weitere Informationen und Rückfragen bei: Dr. Monika Rau, E-Mail: raum@zv.tu-cottbus.de, Tel.: 0355-69-2151, Fax: 0355-69-2928.

Erfolgreiche Beispiele interkommunaler Kooperationen

Diesen Wettbewerb lobt das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) aus. Dabei geht es darum, erfolgreiche Ansätze der Zusammenarbeit von Städten und Gemeinden unter anderem auf den Feldern räumliche Planung, Stadt- und Regionalmarketing, Daseinsvorsorge etc. zu prämieren.

Es liegt im Interesse des Bundes, das Thema der interkommunalen Kooperation voranzutreiben und für eine möglichst große Verbreitung der Ansätze zu sorgen. Derzeit liegen einzelne Erfahrungen und Leitfäden zum Thema vor, die in der Regel nur bestimmte Ausschnitte kommunalen Handelns abbilden. Dabei handelt es sich meist um Erkenntnisse, die in Top-down-Verfahren ermittelt wurden. Solche Ansätze bergen die Gefahr, dass wichtige und neue Themenfelder interkommunaler Kooperationen unerkannt bleiben. Um dieser Gefahr zu begegnen, wird der Bundes-Wettbewerb durchgeführt. Die Ausschreibung erfolgt auf der Homepage des BBR (www.bbr.bund.de).

Stadt der Wissenschaft 2007

Der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft lobt für das Jahr 2007 zum dritten Mal die „Stadt der Wissenschaft" in Deutschland aus. Mit diesem Wettbewerb möchte der Stifterverband dazu beitragen, dass die Städte sich ihres Potenzials in Wissenschaft, Forschung und Technologie bewusst werden und sich für die Schaffung von Netzwerken, insbesondere zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und zwischen Wissenschaft und Kultur, aktiv einsetzen. Die Städte sollen Wissenschaft als Motor für die Stadtentwicklung nutzen und durch die Öffnung der Wissenschaft einen Identifikationswert für die Bürger der Stadt schaffen. Mit der Auszeichnung ist eine Förderung in Höhe von 125.000 Euro verbunden. Als Anreiz für weitere Förderer kann ein Zuschuss in Höhe von 25% auf eingeworbene Spenden nichtöffentlicher Zuwendungsgeber (maximal 125.000 Euro) gewährt werden, wenn diese über den Stifterverband bereitgestellt werden.

Die Auswahl erfolgt unter anderem nach folgenden Kriterien: Aktive Rolle der Städte bei der Netzwerkbildung, Originalität der Konzepte, interdisziplinäre Ansätze, Kooperationen, Bedeutung von Wissenschaft für die Stadtentwicklung. Offizielle Antragsteller sind die Kommunen. Die „Stadt der Wissenschaft" muss nicht an den administrativen Grenzen Halt machen, sondern kann regionale Partner einbeziehen, sofern es institutionalisierte Kooperationen mit Einrichtungen in der Region gibt. Der Stifterverband erbittet die Einreichung von Wettbewerbsbeiträgen mit der Darstellung des Gesamtkonzeptes für das Jahr 2007 mit den beteiligten Partnern und Projekten. Die Anträge sollen auf bisherige Aktivitäten und damit erzielte Erfolge, auf die Pläne für zukünftige Projekte und auf das konkrete Programm für das Jahr 2007 eingehen.

Weitere Informationen zum Wettbewerb findet man unter www.stadt-der-wissenschaft.de. Für Fragen steht Melanie Schneider zur Verfügung (E-Mail: melanie.schnieder @stifterverband.de; Tel.: 0201-8401170).

Neue Veröffentlichungen aus anderen Verlagen

Europäische Verkehrspolitik

Die Verkehrspolitik ist zu einem integralen Bestandteil der EU-Gemeinschaftspolitik geworden, deren endgültige Durchsetzung allerdings noch viele Jahrzehnte in Anspruch nehmen sollte. Die Entwicklung von den Anfängen bis zur Osterweiterung der EU nachzuvollziehen, ist der zentrale Gegenstand des dreibändigen Handbuchs von Johannes Frerich und Gernot Müller. Die umfangreiche Abhandlung ist interdisziplinär angelegt und vor allem im Grenz- und Schnittbereich von Verkehrsökonomie und Rechtswissenschaft, aber auch von Politik- und Geschichtswissenschaft angesiedelt. Zielgruppen des Werks sind Studierende und interessierte Wirtschafts-, Verkehrs- und Verwaltungspraktiker; für an Universitäten und Fachhochschulen tätige Wissenschaftler dürfte das Buch, das auch für spezielle Fragestellungen mehr als nur eine erste Orientierung bietet, als Nachschlagewerk wertvoll sein. Das Gesamtwerk beinhaltet einen umfassenden Überblick über die Prinzipien, Strukturen und Mechanismen des gemeinsamen Verkehrsmarktes in Vergangenheit und Gegenwart.

Der Band 1 des Handbuchs (ISBN 3-486-57567-8) behandelt u.a. die politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen der gemeinsamen Verkehrspolitik in Europa, befasst sich mit der Verkehrsinfrastrukturpolitik im europäischen Integrationsprozess und mit der Politikgestaltung im Bereich der Telekommunikationsnetze, der Verkehrstechnologien und der Telematik.

Der Band 2 des Handbuchs (ISBN 3-486-57568-6) behandelt die gemeinsame Landverkehrspolitik und befasst sich mit dem Straßenverkehr, der Binnenschifffahrt und dem Eisenbahnverkehr, während sich der Band 3, der demnächst erscheint, auf die Seeschifffahrts-, Luftverkehrs- und Nachrichtenverkehrspolitik in Europa konzentriert.

Arbeitsmarktbericht und Arbeitgeberbefragung

In der Reihe der Beiträge aus dem Institut für Regionalforschung der Universität Kiel sind zwei neue Arbeiten erschienen.

Der Arbeitsmarktbericht für das Jahr 2003 setzt die Reihe der jährlichen statistischen Arbeitsmarktberichte für Schleswig-Holstein durch das Institut fort (Beitrag Nr. 38, ISSN 1439-2062, Dezember 2004). Hayo Herrmann und Marie-Catherine Riekhof konzentrieren sich auf eine empirische Bestandsaufnahme der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung des Jahres 2003 und der jüngeren Vergangenheit sowie auf eine Prognose der weiteren Entwicklung bis 2005. Die dokumentierten Arbeitsmarktbefunde gehen auf den Datenstand Juni 2004 zurück, der um ausgewählte Aktualisierungen bis Jahresende 2004 ergänzt worden ist.

Während der Statistische Bericht auf empirischen Informationen der amtlichen Statistik basiert, liefert der IAB-Betriebspanel Report 2003 (Beitrag Nr. 39, ISSN 1439-2062, Dezember 2004) die Auswertung einer umfassenden Befragung schleswig-holsteinischer Betriebe und Einrichtungen im Rahmen der IAB-Betriebspanel Arbeitsgemeinschaft unter Federführung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung an der Bundesagentur für Arbeit (IAB). Der Report 2003 knüpft an den Report 2002 an. Emanuel Gedeon, Hayo Herrmann u.a. liefern mit dieser Arbeit detailliertes Material für Schleswig-Holstein und verbreitern damit die Informationsbasis über den Arbeitsmarkt des Landes erheblich. Eine Fortsetzung ist gesichert (Auswertung im Verlauf des Jahres 2005), und eine weitere Fortsetzung würde zukünftig auch spezifische Paneluntersuchungen erlauben, mit denen arbeitsmarktrelevante betriebliche Prozesse über die Zeit verfolgt werden können.

Raumentwicklung und Raumplanung in Europa

Das Heft Nr. 125 der „Rhein-Mainischen Forschungen" enthält die Vorträge eines Symposiums in Frankfurt am Main aus Anlass der Emeritierung von Prof. Dr. Klaus Wolf und des 25-jährigen Bestehens der „Regio-Rhein-Main" am 25. Juni 2004 (ISBN 3-923184-31-X). Im Thema des Symposiums „Raumplanung und Raumentwicklung in Europa" sollte sich die dezidiert anwendungsbezogene Forschungsausrichtung von Prof. Wolf sowie des Institutes widerspiegeln und wenigstens einen Teil der Planungspraktiker und Wissenschaftler zusammenführen, die den Berufsweg von Prof. Wolf gekreuzt, ein Stück weit begleitet oder als Schüler von ihm gelernt haben. Die Vorträge beschäftigten sich u.a. mit den Themen „Den Raum nicht nur planen –sondern entwickeln" (Hans Elsasser), „Am Rande der 'Blauen Banane': Grenzen überwinden – Grenzen erhalten. Zum Stand der interregionalen Kooperation im SaarLorLux-Raum" (Peter Moll), „Rhein-Main: Interkommunale Planung und Regionalmanagement unter Bedingungen einer Kultur der Konkurrenz?" (Jens Peter Scheller und Christian Langhagen-Rohrbach).

Neue Schriftenreihe „forum ifl"

Die neue Schriftenreihe des Leibniz-Instituts für Länderkunde hat die Funktion einer Plattform für den Austausch und die Entstehung neuer Ideen innerhalb der Geographie und in engem Kontakt mit Nachbardisziplinen. Neben der zeitnahen Veröffentlichung von Forschungsergebnissen sollen Beiträge aus Fachtagungen und Workshops – nicht nur zur Regionalen Geographie – zur Diskussion gestellt werden.

In Heft 1 der Reihe stellen Marco Bontje und Joachim Burdack die Ergebnisse ihrer Forschungen zu clusterartigen Nutzungskonzentrationen in den Peripherien der Metropolen Berlin und Budapest und in der Randstad-Holland vor: Economic poles in the European metropolitan periphery and sustainable development (forum ifl, Heft 1, ISBN 3-86082-052-4). Das Heft kann beim Leibniz-Institut für Länderkunde, Siglinde Bischoff (s_bischoff@ifl-leipzig.de), bestellt werden.

Neue Ansätze integrierter Stadtteilentwicklung:

Placemaking und Local Governance

Diese Veröffentlichung des IRS von Dietrich Fürst, Marion Lahner und Karsten Zimmermann wendet sich an alle, die an Fragen der „Zivilgesellschaft", der kommunalen Selbststeuerung, der kollektiven Gestaltung von Lebensqualität, aber auch am Thema „Soziale Stadt" interessiert sind: Stadt-, Regional- und Landschaftsplaner, sozialwissenschaftliche Stadtforscher, kommunale Verwaltungsmitarbeiter (insbes.: Quartiersmanager), Kommunalpolitiker und kommunale Sozialarbeiter (REGIO transfer 4 – Beiträge zur anwendungsbezogenen Stadt- und Regionalforschung, 308 Seiten, ISBN 3-934669-03-4, ISSN 1611-5767).

Gibt es einen Zusammenhang zwischen *Placemaking* (gemeinsame Gestaltung eines Lebensraumes durch die betroffenen Akteure), *Sozialkapitalbildung* (Aufbau von Solidarität, Vertrauen und Kooperationsbereitschaft) und neuen Formen der *Governance* (zielgerichtetes kollektives Handeln von autonomen Akteuren) in komplexen interdependenten Handlungsfeldern? Das ist die Leitfrage, die in diesem Band an drei Beispielen aus dem Programm „Soziale Stadt" (Bremen-Blockdiek, Kassel-Nordstadt, Leipziger Osten) und einem Beispiel aus dem ExWoSt Forschungsfeld „3stadt2" (Bonn-Beuel) diskutiert wird.

Knoten im Netz

Metropolregionen erleben in der globalen Arbeitsteilung als Knoten transnationaler Kommunikation, als Informationsmärkte und als Orte neuer Wissensökonomien eine Renaissance. Die neuen metropolitanen Ökonomien gestalten nicht nur die regionsinternen Strukturen um, sondern reorganisieren auch die interregionalen Netzwerke und das historisch gewachsene System der Stadtregionen.

In dem Band von Hans-Joachim Kujath (Hg.), einer weiteren Neuerscheinung des IRS (Beiträge zur neuen Rolle der Metropolregionen in der Dienstleistungswirtschaft und Wissensökonomie. In: Stadt und Regionalwissenschaften/Urban and Regional Sciences, Bd. 4), werden Fragen zum Standortverhalten und zu den Austauschsystemen der Wissensökonomie behandelt. Es werden empirische Ergebnisse zur neuen wirtschaftlichen Rolle der Metropolregionen, zum Wandel ihrer Binnenstrukturen sowie zu den sich verändernden institutionellen und organisatorischen Herausforderungen der politischen Steuerung von Metropolregionen vorgestellt (560 Seiten, ISBN 3-8258-7774-4).

Zwei Grenzstädte wachsen zusammen

Europastadt Görlitz/Zgorzelec

Die Europastadt Görlitz/Zgorzelec ist ein Mikrokosmos an der neuen EU-Binnengrenze, in dem das Zusammenwachsen Europas modellhaft erforscht werden kann. Am Beispiel der Europastadt beleuchten die Autoren verschiedene Facetten eines grenzüberschreitenden Kooperationsprozesses. Dabei werden Möglichkeiten und Grenzen aufgezeigt, mit Hilfe von Szenarien und deren unkonventioneller Aufbereitung einen grenzüberschreitenden Zukunftsdialog in Gang zu bringen sowie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu intensivieren und strategisch auszurichten. Grenzüberschreitende Netzwerke aus Stadtverwaltungen, weiteren lokalen Eliten und Bürgern werden vor dem Hintergrund einer Zusammenführung analysiert. Städtebauliche Entwürfe zum Zusammenwachsen der beiden Städte und eine Analyse geteilter Grenzstädte in Europa bereichern den Sammelband.

Die Autoren vom Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung – Katja Friedrich, Robert Knippschild, Matthias Kunert, Monika Meyer-Künzel, Ingo Neumann –, die das Projekt „Stadt 2030 – Gemeinsames Leitbild für die Europastadt Görlitz/Zgorzelec" wissenschaftlich begleiteten, fassen im vorliegenden Band (ISBN 3-936581-66-5) die Erfahrungen zusammen. Sie ordnen sie in den Kontext von strategischer Planung und Grenzraumforschung ein. Das Buch wendet sich an Akteure aus Stadtverwaltungen und Wissenschaft, die in Stadt- oder Ländergrenzen überschreitende Kooperationen eingebunden sind.

Marktanalyse für den Regionalflughafen Karlsruhe/Baden-Baden

Die aktuellen Veränderungen auf dem europäischen bzw. dem deutschen Luftverkehrsmarkt, insbesondere durch das Vordringen so genannter Low-Cost-Fluggesellschaften, haben erheblichen Einfluss auf die Entwicklung der Regionalflughäfen in Deutschland. Dabei werden die Rahmenbedingungen in zunehmend kürzeren Zeitabschnitten verändert; daraus ergeben sich eine Vielzahl von Auswirkungen auf die Flughäfen selbst sowie auf die Flughafenregionen.

Am Beispiel des Regionalflughafens Karlsruhe/Baden-Baden legt Swantje Grotheer den Schwerpunkt auf eine Analyse der derzeitigen Marktsituation als Grundlage für das Herausarbeiten von Entwicklungschancen und -möglichkeiten des Flughafens. Die Arbeit wurde in enger Zusammenarbeit mit den Vertretern aus der Region sowie des Regionalflughafens erarbeitet und als Band 11 der Materialien zur Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern 2004 veröffentlicht (ISBN 3-933103-21-5).

Vision 2020

Kommunales Entwicklungskonzept für die Gemeinde Mörlenbach

Der demographische Wandel und die in Folge der veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen entstehenden Herausforderungen für die Regional- und Kommunalentwicklung werden auch in den prosperierenden Verdichtungsräumen nicht ohne Auswirkungen auf die einzelnen Kommunen bleiben. Somit werden langfristige Konzepte erforderlich, die die Chancen und Probleme zukünftiger Entwicklungen deutlich machen und für die politischen Entscheidungsträger und relevanten Akteure vor Ort zielführende Handlungsoptionen aufzeigen.

Die Gemeinde Mörlenbach (Landkreis Bergstraße) hat frühzeitig die Notwendigkeit einer solchen langfristig orientierten Entwicklungskonzeption erkannt und den Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern beauftragt, eine solche Konzeption unter dem Titel „Vision 2020 - Kommunales Entwicklungskonzept für die Gemeinde Mörlenbach" zu bearbeiten. Die zentralen Ergebnisse von Gabi Troeger-Weiß, Hans-Jörg Domhardt und Markus Schäfer sind dokumentiert und als Band 12 der Materialien zur Regionalentwicklung und Raumordnung der TU Kaiserslautern 2005 veröffentlicht (ISBN 3-933103-22-3).

Veranstaltungshinweise

4. – 6. September 2005 in Trier

21. Trierer Kolloquium zum Umwelt- und Technikrecht: Technische Regeln im Umwelt- und Technikrecht

Veranstalter/Information:
Institut für Umwelt- und Technikrecht der Universität Trier, 54286 Trier, Tel.: 0651-201-4700, Fax: 0651-201-4710
E-Mail: iutr@uni-trier.de

❒

8. – 10. September 2005 in Berlin

Internationaler Kongress des Council for European Urbanism: 30 Jahre Europäische Stadt – Rückblick und Ausblick

Informationen: www.ceunet.de

Rückfragen: Runze & Casper Werbeagentur GmbH, Frau Koch, Tel.: 030/28018171
E-Mail: koch@runze-casper.de

❒

8. – 10. September 2005 in Berlin

International Conference: Time Space Places

Veranstalter:
Technische Universität Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung

Informationen:
Grit Podstata, E-Mail: podstata@isr.tu-berlin.de
Benjamin Herkommer, E-Mail: herkommer@isr.tu-berlin.de

❒

12. September 2005 in Bonn

Fachkongress „Neue Leitbilder der Raumentwicklung"

Veranstalter:
Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Organisation:
Dr. Jürgen Aring, Büro für Angewandte Geographie, Meckenheim, und Planungsgruppe agl, Saarbrücken
Information: www.bbr.bund.de, dort auch Anmeldeformular unter „Neues und Termine"

15. September 2005 in Völklingen

Veranstaltung zum Forschungsfeld Stadtumbau West: „Was kann Stadtumbau West vom europäischen Ausland lernen?"

Information:
Forschungsagentur Stadtumbau West FORUM GmbH, Donnerschweer Straße 4, 26123 Oldenburg,
Tel.: 0441-9805922, Fax: 0441-9805918
E-Mail: info@forum-oldenburg.de

❒

16. – 18. September 2005 in Tutzing

Die Zukunft der Natur

Veranstalter/Informationen:
Evangelische Akademie Tutzing, Schlossstrasse 2+4, 82327 Tutzing, Tel.: 08158/2510, Fax: 08158/996444

❒

21. – 22. September 2005 in Wuppertal

2. Internationale Wuppertaler Verkehrstage: Bussysteme in der europäischen Stadt – Sackgasse oder Königsweg?

Information/Kontakt:
Bergische Universität Wuppertal, Fachbereich D, Fachzentrum Verkehr, Ulrich Csernak, Tel.: 0202-4394134
E-Mail: csernak@uni-wuppertal.de

❒

12. – 14. Oktober 2005 in Bonn

II. Meeting of the Expert Working Group on Measuring Vulnerability

Veranstalter:
United Nations University – Institute for Environment and Human Security (UNU-EHS)

Information:
Dr. Jörn Birkmann, UNU-EHS, Görresstraße 15, 53113 Bonn, Tel.: 0228-42285509, Fax: 0228-42285599

❒

16. – 18. November 2005 in Hannover

Effizientes stadtregionales Management – Herausforderungen im internationalen Standortwettbewerb

Veranstalter/Information:
Region Hannover, Herr Listing, Postfach 147, 30001 Hannover, Tel.: 0511-616-22208

Zusammenarbeit der vier raumwissenschaftlichen Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft

ARL - IfL - IÖR - IRS

9R-Kolloquium

Städte und Regionen im Wandel – Wohin geht die demographische Entwicklung?

Unter diesem Titel stand ein Kolloquium von neun raumwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen in Deutschland (9R), das unter Federführung des Leibniz-Instituts für Länderkunde (IfL, Leipzig) am 2. Mai 2005 im Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) in Berlin stattfand. Die Rahmenthematik bezog sich auf die räumlichen Auswirkungen des demographischen Wandels und den daraus resultierenden raumwissenschaftlichen Forschungs- und raumentwicklungspolitischen Handlungsbedarf.

Ziele des Kolloquiums

Die Mehrdimensionalität und Komplexität des Forschungsgegenstandes „Demographischer Wandel" legt es nahe, die Arbeiten der einzelnen Institutionen stärker zu vernetzen und durch bessere Koordination der Forschung Synergieeffekte zu erreichen. Auf der Grundlage der alle Einrichtungen verbindenden räumlichen Orientierung der Forschung sollten gemeinsam zu bearbeitende Themen sowie inhaltliche und konzeptionelle Komplementaritäten bzw. Ergänzungen im Rahmen arbeitsteiliger Kooperationsstrategien ausgelotet werden. Zwar werden verschiedene Formen der Forschungszusammenarbeit von einzelnen Institutionen bereits seit längerem praktiziert, gleichwohl können und sollten kooperative Verbundforschungsprojekte im raumwissenschaftlichen Bereich intensiviert und stärker aufeinander abgestimmt werden.

Mit der Veranstaltung sollte ein Anstoß hierzu geleistet werden. Die Ziele der Tagung waren von daher in erster Linie auf die netzwerkinterne (9R-)Kommunikation und die Herstellung von Transparenz über Forschungsvorhaben sowie auf die Möglichkeiten der Vernetzung von Vorhaben zu den räumlichen Effekten und Handlungsimplikationen des Rückgangs, der Alterung und Heterogenisierung der Bevölkerung gerichtet. So hatte jede Einrichtung die Gelegenheit, bei der Präsentation der jeweiligen Ergebnisse die besondere Ausrichtung der Forschung und die verwendeten Methoden darzustellen, mögliche künftige Forschungsthemen vorzuschlagen, offene Forschungsfragen anzusprechen und die Leistungen (Angebote) zu benennen, die in ein Verbundprojekt eingebracht werden können bzw. für deren Bearbeitung „komparative Forschungsvorteile" bestehen.

Auf diese Weise sollte ein themenbezogener erster Überblick über das Potenzial gemeinsamer Forschungen im 9R-Netzwerk geboten werden. Als Grundlage hierfür waren bereits im Vorfeld der Veranstaltung Zielsetzungen und erste Ergebnisse einschlägiger Forschungsprojekte der verschiedenen Einrichtungen zusammengetragen und dokumentiert worden. Hierdurch wurden der angestrebte Überblick und der Diskurs im Rahmen des Kolloquiums erleichtert. Für die vertretenen Institutionen war die Tagung mit zahlreichen neuen Erkenntnissen und erfolgreichen Transfer- und Rücktransferprozessen im Themenfeld „Demographischer Wandel in Städten und Regionen" verbunden.

Ablauf

Der Charakter des Kolloquiums brachte es mit sich, dass in Berlin eine große Zahl von Beiträgen einzelner Institutionen präsentiert wurde. Wegen des thematischen Vernetzungsziels wurde das Kolloquium als Vortragsveranstaltung (Kurzvorträge) mit anschließenden Diskussionen durchgeführt, so dass alle Teilnehmer/innen über alle vorgestellten Forschungsprojekte und -ergebnisse informiert waren.

Übergreifende Fragen

An die Begrüßung der Teilnehmer/innen und eine Erläuterung der Zielsetzungen des Kolloquiums durch den Leiter des IfL, Prof. Dr. Sebastian Lentz, Leipzig, schloss sich ein Veranstaltungsblock mit übergreifenden Beiträgen an. In dem ersten gab Prof. Dr. Paul Gans, Mannheim, als Leiter des gleichnamigen ARL-Arbeitskreises einen generellen Überblick über die räumlichen Auswirkungen des demographischen Wandels. Neben den Basistrends Rückgang, Alterung, Heterogenisierung und Vereinzelung der Bevölkerung befasste er sich vor allem mit den regional differenzierten Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Bereiche Wirtschaft, Wohnen und Verkehr. Außerdem ging er auf die Konsequenzen kumulativer Schrumpfungsprozesse in abwanderungsgefährdeten, oftmals strukturschwachen und peripher gelegenen ländlichen Regionen

ein und skizzierte Möglichkeiten der räumlichen Planung, durch regionale Kooperation einen Beitrag zur Lösung der Entwicklungsprobleme zu leisten. In zwei weiteren Kurzvorträgen wurden die Themen „Demographischer Wandel und räumliche Mobilität" (Prof. Dr. Rainer Danielzyk und Dipl.-Ing. Frank Osterhage vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen – ILS NRW –, Dortmund) sowie „Stadtumbau Ost – Programmbegleitung durch die Bundestransferstelle" (Dr. Heike Liebmann, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung – IRS –, Erkner) behandelt.

Methodische Fragen

Im Mittelpunkt des zweiten Themenkomplexes standen methodische Fragen. Zunächst beschäftigten sich Dr. Hansjörg Bucher und Dipl.-Geogr. Claus Schlömer, beide Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn/Berlin, am Beispiel eines Prognosemodells für Gemeinden mit der kleinräumigen Dimension des demographischen Wandels. Danach berichtete Dr. Günter Herfert, IfL, Leipzig, über die Ergebnisse des am Institut durchgeführten Forschungsprojektes „Migration und innerstädtische Wanderungen in Ostdeutschland". Anschließend erläuterte Dr. Bernd Mielke die vom ILS NRW verwendete Methodik zur Vorausschätzung der demographischen Entwicklung und des Siedlungsflächenbedarfs in Nordrhein-Westfalen anhand von Szenarien und Modellrechnungen.

Demographie und Landwirtschaft

Der dritte Veranstaltungsabschnitt war den Beziehungen zwischen demographischer und landwirtschaftlicher Entwicklung gewidmet. Nach einem Überblick über die Beschäftigungstrends in der europäischen Landwirtschaft und ihre Bedeutung für die ländlichen Räume von Dipl.-Geogr. Sabine Baum, Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO), Halle, setzte sich Dr. Stefan Heiland vom Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) in Dresden mit den Folgewirkungen des demographischen Wandels für Umwelt und Landwirtschaft in Sachsen auseinander.

Demographie und Infrastruktur

Im vierten Themenschwerpunkt wurden zunächst anhand von zwei Beiträgen Fragen der infrastrukturellen Entwicklung behandelt. Der erste Vortrag von Martin Spangenberg, BBR, thematisierte allgemein die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die öffentliche Infrastruktur bzw. Daseinsvorsorge; der zweite von Dr.-Ing. Stefan Siedentop, IÖR, beschäftigte sich unter Aspekten der Bilanzierung und Strategieentwicklung mit den Zusammenhängen zwischen Siedlungsentwicklung und Folgekosten für die Infrastruktur. In einer weiteren Kurzpräsentation erläuterte Dr. Ulrike Reutter, ILS NRW, Ergebnisse eines Forschungsprojekts zum Thema „Demographische Entwicklung und Mobilität".

Stadt und Stadtregion

Der fünfte und letzte thematische Veranstaltungsschwerpunkt „Stadt" umfasste weitaus die meisten Beiträge. Im ersten Vortrag berichtete der Leiter des Difu und Vizepräsident der ARL, Prof. Dr. Heinrich Mäding, über das Thema „Wohnen in der Stadt – eine Renaissance?" und über das Difu-Gutachten „Kommunale Planungspraxis quo vadis", das im Rahmen des ExWoSt-Forschungsfeldes „Stadtquartiere im Umbruch" des BBR angefertigt wurde. Anschließend ging Dr. Bettina Reimann, ebenfalls Difu, auf die sozialräumliche Integration von Zuwanderern in der Stadt ein. In einem weiteren Vortrag setzte sich Prof. Dr. Hans-Joachim Bürkner, IRS, mit Strategien zur Regenerierung ostdeutscher Klein- und Mittelstädte auseinander. Im Vordergrund standen hierbei lokale Disparitäten und Steuerungsformen. Hieran schloss sich ein Bericht von Prof. Dr.-Ing. Ulrike Weiland vom Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle (UFZ) über den Erhalt und die Entwicklung stadtregionaler Freiräume unter den Bedingungen von Wachstum und Schrumpfung an. In dem letzten Vortrag referierte Dr. Annegret Haase, UFZ, über Ergebnisse des Projekts „Re Urban Mobil – Herausforderungen der Reurbanisierung innenstadtnaher Wohnquartiere unter den Bedingungen des demographischen Wandels".

Fazit

Die Veranstaltung stellte einen gelungenen Auftakt zur Intensivierung des „Demographie und Raum"-Diskurses im Kreise der neun raumwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen in Deutschland dar. Am Anfang aller Bemühungen steht die Herstellung von Transparenz unter dem Motto „Wer forscht was?". Hier wurde ein beachtlicher Überblick über ein breites Spektrum von Themen, die von den einzelnen Institutionen bearbeitet werden, geboten. Schon dies ist mit einer gewissen „Koordination durch Information" verbunden und die Voraussetzung für die Anbahnung themenorientierter bi-, tri- oder multilateraler Forschungskontakte. So kann schon die Verbesserung der netzwerkinternen Kommunikation einen wichtigen Beitrag zur Erreichung des intendierten Vernetzungsziels leisten und zur Erzielung von Synergieeffekten durch bessere Koordination der Forschung führen. Erste Schritte in diese Richtung sind mit dem 9R-Kolloqium durchaus geleistet worden.

Gerd Tönnies, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 23
E-Mail: Toennies@ARL-net.de

4R-Einrichtungen beraten über gemeinsame Vorhaben

Die Zusammenarbeit der vier raumwissenschaftlichen Einrichtungen in der Leibniz-Gemeinschaft (ARL, IfL, IÖR und IRS) ist mittlerweile zur guten Tradition geworden. Die Leiter der Häuser treffen sich – gemeinsam mit den Mitarbeitern für Öffentlichkeitsarbeit – zweimal jährlich und berichten über wichtige laufende und geplante Projekte, loten Möglichkeiten der Kooperation aus und geben Hilfestellungen bei konkreten fachlichen oder organisatorischen Problemen. Der jüngste Austausch fand am 3. Mai 2005 in Berlin statt. Hier traf man sich im Anschluss an das 9R-Kolloquium „Städte und Regionen im Wandel" (siehe Bericht in diesem Heft).

German Annual of Spatial Research

Über das Vorhaben der 4R-Einrichtungen und des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR), ein englischsprachiges Jahrbuch herauszugeben, ist an dieser Stelle bereits berichtet worden. Nun ist das Projekt in die Realisierungsphase eingetreten. Ein Verlag sowie eine Firma, die die redaktionellen Tätigkeiten der Herausgabe des Buches übernimmt, sind ausgewählt worden. Der erste Band der Reihe „German Annual of Spatial Research" wird Anfang 2006 erscheinen. Er soll zur Information und Diskussion über Fragen der Raumentwicklung, Raumplanung, Raumforschung und Regionalpolitik, vorrangig bezogen auf Deutschland und Mitteleuropa, beitragen. Damit soll gleichzeitig die Leistungsfähigkeit der fünf Einrichtungen im Ausland dokumentiert werden. Die erste Ausgabe des Jahrbuchs widmet sich den räumlichen Mustern des Transformations- und Einigungsprozesses in Ost-, aber auch in Gesamtdeutschland, und trägt den Titel „Unification and Transformation". Die fünf beteiligten Einrichtungen steuern jeweils zwei wissenschaftliche Beiträge zu diesem Thema bei, zusätzlich wird das Jahrbuch Kurzberichte aus Forschung und Praxis sowie Mitteilungen über aktuelle Projekte und Veranstaltungen enthalten. Der federführende Herausgeber der ersten Ausgabe ist Prof. Dr. Sebastian Lentz, Direktor des Leibniz-Instituts für Länderkunde in Leipzig.

Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit

Die 4R-Einrichtungen haben vereinbart, ihre Öffentlichkeitsarbeit aufeinander abzustimmen und mehrere gemeinsame Projekte zu verfolgen. In allen Häusern wird zum Thema des demographischen Wandels und seiner Auswirkungen auf den Raum geforscht. Dies war Anlass, wesentliche Forschungsergebnisse und politikadressierte Handlungsempfehlungen zusammenzufassen und in einem so genannten Zwischenruf der Öffentlichkeit vorzustellen. Im „Zwischenruf", der mehrmals pro Jahr von der Leibniz-Gemeinschaft herausgegeben wird, werden ganz unterschiedliche Fragen in komprimierter Form aufbereitet. Eine der diesjährigen Ausgaben wird von ARL, IfL, IÖR und IRS gemeinsam gestaltet, um damit ihre Aktivitäten einem breiten Publikum aus verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen zu präsentieren.

Ein weiterer Beratungspunkt war die Vorbereitung des Parlamentarischen Abends der Leibniz-Gemeinschaft, bei dem sich die 4R-Einrichtungen mit einem Gemeinschaftsstand beteiligten (siehe Artikel in diesem Heft). Darüber hinaus wurde vereinbart, auf weiteren Fachveranstaltungen präsent zu sein, beispielsweise auf dem diesjährigen Deutschen Geographentag, der Anfang Oktober in Trier stattfinden wird. Die vier Einrichtungen erhoffen sich damit Synergieeffekte in der Außendarstellung, eine intensive und gebündelte Kommunikation von zentralen Anliegen der Raumentwicklung sowie eine Sensibilisierung für raumbezogene Problemfelder in Wissenschaft und Praxis.

Schließlich beschlossen die Vertreter von ARL, IfL, IÖR und IRS eine gemeinsame Website einzurichten. Erste Entwürfe wurden vorgestellt und diskutiert. Sie soll sich im Layout an die Seiten der Leibniz-Gemeinschaft anlehnen, gemeinsame Vorhaben und Stellungnahmen umfassen und direkte Links zu den jeweiligen Einrichtungen enthalten.

Neue 4R-Sprecherin

Zur neuen Sprecherin des 4R-Netzwerks wurde die Direktorin des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Prof. Dr. Heiderose Kilper, gewählt. Sie übernimmt das Amt von Prof. Dr. Sebastian Lentz, der in den letzten 12 Monaten den Vorsitz hatte.

9R-Treffen

Dem 4R-Treffen ging am Vormittag eine Zusammenkunft der so genannten 9R-Einrichtungen voraus. Die 9R-Runde umfasst neben ARL, IfL, IÖR und IRS weitere fünf Forschungseinrichtungen: das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS NRW), das Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle (UFZ), das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) und das Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO). Die Treffen dienen vor allem dem Erfahrungsaustausch über Forschungsthemen, wissenschaftspolitische und organisatorische Fragen. So konnten in der Sitzung – neben Berichten aus den Forschungen der einzelnen Einrichtungen – unter anderem auch konkret anstehende Probleme bei Evaluierungen oder im Bereich des Arbeitsrechts besprochen werden.

Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 39
E-Mail: Klee@ARL-net.de

ARL beim Parlamentarischen Abend der WGL in Berlin

Wissenschaft, Politik und Forschungsadministration zu sammenbringen – dies ist ein wichtiges Anliegen der Parlamentarischen Abende der Leibniz-Gemeinschaft. In diesem Jahr fand die Veranstaltung am 11. Mai 2005 in Berlin statt. Sie stand unter dem Motto „Forschung in und für Europa – Die Leibniz-Gemeinschaft im 6. EU-Rahmenprogramm". Rund 200 Gäste konnte der Präsident der WGL, Hans-Olaf Henkel, begrüßen, darunter eine Reihe von Bundestagsabgeordneten und Ministeriumsvertreter. Sie nutzten den Abend, um mit Wissenschaftlern ins Gespräch zu kommen, um sich über Forschungsperspektiven auszutauschen und vor allem auch, um die Institute der Leibniz-Gemeinschaft einschließlich ihrer Forschungs- und Serviceleistungen kennen zu lernen. 20 Einrichtungen der WGL bekamen die Gelegenheit, sich und ihre Arbeitsschwerpunkte und Vorhaben in Form von „Messeständen" zu präsentieren.

Gemeinschaftsstand der 4R-Einrichtungen

Die vier raumwissenschaftlichen Einrichtungen in der Leibniz-Gemeinschaft (ARL, IfL, IÖR und IRS) beteiligten sich am Parlamentarischen Abend mit einem Gemeinschaftsstand. Jedes der vier Häuser stellte ein Projekt vor, das einen Bezug zu Europa oder zu räumlichen Entwicklungen in europäischem Maßstab hat oder das von der EU – z.B. im 6. Rahmenprogramm – gefördert wird. Die ARL präsentierte Ergebnisse der gemeinsamen Arbeitsgruppe „Chancen der EU-Osterweiterung für Ostdeutschland" der Landesarbeitsgemeinschaften Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen und Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern. Es wurde deutlich herausgearbeitet, dass die EU-Osterweiterung nicht nur Risiken, sondern vor allem auch Chancen für die Regionalentwicklung in Ostdeutschland beinhaltet. Die Präsentation stellte ein Plädoyer für eine aktivierende wirtschaftliche Entwicklungspolitik in den Grenzregionen in den Vordergrund. Zudem wurden auch Potenziale und Chancen für grenzüberschreitende Planungsverfahren formuliert. Die Projekte der anderen 4R-Institute befassten sich beispielsweise mit der Nutzung von Biomasse als Motor für nachhaltige Entwicklungsprozesse, mit Methoden und Instrumenten zur Verbesserung der Lebensqualität in Stadtquartieren mit erheblichen ökologischen, ökonomischen, sozialen und städtebaulichen Problemen oder mit dem Umbau großer Wohnsiedlungen angesichts der jüngeren demographischen Entwicklungen.

In kurzen Ansprachen würdigten Hans-Olaf Henkel sowie Dr. Peter Dröll, Kabinettschef des EU-Forschungskommissars, die Leistungsfähigkeit der Leibniz-Einrichtungen. Sie stellten eine unverzichtbare Größe in der Wissenschaftslandschaft dar und überzeugten durch ihre thematische Breite, durch ihre Verbindung von grundlagen- und anwendungsorientierter Arbeitsweise in einem Netzwerk sowie durch die Behandlung gesellschaftlich relevanter Themen auf höchstem Niveau. Von dieser großen Leistungsfähigkeit konnten sich die Besucher des parlamentarischen Abends in Berlin überzeugen.

Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 39
E-Mail: Klee@ARL-net.de

4R-Kooperationsprojekt Territorialplanung in der DDR

Am 20. April 2005 traf sich der gemeinsame Arbeitskreis „Territorialplanung in der DDR" zu seiner 7. Sitzung in Leipzig. Es war Bilanz zu ziehen über die Auswertung der Interviews und die Form des Abschlusses der Auswertung.

Die Befragung (42 Interviews gemäß einem erarbeiteten Leitfaden) ist abgeschlossen. Die umfangreichen Zeitzeugenaussagen sind protokolliert und die meisten inzwischen auch von den Interviewten autorisiert worden. Das vorliegende Interviewmaterial wird derzeit ausgewertet und in einer Synopse zusammengefasst.

Beabsichtigt ist, das Ergebnis in den Berichten zur Landeskunde Heft 4/2005 vorzustellen. Hierzu werden Kurzberichte zu den einzelnen ehemaligen DDR-Bezirken verfasst und in einen Gesamtzusammenhang gestellt.

Die 4R-Institute sind übereingekommen, dass das Archivmaterial zur Planungsgeschichte der DDR im Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung in Erkner gesammelt und dokumentiert werden soll. Ansprechpartner dort ist Dipl.-Ing. Alexander Obeth, Tel. 03362 793124, E-Mail: ObethA@irs-net.de.

Dr. Bruno Schelhaas und Dr. Ute Wardenga werden prüfen, ob das zusammengetragene Material eine Basis für ein weiterführendes Forschungsprojekt darstellt. Sie werden einen Entwurf erarbeiten, der im Rahmen einer Arbeitskreissitzung im Oktober zu diskutieren ist.

Volker Wille, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 22
E-Mail: Wille@ARL-net.de

Menschen bewegen Grenzen

Zukunft der grenzüberschreitenden Kooperation in Europa

Menschen bewegen Grenzen, dafür brauchen sie jedoch die richtigen Rahmenbedingungen, Kooperationsstrukturen und Organisationsformen sowie aktive Partner beiderseits der Grenzen. Neue grenzübergreifende Behörden sind dafür nicht zwingend erforderlich. Bürger wie Verwaltung brauchen jedoch Rechtssicherheit für grenzüberschreitende Kooperation. Verbesserte rechtliche Rahmenbedingungen auf EU-Ebene werden benötigt. Die bestehenden Vorschläge seitens der EU-Kommission müssen weiterentwickelt werden.

So lautete das Resümee des Europäischen Workshops am 04. 05. 2005 „Neue Verwaltungsstrukturen für europäische Grenzregionen". Rund 80 Experten tauschten sich im Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung in Dresden über die Frage aus, welche Perspektiven der Vorschlag der EU-Kommission zur Schaffung „Europäischer Verbünde für grenzüberschreitende Zusammenarbeit" (EVGZ) bietet. Eine Tagungsdokumentation wird erstellt.

Dr. Carsten Kolbe-Weber
E-Mail: c.kolbe@ioer.de

Workshop

Simulation in den Umwelt- und Geowissenschaften

Vom 16. bis 18. 03. 2005 trafen sich gut 60 Wissenschaftler aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, Polen und China im Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e. V. (IÖR). Anlass war der diesjährige Workshop „Simulation in den Umwelt- und Geowissenschaften". Veranstalter waren der Fachausschuss 4.6 „Informatik im Umweltschutz" der Gesellschaft für Informatik e.V (GI), die Arbeitsgemeinschaft Simulation sowie das IÖR. Der Workshop hatte zum Ziel, den aktuellen Stand der Umweltmodellierung im deutschsprachigen Raum vorzustellen und interdisziplinär Lösungen und Ideen zur Umweltmodellierung zu diskutieren. Die Tagungsbeiträge erscheinen Anfang Juni 2005 als Buch im Shaker Verlag Aachen. Ansprechpartner: Dr. Thinh, Tel.: 0351-4679-260, E-Mail: NG.Thinh@ioer.de.

RAUMFORSCHUNG UND RAUMORDNUNG

1/2005

Wissenschaftliche Beiträge

- Wolfgang Wagner
  Grenzöffnungen in geteilten Städten – Simulationen der Folgen für die Stadtstruktur
- Carl-Heinz David
  Zur Konvergenz der nationalen Raumordnungspolitiken Frankreichs und Deutschlands im Post-EUREK-Prozess
- Simone Gabi/Alain Thierstein
  Der 'Regionalpark' als Handlungsfeld der Metropolitan Governance – eine Realisierungs-Analyse am Beispiel der Zürcher Glattal-Stadt
- Ernst Mönnich
  Ruinöse Einwohnerkonkurrenz – Eine Analyse von Suburbanisierungsproblemen am Beispiel der Region Bremen

Berichte aus Forschung und Praxis

- Ingrid Krau
  Stadtregion als kooperatives Netzwerk – Mobilität und Kommunikation am Beispiel Münchens und seiner Region
- Karl-Hermann Hübler
  Die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilräumen – ist das nicht auch eine Aufgabe der Raumordnung und Landesplanung in Deutschland?
- Hans Schirmer
  Die Berücksichtigung von Klima und Lufthygiene in räumlichen Planungen

ISSN 0034-0111

Bestellungen an

Carl Heymanns Verlag KG
Luxemburger Str. 449, 50939 Köln
Tel.: (02 21) 94 37 30, Fax: (02 21) 94 37 39 01
E-Mail: vertrieb@heymanns.com
Internet: www.heymanns.com

Zeitschriftenschau

Als Informationsservice für die Forschung und zur Förderung des Transfers raumwissenschaftlicher Forschungsergebnisse in die Praxis wird in den ARL-Nachrichten in jedem Heft auf raumrelevante Beiträge aus national und international bedeutsamen Zeitschriften hingewiesen. Vollständigkeit wird nicht angestrebt. Autoren und Leser werden gebeten, die Redaktion auf erwähnenswerte Arbeiten aufmerksam zu machen.

Die Zeitschriftenschau ist wie folgt gegliedert:

1. **Theoretische und methodische Grundlagen**
   (Theorie der Raumentwicklung, Konzeptionen der Raumpolitik, Methodenfragen)
2. **Raum- und Siedlungsentwicklung in Deutschland**
   (alle räumlichen Ebenen einschl. der Kommunen, Raumtypenbetrachtung: Agglomerationsräume, ländliche Räume; Wohnen)
3. **Raum- und Siedlungsentwicklung in Europa und dem sonstigen Ausland**
   (alle räumlichen Ebenen einschl. der Kommunen, Raumtypenbetrachtung: Agglomerationsräume, ländliche Räume; Wohnen)
4. **Nachhaltige Raumentwicklung**
5. **Umwelt**
6. **Wirtschaft**
   (Öffentliche Finanzen, Arbeitsmarkt, regionale Wirtschaftspolitik, Agrarpolitik, Tourismus)
7. **Soziales**
   (Bevölkerung, Bildungspolitik, Sozialpolitik, Lebensstile etc.)
8. **Infrastruktur**
   (Verkehr, Kommunikation, Ver- und Entsorgung, Bildung etc.)
9. **Raumbezogene Planung**
   (Planung auf allen Ebenen: Raumordnung, Landes- und Regionalplanung, Stadt- und Regionalplanung, Kommunalplanung; Planungsrecht; neue Planungsformen; Arbeitsmittel der räumlichen Planung)
10. **Grenzüberschreitende Kooperation und Planung**

Die Aufsätze werden nur einmal – nach ihrem inhaltlichen Schwerpunkt – einer dieser Rubriken zugeordnet.

1. Theoretische und methodische Grundlagen

Amiti, M.: Location of vertically linked industries: agglomeration versus comparative advantage. European Economic Review, vol. 49 (2005), no. 4, pp. 809-832.

Angsüsser, St.: Zum Begriff „Icon" an der Benutzerschnittstelle zur Geoinformation. Kartographische Nachrichten, Bd. 55 (2005), H. 2, S. 63-70.

Becker, W. / Peters, J.: Innovation Effects of Science-Related Technological Opportunities. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 225 (2005), H. 2, S. 130-150.

Boldt, K.-W. / Lechner, M. / Zeh, M. / Glaser, R.: Virtuelle Realität in den Geowissenschaften – Interaktives E-Learning auf der Basis von Geodaten und photorealer 3D-Visualisierung. Kartographische Nachrichten, Bd. 55 (2005), H. 2, S. 70-75.

Bürgle, M. / Löchl, M. / Waldner, U.: Entwicklung eines Simulationsmodells – Infrastruktur, Erreichbarkeit, Raumentwicklung. DISP, Bd. 41 (2005), H. 160, S. 94-95.

Camacho-Cuena, E. / García-Gallego, A. / Georgantzís, N. / Sabater-Grande, G.: Buyer-seller interaction in experimental spatial markets. Regional Science and Urban Economics, vol. 35 (2005), no. 2, pp. 89-108.

Cameron, G. / Proudman, J. / Redding, St.: Technological convergence, R&D, trade and productivity growth. European Economic Review, vol. 49 (2005), no. 3, pp. 775-807.

Cohen, J.P. / Paul, C.J.M.: Agglomeration economies and industry location decisions: the impacts of spatial and industrial spillovers. Regional Science and Urban Economics, vol. 35 (2005), no. 3, pp. 215-237.

Dietzenbacher, E.: More on multipliers. Journal of Regional Science, vol. 45 (2005), no. 2, pp. 421-426.

Fingleton, B. / Igliori, D. / Morre, B.: Cluster Dynamics: New Evidence and Projections for Computing Services in Great Britain. Journal of Regional Science, vol. 45 (2005), no. 2, pp. 283-311.

Gilbert, M.R. / Masucci, M.M.: Research directions for information and communication technology and society in Geography. Geoforum, vol. 36 (2005), no. 3, pp. 277-279.

Grieben, W.-H.: A Schumpeterian North-South Growth Model of Trade and Wage Inequality. Review of International Economics, vol. 13 (2005), no. 1, pp. 106-128.

Häde, U.: Föderalismus in Deutschland – und er bewegt sich doch! Wirtschaftsdienst, Bd. 85 (2005), H. 1, S. 11-14.

Hausner, K.H.: Die ökonomische Theorie des Föderalismus. Wirtschaftsdienst, Bd. 85 (2005), H. 1, S. 55-60.

Hill, R.J.: Constructing Price Indexes across Space and Time: The Case of the European Union. The American Economic Review, vol. 94 (2004), no. 5, pp. 1379-1410.

Huber, B.: Föderalismusreform bleibt weiter dringlich. Wirtschaftsdienst, Bd. 85 (2005), H. 1, S. 14-17.

Krakau, W.: Kartographie im Spannungsfeld der Politik. Kartographische Nachrichten, Bd. 55 (2005), H. 1, S. 41-43.

Longley, P.: Geographical Information Systems: a renaissance of geodemographics for public service delivery. Progress in Human Geography, vol. 29 (2005), no. 1, pp. 57-63.

Lucht, R.: Kartenverfälschung in der DDR. Verklärende Rückschau oder kritische Aufarbeitung? Kartographische Nachrichten, Bd. 55 (2005), H. 2, S. 89-91.

Marks, B.J. / Marston, S.A.: Progress or regress? Progress in Human Geography, vol. 29 (2005), no. 1, pp. 1-4.

Meijers, E.: Polycentric urban regions and the quest for synergy: Is a network of cities more than the sum of the parts? Urban Studies, vol. 42 (2005), no. 4, pp. 765-781.

Müller, M.: Schwerpunkte und Tendenzen in der Kartographie. Bericht über die AgA-Sitzung 2004 in Hamburg. Kartographische Nachrichten, Bd. 55 (2005), H. 1, S. 43-44.

Neudeck, St.: Vorschläge zur Gestaltung thematischer Karten für die Bildschirmvisualisierung. Kartographische Nachrichten, Bd. 55 (2005), H. 1, S. 31-35.

Noguer, M. / Siscart, M.: Trade raises income: a precise and robust result. Journal of International Economics, vol. 65 (2005), no. 2, pp. 447-460.

Olsson, O. / Hibbs, Jr., D.A.: Biogeography and long-run economic development. European Economic Review, vol. 49 (2005), no. 4, pp. 909-938.

Peffekoven, R.: Zweifel an der Reformfähigkeit der Politik. Wirtschaftsdienst, Bd. 85 (2005), H. 1, S. 7-10.

Piga, C. / Poyago-Theotoky, J.: Endogenous R&D spillovers and locational choice. Regional Science and Urban Economics, vol. 35 (2005), no. 2, pp. 127-139.

Pohl, R.: Die Reform der föderalen Finanzverfassung: Wünsche und Wirklichkeit. Wirtschaftsdienst, Bd. 85 (2005), H. 2, S. 85-92.

Renzsch, W.: Föderalismusreform – vorerst? – gescheitert. Wirtschaftsdienst, Bd. 85 (2005), H. 1, S. 17-20.

Swales, J.K.: Resource-Constrained Export-Base Regional Multipliers: A Northian Approach. Journal of Regional Science, vol. 45 (2005), no. 1, pp. 223-250.

Tsai, Y.-H.: Quantifying urban form: compactness versus 'sprawl'. Urban Studies, vol. 42 (2005), no. 1, pp. 141-161.

Uerpmann-Wittzack, R.: Doppelter Grundrechtsschutz für die zukünftige Europäische Union. Die Öffentliche Verwaltung, Bd. 58 (2005), H. 4, S. 152-157.

2. Raum- und Siedlungsentwicklung in Deutschland

Aring, J.: Bodenpreise und Raumentwicklung. Geographische Rundschau, Bd. 57 (2005), H. 3, S. 28-34.

Arndt, M. / Priebs, A.: Drei Jahre Region Hannover – eine Zwischenbilanz. Der Städtetag, Bd. 58 (2005), H. 2, S. 20-23.

Behrens, H. / Stöckmann, M. / Vetter, L.: Historische Kulturlandschaft und Landschaftsplanung. Anwendungsbezogene Forschungen an der Fachhochschule Neubrandenburg. Natur und Landschaft, Bd. 80 (2005), H. 3, S. 96-105.

Brake, K.: Städte – Standorte (in) der Wissensgesellschaft. Neues Archiv für Niedersachsen, H. 2 (2004), S. 113-122.

Dollinger, F.: Die Beharrungskraft der Raumstruktur. RAUM, H. 57 (2005), S. 24-27.

Draken, W.: Funktion und Nutzung des SAPOS-Deutschland-Netzes. Flächenmanagement und Bodenordnung, Bd. 67 (2005), H. 1, S. 21-32.

Fürst, D.: Mentalitäts- und Paradigmawechsel in der Stadtentwicklungsplanung. Neues Archiv für Niedersachsen, H. 1 (2004), S. 67-83.

Gans, P.: Stadt und Umland: Entwicklungen, Probleme und Gestaltungsmöglichkeiten. Geographische Rundschau, Bd. 57 (2005), H. 3, S. 10-18.

Grabow, B.: Kommunales E-Government: Einführung und Übersicht. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, Bd. 43 (2004), H. II, S. 5-16.

Griesser, H.: Regionalprogramme neu – ein Werkstattbericht. RAUM, H. 57 (2005), S. 40-41.

Hasse, J.: Die Stadt ins rechte Licht setzen. Stadtillumination – ein ästhetisches Dispositiv? Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 78 (2004), H. 4, S. 413-439.

Heck, A.: „stadthalten" Leipzig – Temporäre Nutzungen in urbanen Räumen. PLANERIN, H. 1 (2005), S. 45-47.

Hendricks, A.: Stadtumbau oder Baulandentwicklung im Außenbereich – Wo liegt die Zukunft? Flächenmanagement und Bodenordnung, Bd. 67 (2005), H. 1, S. 33-39.

Herdt, B. / Wiegandt, C.-C.: Autobahnanschlüsse – neue Ansatzpunkte für eine Siedlungsentwicklung in Deutschland – eine Fallstudie zur A 9 zwischen München und Nürnberg. Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 78 (2004), H. 4, S. 441-457.

Hesse, M. / Kaltenbrunner, R.: Zerrbild «Zersiedelung». Anmerkungen zum Gebrauch und zur Dekonstruktion eines Begriffs. DISP, Bd. 41 (2005), H. 160, S. 16-22.

Hesse, M. / Wolf, U.: Die „neue Vorstadt" – Urbanisierung der Peripherie durch Dichte. Das Projekt Karow-Nord – Erfahrungen mit dem suburbanen Städtebau in Berlin. RaumPlanung, H. 118 (2005), S. 17-21.

Kamphausen, F.: Flächenmanagement zur Rekultivierung im rheinischen Braunkohlenrevier. Flächenmanagement und Bodenordnung, Bd. 67 (2005), H. 1, S. 7-13.

Komlosy, A.: Raumgeschichte – von den Grenzen her erzählt. RAUM, H. 57 (2005), S. 28-30.

Korn, J.: Bahnhöfe als Einzelhandels- und Dienstleistungsstandorte – eine Analyse der Strukturen, Funktionen und Poten-

ziale des Standorttyps untersucht am Beispiel Berlin. Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 78 (2004), H. 4, S. 459-472.

Krüger, Th. / Walther, M.: Innovative Ansätze zur Entwicklung der ländlichen Räume. Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalyse und *MarktTreff*-Konzept in Schleswig-Holstein. RaumPlanung, H. 118 (2005), S. 11-16.

Kubicek, H. / Wind, M.: Integriertes E-Government auch im föderalen Staat? Herausforderungen auf dem Weg zu effizienten Verwaltungsverfahren. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, Bd. 43 (2004), H. II, S. 48-63.

Kujath, H.J.: Deutsche Metropolregionen als Knoten in europäischen Netzwerken. Geographische Rundschau, Bd. 57 (2005), H. 3, S. 20-27.

Lindner, M. / Gerth, H. / Buhtz, M.: Leerstandsmanagement in Plattenbauten. BundesBauBlatt, Bd. 53 (2004), H. 11, S. 26-30.

Pernthaler, P. : Die Republik, der Raum und seine Ordnung. RAUM, H. 57 (2005), S. 20-23.

Priebs, A.: Raumordnung und Raumentwicklung als Zukunftsaufgabe. Geographische Rundschau, Bd. 57 (2005), H. 3, S. 4-9.

Spangenberg, F.: Künftige Ausrichtung der Regionalplanung vor dem Hintergrund geänderter Planungsanforderungen. Flächenmanagement und Bodenordnung, Bd. 67 (2005), H. 1, S. 1-6.

Winkel, R.: Schrumpfende Städte – Wo bleibt die Wertbeständigkeit von Wohneigentum? PLANERIN, H. 1 (2005), S. 12-13.

3. Raum- und Siedlungsentwicklung in Europa und dem sonstigen Ausland

Bramley, G. / Kirk, K.: Does planning make a difference to urban form? Recent evidence from Central Scotland. Environment and Planning A, vol. 37 (2005), no. 2, pp. 355-378.

Carruthers, J.I. / Vias, A.C.: Urban, Suburban, and Exurban Sprawl in the Rocky Mountain West: Evidence from Regional Adjustment Models. Journal of Regional Science, vol. 45 (2005), no. 1, pp. 21-48.

Churski, P.: Problem areas in Poland in terms of the objectives of the European Union's regional policy. European Planning Studies, vol. 13 (2005), no. 1, pp. 45-72.

Couch, Ch. / Karecha, J. / Nuissl, H. / Rink, D.: Decline and sprawl: an evolving type of urban development – observed in Liverpool and Leipzig. European Planning Studies, vol. 13 (2005), no. 1, pp. 117-136.

Desbiens, C.: Nation to Nation: Defining New Structures of Development in Northern Quebec. Economic Geography, vol. 80 (2004), no. 4, pp. 351-366.

Halbert, L.: The Decentralization of Intrametropolitan Business Services in the Paris Region: Patterns, Interpretation, Consequences. Economic Geography, vol. 80 (2004), no. 4, pp. 381-404.

Lovely, M.E. / Rosenthal, St.S. / Sharma, S.: Information, agglomeration, and the headquarters of U.S. exporters. Regional Science and Urban Economics, vol. 35 (2005), no. 2, pp. 167-191.

McNeill, D.: Skyscraper geography. Progress in Human Geography, vol. 29 (2005), no. 1, pp. 41-55.

Nechyba, Th.J. / Walsh, R.P.: Urban Sprawl. The Journal of Economic Perspectives, vol. 18 (2004), no. 4, pp. 177-200.

Röber, M. / Schröter, E.: Europäische Metropolen im Vergleich – Institutionenentwicklung zwischen Konvergenz und Divergenz. Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, Bd. 43 (2004), H. II, S. 129-158.

Schultz, B. / Dosch, F.: Trends der Siedlungsflächenentwicklung und ihre Steuerung in der Schweiz und Deutschland. DISP, Bd. 41 (2005), H. 160, S. 5-15.

Siebel, W.: Zukunftsfähigkeit europäischer Urbanität? Neues Archiv für Niedersachsen, H. 1 (2004), S. 39-47.

Siedentop, St.: Urban Sprawl – verstehen, messen, steuern. Ansatzpunkte für ein empirisches Mess- und Evaluationskonzept der urbanen Siedlungsentwicklung. DISP, Bd. 41 (2005), H. 160, S. 23-35.

Soo, K.T.: Zipf's Law for cities: a cross-country investigation. Regional Science and Urban Economics, vol. 35 (2005), no. 3, pp. 239-263.

Tatzberger, G. / Schneidewind, P.: Ten years after: Europas Spuren im Raum. RAUM, H. 57 (2005), S. 34-37.

4. Nachhaltige Raumentwicklung

Bachmann, G.: Das «Ziel-30-ha» in der Nachhaltigkeitsstrategie Deutschlands: Ein Schritt zur modernen Urbanität. DISP, Bd. 41 (2005), H. 160, S. 102-103.

Janssen-Jansen, L.B.: Beyond Sprawl: Principles for Achieving more Qualitative Spatial Development. DISP, Bd. 41 (2005), H. 160, S. 36-41.

Siegel, G.: Verminderung der Flächeninanspruchnahme im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung Deutschland. DISP, Bd. 41 (2005), H. 160, S. 99-101.

Süess, A. / Gmünder, M.: Weniger Zersiedlung durch handelbare Flächennutzungszertifikate? DISP, Bd. 41 (2005), H. 160, S. 58-66.

Walz, R.: Handelbare Flächenausweisungskontingente – Forschungsarbeiten in Deutschland zur Ausgestaltung aus anwendungsorientierter Sicht. DISP, Bd. 41 (2005), H. 160, S. 105-106.

Zollinger, F.: Handelbare Flächenzertifikate und die Schweizer Raumplanung. DISP, Bd. 41 (2005), H. 160, S. 67-74.

5. Umwelt

Bailey, I. / Rupp, S.: Geography and climate policy: a comparative assessment of new environmental policy instruments in the UK and Germany. Geoforum, vol. 36 (2005), no. 3, pp. 387-401.

Bruns, E. / Herberg, A. / Köppel, J.: Flächen- und Maßnahmenpools in Deutschland. Konzepte, Management und natur-

schutzfachliche Standards. Natur und Landschaft, Bd. 80 (2005), H. 3, S. 89-95.

Creutzig, S.: Föderalismus und Naturschutzrecht. Naturschutz und Landschaftsplanung, Bd. 37 (2005), H. 3, S. 95-96.

Déjeant-Pons, M.: The European Landscape Convention. UVP-report, Bd. 18 (2004), H. 5, S. 216-219.

Demmeler, M. / Heißenhuber, A. / Jungbluth, N. / Burdick, B. / Gensch, C.-O.: Ökologische Bilanzen von Lebensmitteln aus der Region. Diskussion der Ergebnisse einer Forschungsstudie. Natur und Landschaft, Bd. 80 (2005), H. 3, S. 110-111.

Ederington, J. / Levinson, A. / Minier, J.: Footloose and Pollution-Free. The Review of Economics and Statistics, vol. 87 (2005), no. 1, pp. 92-99.

Frankel, J.A. / Rose, A.K.: Is Trade Good or Bad for the Environment? Sorting Out the Causality. The Review of Economics and Statistics, vol. 87 (2005), no. 1, pp. 85-91.

Koenies, H. / Frühauf, St. / Krettek, R. / Bornholdt, G. / Maiwald, S. / Lucan, V.: Biotopverbund – eine sinnvolle Naturschutzstrategie in der Agrarlandschaft? Erfahrungen mit einem E+E-Vorhaben in Nordhessen. Natur und Landschaft, Bd. 80 (2005), H. 1, S. 16-21.

Loë, R.C. de / Kreutzwiser, R.D.: Closing the groundwater protection implementation gap. Geoforum, vol. 36 (2005), no. 2, pp. 241-256.

Magnucki, K. / Haase, D. / Frühauf, M.: Auswirkungen urbaner Siedlungsflächenentwicklung auf den Wasserhaushalt – das Beispiel der Stadt Leipzig 1870-2003. Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 78 (2004), H. 4, S. 473-507.

Neugirg, B.: Eckpunkte für ein Fortbildungskonzept zur Unterstützung kooperativer Naturschutzprojekte. Natur und Landschaft, Bd. 80 (2005), H. 3, S. 106-109.

Panek, N.: Kritische Bemerkungen zur Umsetzung der FFH-Richtlinie in deutschen Buchenwäldern. Naturschutz und Landschaftsplanung, Bd. 37 (2005), H. 3, S. 92-93.

Schink, A.: Umweltprüfung für Pläne und Programme – Verfahrensanforderungen. Natur und Recht, Bd. 27 (2005), H. 3, S. 143-151.

Schütz, P.: Die Umsetzung der FFH-Richtlinie – Neues aus Europa. Umwelt- und Planungsrecht, Bd. 25 (2005), H. 4, S. 137-141.

Spreen, H.: Folgeprobleme der nationalen Unterschutzstellung von FFH-Gebieten. Umwelt- und Planungsrecht, Bd. 25 (2005), H. 1, S. 8-11.

Stöglehner, G. / Wegerer, G.: Die Strategische Umweltprüfung – Ein Planungsinstrument zur Qualitätssicherung in der Raumordnung? Eine Untersuchung österreichischer Planungsbeispiele. DISP, Bd. 40 (2004), H. 159, S. 52-59.

Ullrich, K. / Riecken, U. / Engels, B. / Terry, A.: Europäisches Grünes Band – eine Vision soll Wirklichkeit werden. Natur und Landschaft, Bd. 80 (2005), H. 1, S. 25-26.

Voß, K.: Remote sensing and landscape metrics to identify and the assess site-specific damage in cultivation systems of Central Europe. ERDKUNDE, Bd. 58 (2004), H. 4, S. 283-289.

Vössing, A. / Berg, Th.: Vertragsnaturschutz und Flächenerwerb – zwei Seiten einer Medaille? Natur und Landschaft, Bd. 80 (2005), H. 1, S. 22-24.

Walker, P.A.: Political ecology: where is the ecology? Progress in Human Geography, vol. 29 (2005), no. 1, pp. 73-82.

Zahnen, B.: Innerstädtische Grünfläche = kühl = entlastend? Eine Skizze zu klimatologischem Denken. ERDKUNDE, Bd. 58 (2004), H. 4, S. 349-362.

6. Wirtschaft

Aghion, Ph. / Howitt, P. / Mayer-Foulkes, D.: The Effect of Financial Development on Convergence: Theory and Evidence. The Quarterly Journal of Economics, vol. 120 (2005), no. 1, pp. 173-222.

Badinger, H. / Tondl, G.: The factors behind European regional growth: Trade, human capital and innovation. Jahrbuch für Regionalwissenschaft, Bd. 25 (2005), H. 1, S. 67-89.

Bördlein, R.: Die Reorganisation der deutschen „Regionalbörsen" zwischen ökonomischen und politischen Interessen. Geographische Zeitschrift, Bd. 91 (2003), H. 3-4, S. 156-174.

Büttner, Th.: Zur Aufkommens- und Budgetwirkung der gemeindlichen Steuerpolitik: Empirische Ergebnisse für baden-württembergische Gemeinden. Jahrbuch für Regionalwissenschaft, Bd. 25 (2005), H. 1, S. 27-43.

Corrado, L. / Martin, R. / Weeks, M.: Identifying and Interpreting Regional Convergence Clusters across Europe. The Economic Journal, vol. 115 (2005), no. 502, pp. C133-C160.

Czybulka, D. / Luttmann, M.: Die Berücksichtigung von Leistungen der Länder für das Naturerbe im Finanzausgleichssystem des Bundes. Natur und Recht, Bd. 27 (2005), H. 2, S. 79-86.

Danielzyk, R. / Wiegandt, C.-C.: Das Emsland – ein prosperierender ländlicher Raum. Geographische Rundschau, Bd. 57 (2005), H. 3, S. 44-51.

Danson, M.: Old industrial regions and employability. Urban Studies, vol. 42 (2005), no. 2, pp. 285-300.

Diez, J.R.: Regionale Wachstumskonzepte in Niedersachsen – Eine Bewertung aus regionalökonomischer Sicht. Neues Archiv für Niedersachsen, H. 2 (2004), S. 65-81.

Eich-Born, M. / Hassink, R.: On the battle between shipbuilding regions in Germany and South Korea. Environment and Planning A, vol. 37 (2005), no. 4, pp. 635-656.

Feld, L.P. / Kirchgässner, G. / Schaltegger, Ch.A.: Fiskalischer Föderalismus und wirtschaftliche Entwicklung: Evidenz für die Schweizer Kantone. Jahrbuch für Regionalwissenschaft, Bd. 25 (2005), H. 1, S. 3-25.

Fendel, R. / Frenkel, M.: Wozu Studien zur Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften? Wirtschaftsdienst, Bd. 85 (2005), H. 1, S. 26-32.

Feser, E. / Sweeney, St. / Renski, H.: A Descriptive Analysis of Discrete U.S. Industrial Complexes. Journal of Regional Science, vol. 45 (2005), no. 2, pp. 395-419.

Franz, U.-B.: Hannoverimpuls – Eine erste Zwischenbilanz. Neues Archiv für Niedersachsen, H. 2 (2004), S. 38-43.

Fuchs, M.: Wo stirbt ein Auto? Wertschöpfungsketten von Altautos. Geographische Rundschau, Bd. 57 (2005), H. 2, S. 48-53.

Glaser, J. / Läpple, D.: Wachstumsinitiative Süderelbe – Eckpunkte einer Clusterstrategie. Neues Archiv für Niedersachsen, H. 2 (2004), S. 49-54.

Grote, M.H.: Die Evolution des Finanzplatzes Frankfurt. Geographische Zeitschrift, Bd. 91 (2003), H. 3-4, S. 200-217.

Haas, H.-D. / Zademach, H.-M.: Internationalisierung im Textil- und Bekleidungsgewerbe. Geographische Rundschau, Bd. 57 (2005), H. 2, S. 30-38.

Heinze, Th.: Wissensbasierte Technologien, Organisationen und Netzwerke. Eine Analyse der Kopplung von Wissenschaft und Wirtschaft. Zeitschrift für Soziologie, Bd. 34 (2005), H. 1, S. 60-82.

Henneberry, J. / Mcgough, T. / Mouzakis, F.: The impact of planning on local business rents. Urban Studies, vol. 42 (2005), no. 3, pp. 471-502.

Hudson, R.: Rethinking change in old industrial regions: reflecting on the experiences of North East England. Environment and Planning A, vol. 37 (2005), no. 4, pp. 581-596.

Hüsken, Ch.B. / Mann, S.: Der Staat als „Homo Oeconomicus"? – Drei Säulen des Wirtschaftlichkeitsvergleichs bei Public Private Partnerships. Die Öffentliche Verwaltung, Bd. 58 (2005), H. 4, S. 143-152.

Klagge, B.: Regionale Kapitalmärkte, dezentrale Finanzplätze und die Eigenkapitalversorgung kleinerer Unternehmen – eine institutionell orientierte Analyse am Beispiel Deutschlands und Großbritanniens. Geographische Zeitschrift, Bd. 91 (2003), H. 3-4, S. 175-199.

Kopczuk, W. / Slemrod, J. / Yitzhaki, S.: The limitations of decentralized world redistribution: An optimal taxation approach. European Economic Review, vol. 49 (2005), no. 4, pp. 1051-1079.

Kulke, E.: Weltwirtschaftliche Integration und räumliche Entwicklung. Geographische Rundschau, Bd. 57 (2005), H. 2, S. 4-10.

Möller-Meinecke, M.: Windräder und Landschaftsbild. Abwägungskriterien für Flächennutzungsplanung zur Steuerung von Standorten für Windenergieanlagen. Naturschutz und Landschaftsplanung, Bd. 37 (2005), H. 3, S. 94-95.

Natzmer, W. von: Regionale Wachstumskonzepte – Eine effektive Methode der regionalen Wirtschaftsstrukturpolitik. Neues Archiv für Niedersachsen, H. 2 (2004), S. 25-35.

Pechlaner, H. / Raich, F. / Zehrer, A. / Peters, M.: Growth Perceptions of small and medium-sized Enterprises (SME's) – The Case of South Tyrol. Tourism Review, vol. 59 (2004), no. 4, pp 7-13.

Rauh, J.: Internationale Telekommunikation und Welthandelsströme. Geographische Rundschau, Bd. 57 (2005), H. 2, S. 40-47.

Roper, St. / Grimes, S.: Wireless valley, silicon wadi and digital island – Helsinki, Tel Aviv and Dublin and the ICT global production network. Geoforum, vol. 36 (2005), no. 3, pp. 297-313.

Rösl, G.: Regionalwährungen in Deutschland. Wirtschaftsdienst, Bd. 85 (2005), H. 3, S. 182-190.

Rother, Ph.C. / Catenaro, M. / Schwab, G.: Aging and Pensions in the Euro Area. FinanzArchiv, vol. 60 (2004), no. 4, pp. 593-619.

Rousset-Deschamps, M.: Räumliche Dimension und Entwicklungsdynamik des Kapitalmarktes in Paris. Geographische Zeitschrift, Bd. 91 (2003), H. 3-4, S. 218-239.

Schamp, E.W.: Decline of the district, renewal of firms: an evolutionary approach to footwear production in the Pirmasens area, Germany. Environment and Planning A, vol. 37 (2005), no. 4, pp. 617-634.

Schamp, E.W. / Thierstein, A.: Finanzplätze im Wandel der Finanzsysteme: eine Einführung in das Themenheft. Geographische Zeitschrift, Bd. 91 (2003), H. 3-4, S. 131-132.

Smeral, E.: Quandaries of the labour market in tourism as exemplified by the case of Austria. Tourism Review, vol. 59 (2004), no. 4, pp 14-20.

Wagner, J. / Sternberg, R.: Personal and regional determinants of entrepreneurial activities: Empirical evidence from the Regional Entrepreneurship Monitor (REM) Germany. Jahrbuch für Regionalwissenschaft, Bd. 25 (2005), H. 1, S. 91-105.

Ward, K.: Making Manchester 'flexible': competition and change in the temporary staffing industry. Geoforum, vol. 36 (2005), no. 2, pp. 223-240.

Weber, M. / Rambold, P.: Bedeutung des Risikomanagements bei PPP-Projekten. BundesBauBlatt, Bd. 54 (2005), H. 1, S. 34-37.

Wiezorek, E.: Business Improvement Districts – Revitalisierung von Geschäftszentren. PLANERIN, H. 1 (2005), S. 20-22.

Zeller, Ch.: Innovationssysteme in einem finanzdominierten Akkumulationsregime – Befunde und Thesen. Geographische Zeitschrift, Bd. 91 (2003), H. 3-4, S. 133-155.

Zerbinati, St. / Souitaris, V.: Entrepreneurship in the public sector: a framework of analysis in European local governments. Entrepreneurship & Regional Development, vol. 17 (2005), no. 1, pp. 43-64.

7. Soziales

Allen, J.M. / Eaton, B.C.: Incomplete Information and Migration: the Grass is Greener Across the Higher Fence. Journal of Regional Science, vol. 45 (2005), no. 1, pp. 1-19.

Åslund, O.: Now and forever? Initial and subsequent location choices of immigrants. Regional Science and Urban Economics, vol. 35 (2005), no. 2, pp. 141-165.

Bahle, Th.: Familienpolitik in der EU – was können wir von anderen Ländern lernen? Wirtschaftsdienst, Bd. 85 (2005), H. 3, S. 151-155.

Barnett, C.: Ways of relating: hospitality and the acknowledgement of otherness. Progress in Human Geography, vol. 29 (2005), no. 1, pp. 5-21.

Cameron, J. / Gibson, K.: Participatory action research in a poststructuralist vein. Geoforum, vol. 36 (2005), no. 3, pp. 315-331.

Clark, G.L. / McDowell, L. / Caerlewy-Smith, E. / Strauss, K.: After the welfare state: financial welfare and the social sciences. Environment and Planning A, vol. 37 (2005), no. 2, pp. 383-384.

Crevoisier, O.: The Innovative Milieus Approach: Toward a Territorialized Understanding of the Economy? Economic Geography, vol. 80 (2004), no. 4, pp. 367-379.

Dawkins, C.J.: Evidence on the intergenerational persistence of residential segregation by race. Urban Studies, vol. 42 (2005), no. 3, pp. 545-555.

Gaudecker, H.-M. von: Regionale Mortalitätsunterschiede in Baden-Württemberg. Wirtschaft und Statistik, H. 2 (2005), S. 164-167.

Goltz, E. / Born, K.M.: Zuwanderung älterer Menschen in ländliche Räume – eine Studie aus Brandenburg. Geographische Rundschau, Bd. 57 (2005), H. 3, S. 52-57.

Hassler, J. / Rodríguez Mora, J.V. / Storesletten, K. / Zilibotti, F.: A Positive Theory of Geographic Mobility and Social Insurance. International Economic Review, vol. 46 (2005), no. 1, pp. 263-303.

Häußermann, H.: Das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt". Gesamtbewertung und Empfehlungen der Zwischenevaluation 2003/2004. Informationen zur Raumentwicklung, H. 2-3 (2005), S. 75-85.

Helfen, Th. / Henkel, K. / Kast, A. / Schammer, B. / Schümer-Strucksberg, M. / Walther, U.-J.: Sozialorientierte Stadterneuerungspolitiken in Europa. Beispiele aus dem Forschungsverbund ENTRUST. Information zur Raumentwicklung, H. 2-3 (2005), S. 159-173.

Iredale, R.: Gender, immigration policies and accreditation: valuing the skills of professional women migrants. Geoforum, vol. 36 (2005), no. 2, pp. 155-166.

Kilper, H. / Müller, B.: Demographischer Wandel in Deutschland. Geographische Rundschau, Bd. 57 (2005), H. 3, S. 36-41.

Kofman, E. / Raghuram, P.: Gender and skilled migrants: into and beyond the workplace. Geoforum, vol. 36 (2005), no. 2, pp. 149-154.

McCormick, B. / Wahba, J.: Why Do the Young and Educated in LDCs Concentrate in Large Cities? Evidence from Migration Data. Economica, vol. 72 (2005), no. 285, pp. 39-67.

Müller-Zick, K. / Schreiber, K.: Zwischenevaluierung des Programms „Stadt-Vision-Saar". Soziale Stadt im Saarland. Informationen zur Raumentwicklung, H. 2-3 (2005), S. 87-94.

Nagel, C.: Skilled migration in global cities from 'Other' perspectives: British Arabs, identity politics and local embeddedness. Geoforum, vol. 36 (2005), no. 2, pp. 197-210.

Nöthen, M.: Von der „traditionellen Familie" zu „neuen Lebensformen". Wirtschaft und Statistik, H. 1 (2005), S. 25-40.

Ott, N.: Humanvermögensbildung statt Geburtenförderung. Wirtschaftsdienst, Bd. 85 (2005), H. 3, S. 143-146.

Prinz, A.: Steuermoral und Religiosität in Ost- und Westdeutschland. Schmollers Jahrbuch, Bd. 124 (2004), H. 4, S. 511-537.

Raabe, R.: Fünf Jahre „Soziale Stadt" in Hessen – Zwischenbilanz. Informationen zur Raumentwicklung, H. 2-3 (2005), S. 133-137.

Sandeck, K.: Die Praxis der „Sozialen Stadt". Erste Hinweise zur Umsetzung aus der Anfangsphase des Programms in Bayern. Information zur Raumentwicklung, H. 2-3 (2005), S. 139-145.

Schäfer, H.: Arbeitskräftemangel und Zuwanderungssteuerung. IW-Trends, Bd. 31 (2004), H. 4, S. 22-32.

Schmid, J.: Bevölkerungsentwicklung in der Abwärtsspirale und die steigende Rolle der Familienpolitik. Wirtschaftsdienst, Bd. 85 (2005), H. 3, S. 139-143.

Sell, St.: Grundlinien einer expliziten Familienpolitik. Wirtschaftsdienst, Bd. 85 (2005), H. 3, S. 147-151.

Tötzer, T. / Wagner, P. / Hesina, W.: Mediation Flughafen Wien: Wissen verleiht Flügel. RAUM, H. 57 (2005), S. 42-43.

8. Infrastruktur

Ahrens, G.-A. / Ließke, F. / Wittwer, R.: Mehr Autos – aber weniger Verkehr! Internationales Verkehrswesen, Bd. 57 (2005), H. 1-2, S. 23-26.

Bölke, M.: Innovationspotenziale des ÖPNVs. Internationales Verkehrswesen, Bd. 57 (2005), H. 1-2, S. 33-36.

Born, G.: Bedarfsgerechte Planung von Kindertagesbetreuung im ländlichen Raum. Der Landkreis, Bd. 75 (2005), H. 2, S. 70-73.

Büllesbach, R.: Die E-Government-Initiative „Rheinland-Pfalz 24" – E-Business und E-Government aus einem Guss. Der Landkreis, Bd. 75 (2005), H. 3, S. 132-133.

Eisenkopf, A.: Der intermodale Wettbewerbsrahmen der Verkehrspolitik. Internationales Verkehrswesen, Bd. 57 (2005), H. 3, S. 71-76.

Gawel, E.: Private Finanzierung von Fernstraßen – Erfahrungen und Probleme. Wirtschaftsdienst, Bd. 85 (2005), H. 3, S. 173-181.

Gohlisch, G. / Huckestein, B. / Naumann, St. / Röthke-Habeck, P.: Umweltauswirkungen der Binnenschifffahrt. Internationales Verkehrswesen, Bd. 57 (2005), H. 4, S. 150-156.

Graichen, H.-M. / Vosdellen, L.: Überarbeitung des BVWP. Internationales Verkehrswesen, Bd. 57 (2005), H. 4, S. 143-149.

Hartwig, K.-H. / Marner, T.: Maut für alle? – Straßenbenutzungsgebühren auch für Pkw. Wirtschaftsdienst, Bd. 85 (2005), H. 2, S. 102-108.

Hautzinger, H. / Haag, G. / Helms, M. / Hugo, J.: Autofahren um jeden Preis? Internationales Verkehrswesen, Bd. 57 (2005), H. 3, S. 77-82.

Hesse, M.: Logistics and freight transport policy in urban areas: a case study of Berlin-Brandenburg/Germany. European Planning Studies, vol. 12 (2004), no. 7, pp. 1035-1053.

Hunecke, M. / Schubert, St. / Zinn, F.: Mobilitätsbedürfnisse und Verkehrsmittelwahl im Nahverkehr. Internationales Verkehrswesen, Bd. 57 (2005), H. 1-2, S. 26-33.

Jacobson, J.O. / Hengartner, N.W. / Louis, Th. A.: Inequity measures for evaluations of environmental justice: a case study of close proximity to highways in New York City. Environment and Planning A, vol. 37 (2005), no. 1, pp. 21-43.

Janßen, A. / Volpert, M.: Umweltrichtlinien der EU – Neue Aufgaben für die Verkehrsplanung? PLANERIN, H. 1 (2005), S. 68-70.

Knieps, G.: Die Grenzen der (De-)Regulierung im Verkehr. Zeitschrift für Verkehrswissenschaft, Bd. 75 (2004), H. 3, S. 133-158.

Köller, O.: Nationale Bildungsstandards: Ein Weg aus der Bildungskrise? Der Landkreis, Bd. 75 (2005), H. 2, S. 61-62.

Kopp, A.: The Limits of De-regulation of Transport Infrastructure Services – Report on the OECD/ECMT Round Table 129. Zeitschrift für Verkehrswissenschaft, Bd. 75 (2004), H. 3, S. 208-224.

Kummer, S. / Nagl, Ph.: Mautausweichverkehre. Internationales Verkehrswesen, Bd. 57 (2005), H. 1-2, S. 10-15.

Lahl, U. / Steven, W.: Verkehrslenkung und -beschränkung. Internationales Verkehrswesen, Bd. 57 (2005), H. 4, S. 131-135.

Lübking, U.: Kommune schafft Sicherheit. Sicherheit für lebenswerte Städte und Gemeinden. Stadt und Gemeinde, Bd. 60 (2005), H. 1-2, S. 3-5.

Pfaff, W.: Flexibel und flächendeckend – Die Freiwillige Ganztagsschule im Saarland. Der Landkreis, Bd. 75 (2005), H. 2, S. 65-67.

Rose, A. / Liao, S.-Y.: Modeling Regional Economic Resilience to Disasters: A Computable General Equilibrium Analysis of Water Service Disruptions. Journal of Regional Science, vol. 45 (2005), no. 1, pp. 75-112.

Sauer, J.: Die optimale Organisation der Wasserversorgung aus ökonomischer Perspektive. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 225 (2005), H. 2, S. 225-244.

Schallbruch, M.: Kooperativer Föderalismus im E-Government: Die Strategie Deutschland-Online. Der Landkreis, Bd. 75 (2005), H. 3, S. 128-129.

Schiller, G. / Siedentop, St.: Infrastrukturfolgekosten der Siedlungsentwicklung unter Schrumpfungsbedingungen. DISP, Bd. 41 (2005), H. 160, S. 83-93.

Schliesky, U.: E-Government als Herausforderung für moderne Verwaltungsstrukturen. Der Landkreis, Bd. 75 (2005), H. 3, S. 115-122.

Schwaetzer, I.: Vorsorge ist möglich und nötig. Mehr Sicherheit bei Naturkatastrophen. Stadt und Gemeinde, Bd. 60 (2005), H. 1-2, S. 15-16.

Spitzer, E.: Umweltverträglichkeit vergleichen – aber richtig! Internationales Verkehrswesen, Bd. 57 (2005), H. 4, S. 156-157.

Zapp, K.: Verkehrsleistungen wachsen weiter – und die damit verbundenen Probleme. Internationales Verkehrswesen, Bd. 57 (2005), H. 1-2, S. 40.

9. Raumbezogene Planung

Böhme, K. / Richardson, T. / Dabinett, G. / Jensen, O.B.: Values in a vacuum? Towards an integrated multi-level analysis of the governance of European space. European Planning Studies, vol. 12 (2004), no. 8, pp. 1175-1188.

Cheshire, P. / Sheppard, St.: The introduction of price signals into land use planning decision-making: a proposal. Urban Studies, vol. 42 (2005), no. 4, pp. 647-663.

Einig, K.: Regulierung des Siedlungsflächenwachstums als Herausforderung des Raumordnungsrechts. DISP, Bd. 41 (2005), H. 160, S. 48-57.

Faludi, A.: The open method of co-ordination and 'post-regulatory' territorial cohesion policy. European Planning Studies, vol. 12 (2004), no. 7, pp. 1019-1033.

Leitzke, C. / Schmitt, Th.: Das Ende des Bundes-Bodenschutzgesetzes? Umwelt- und Planungsrecht, Bd. 25 (2005), H. 1, S. 16-19.

Newrly, S.: Steuerung der Siedlungsentwicklung in den Niederlanden im Zeitalter des neuen Raumordnerischen Leitprogramms «Nota Ruimte». DISP, Bd. 41 (2005), H. 160, S. 106-107.

Pedrazzini, L.: Applying the ESDP through Interreg IIIB: a southern perspective. European Planning Studies, vol. 13 (2005), no. 2, pp. 297-317.

Rivolin, U.J. / Faludi, A.: The hidden face of European spatial planning: Innovations in governance. European Planning Studies, vol. 13 (2005), no. 2, pp. 195-215.

Robert, J.-P.: La Cité Manifeste. Ein neues Quartier im alten Arbeiterviertel. Bauwelt, Bd. 96 (2005), H. 9, S. 10-23.

Sandeck, K.: Stadt ohne Barrieren. BundesBauBlatt, Bd. 54 (2005), H. 4, S. 18-21.

Wærn, R.: Hammarby sjöstad. Vom Hafenareal zum Stadtquartier. Bauwelt, Bd. 96 (2005), H. 6, S. 12-14.

Wærn, R.: Das Mögliche, das Notwendige und das Unvorausagbare. Die stadtformenden Kräfte Stockholms. Bauwelt, Bd. 96 (2005), H. 6, S. 10-11.

Veröffentlichungen im Preis reduziert

Neue gesetzliche Regelungen eröffnen auch der ARL die Gelegenheit, unter bestimmten Voraussetzungen auf Bände aus den Veröffentlichungsreihen Preisnachlässe zu gewähren. Wir möchten damit nicht nur unsere Nachwuchskräfte, Studierende, Referendare und andere Auszubildende unterstützen, sondern auch allen anderen Mitwirkenden im Netzwerk der ARL für ihr Engagement danken.

Siehe Preisliste auf der Umschlagseite.

Städtewettbewerb

Chancen und Risiken der Kooperation

Zu diesem Thema lud die gleichnamige Arbeitsgruppe der Europa-Arbeitsgemeinschaft für Mittel- und Südosteuropa der ARL am 3. und 4. März des Jahres zu ihrem Abschlusskolloquium nach Bratislava ein. Die gut besuchte Veranstaltung wurde mit umfangreicher Unterstützung des SPECTRA-Centre of Excellence an der Universität Bratislava durchgeführt und diente der kritischen Diskussion möglicher Fachbeiträge für die Ende des Jahres fertig zu stellende Publikation, die in enger Kooperation mit der ARL in der SPECTRA-eigenen Reihe erscheinen wird. Zu gegebener Zeit werden wir darauf aufmerksam machen.

Die Veranstaltung gliederte sich nach einigen Einführungsvorträgen in die Themenblöcke „Kooperation und Wettbewerb", „Kooperation – Fallstudien", „Sonderbeispiele Wien und Bratislava", „Polyzentralität" sowie „Instrumente der Kooperation und des Wettbewerbs". Den Themenblöcken waren je drei bis vier Referate zugeordnet, die im Anschluss kritisch kommentiert wurden. Zu diesem Zweck waren drei externe Kommentatoren, Dr. Knapp (ILS), Dr. Aring (Büro für Angewandte Geographie Immobilien – Städte – Regionen) und Prof. Dövényi (Ungarische Akademie der Wissenschaften), gebeten worden, sich bereits vor der Veranstaltung mit den Aussagen der Referenten und Referentinnen vor dem Hintergrund einer in der AG gemeinsam festgelegten Zielsetzung zu befassen. Ihre Aussagen gaben wertvolle Hinweise für die Endbearbeitung der Beiträge und stimulierten die Diskussionen.

Art und Inhalt der Konferenz riefen nicht nur nach Abschluss der Veranstaltung ein erfreuliches Echo seitens der Beteiligten hervor, sondern waren anziehend genug, um aus den Städten Wien und Bratislava hochrangige Stadtplaner anzusprechen. So gaben die stellvertretende Stadtbaurätin Brankova, Bratislava, und Stadtbaurat Prof. Klotz, Wien, eingangs einen guten Überblick über das aktuelle Geschehen in den beiden Hauptstädten sowie ihre gemeinsamen Planungsansätze (siehe beispielsweise: www.centrope.info).

Evelyn Gustedt, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 29
E-Mail: Gustedt@ARL-net.de

EAG für den mittel- und südosteuropäischen Raum

Seit der letzten Berichterstattung (ARL-Nachrichten 3/2002) ist die Arbeit der EAG für den mittel- und südosteuropäischen Raum insbesondere in den Arbeitsgruppen weit vorangeschritten. Nach dem Treffen in Budapest im Juni 2002 fanden die jährlichen Sitzungen der EAG im August 2003 in Höhenried (Bayern) und im Oktober 2004 in Bratislava statt. Unter der Leitung von Prof. Dr. Isolde Roch, Dresden, konnte die Arbeit mit einer stabilen Gruppe von Mitgliedern verstetigt werden. Neben den Untersuchungen in den beiden Arbeitsgruppen stand der fachliche Austausch zu aktuellen Trends und Themen der Raumordnung und Regionalplanung in den mittel- und südosteuropäischen Ländern im Vordergrund. Hier wurde deutlich, dass in den neuen EU-Mitgliedsländern die Transformationsprozesse noch lange nicht abgeschlossen sind. Es sind weiterhin schnelllebige Wandlungsprozesse der institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu beobachten, was unter anderem Auswirkungen auf die Arbeit der Wissenschaftler und Praktiker in Raumordnung und Regionalplanung hat.

Grenzüberschreitendes Management europäischer Flusslandschaften

Die Arbeitsgruppe „Grenzüberschreitendes Management zur Pflege, Nutzung und Entwicklung ausgewählter europäischer Flusslandschaften" unter Leitung von Prof. Dr. Isolde Roch hat vergleichende Untersuchungen an den Flüssen Theiß, March und Elbe zum Gegenstand. Dabei wird nach den Flussgebietstypen Durchbruchgebiet, Flusstalweitung und Tiefland unterschieden. In den Anliegerstaaten Ungarn, Slowakei, Tschechische Republik und Deutschland wurden bisher die Untersuchungsgebiete abgegrenzt, die natürlichen und sozioökonomischen Merkmale analysiert und die Landnutzungsmuster bezüglich ihrer Eignung für die Hochwasservorsorge bewertet. Weitere Schritte sind das Identifizieren von Handlungsbedarfen und die Diskussion von Entwicklungszielen vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den Nationalstaaten. Dabei beziehen sich die grenzüberschreitenden Regelungsbedarfe einerseits auf die Landnutzungsformen und richten sich andererseits an Kommunen, Regionen und Länder. Während der Treffen der EAG wurden vertiefende Untersuchungen zur Identität von Flusslandschaften angeregt. Hierbei interessieren insbesondere der Raumbezug, die identitätsbildenden Merkmale und die Veränderungen seit der Öffnung des „Eisernen Vorhangs". Die Arbeitsgruppe plant eine Buchpublikation und mehrere englischsprachige Veröffentlichungen in Fachzeitschriften sowie Präsentationen in den Untersuchungsgebieten, die von den jeweiligen Ländern unterstützt werden sollen. Nach einer Systematisie-

rung europäischer Flusslandschaften werden Analyseergebnisse und Handlungsbedarfe sowie beispielhafte Lösungen diskutiert.

Städte zwischen Kooperation und Wettbewerb

Die Arbeitsgruppe unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr. Rudolf Giffinger, Wien, „Wettbewerb der Städte: Chancen und Risiken der Kooperation" hat ebenfalls große Fortschritte in der inhaltlichen Arbeit erzielen können. Im Vordergrund stehen die unterschiedlichen Anforderungen an die Städte Europas im Zuge der europäischen Integration. Einerseits sind die Städte Standorte in einem mittlerweile europäischen, konkurrierenden Gefüge, andererseits sind sie auch Brennpunkte von Problemen wie dem demographischen Wandel.

Am 3. und 4. März fand in Bratislava eine Konferenz statt, die durch die Leitung der Arbeitsgruppe und durch das SPECTRA Centre of Excellence organisiert wurde (siehe den gesonderten Bericht in diesem Heft, S. 27). Im Vordergrund stand die Frage, welche neuen Chancen und Risiken sich durch Kooperation und Wettbewerb im Zuge der europäischen Integration ergeben und wie sich diese auf die Stadtentwicklung auswirken. Mit Beiträgen aus den verschiedensten Städten entstand so ein wertvoller Überblick über Städtekooperationen in Mittelsüdosteuropa. Gegenstand von Diskussionen waren insbesondere der sich herausbildende Verflechtungsraum zwischen Wien und Bratislava sowie die Auswirkungen auf umliegende Städte wie zum Beispiel Budapest.

Wie geht es weiter?

Gegenstand der letzten EAG-Sitzung in Bratislava war auch eine Diskussion über die Perspektiven der weiteren Arbeit und des Austauschs zwischen den EAG-Mitgliedern. Dazu waren langjährige Mitstreiter der Arbeit im mittel- und südosteuropäischen Raum angereist, wie Prof. Dr. Rudolf Steis aus Bratislava, Dr. Zdenek Prikryl aus Brno und der Generalsekretär der ARL, Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich aus Hannover, der die Mitglieder über die Überlegungen des Präsidiums zur Neustrukturierung der europabezogenen Forschung in der Akademie informierte. Die besonders guten und langjährigen persönlichen Kontakte und das bestehende Vertrauen sollen die Basis für die weitere Arbeit sein. Befürwortung fand der Vorschlag, eine Kerngruppe einzurichten, die Themen für die weitere Arbeit identifiziert, die in den jeweiligen Ländern von Interesse sind. Für eine praxisgerechte Aufbereitung der erarbeiteten Ergebnisse sind verstärkter Wissenstransfer und Öffentlichkeitsarbeit wichtig. Als Medien sollen die einschlägigen Zeitschriften in den jeweiligen Ländern genutzt und, falls notwendig, politische Strategiepapiere verfasst werden. Mögliche Themen für die weitere Arbeit könnten sein: Wandlungsprozesse, Migration, Tourismus (insbesondere Bewertungsmethoden für regionale Wertschöpfung), Brachflächenentwicklung und Suburbanisierung sowie der GIS-orientierte Informationsaustausch.

Robert Knippschild, Tel. (+49-351) 46 79 – 216
E-Mail: R.Knippschild@ioer.de

Flächenmanagement und Nachhaltigkeit

Unter dem Rahmenthema „Flächenmanagement und Nachhaltigkeit in der Siedlungsentwicklung" traf sich die LAG Baden-Württemberg am 28. und 29. April 2005 zu ihrer 94. Sitzung in Stuttgart.

Region Stuttgart

Nach der Begrüßung des Vorsitzenden, Verbandsdirektor Dr. Stefan Köhler, Ravensburg, führte Regionaldirektor Dr. Bernd Steinacher, Stuttgart, durch die Darstellung konkreter Planungen in der Region Stuttgart in das Tagungsthema ein. Im Vergleich zur Bevölkerungszunahme habe sich der Flächenbedarf verdreifacht. Der Trend lasse auch für Baden-Württemberg eine Rückentwicklung der Bevölkerung ab 2015 erwarten. Die Region habe bereits einen Rückgang der Arbeitsplätze erfahren bei gleichzeitiger Zunahme der Wertschöpfung. Der Kraftfahrzeugbestand habe sich von 1992–2002 verdoppelt und es gebe einen Mangel an Neubauflächen in der Stadt Stuttgart. Die Flächenwirtschaft steht damit vor neuen Herausforderungen, die als Handlungsmaxime die Innenentwicklung nach sich ziehen. Die damit verbundene Intensivierung des Flächenmanagements führe zu neuen Kooperationsformen, wie z.B. dem Aktionsbündnis „Flächengewinn" zwischen den Städten, Gemeinden, Landkreisen, Architekten und der Arbeitsgemeinschaft der Regionalverbände.

v.l.: Ulrich Schulze, Stefan Köhler, Bernd Steinacher

Stadtentwicklungskonzept Stuttgart

Zwei Hauptreferate befassten sich ebenfalls mit Planungsproblemen Stuttgarts. Dipl.-Kaufmann Joachim Weiler, Leiter der Stadtentwicklungsplanung Stuttgart, referierte zum Thema „Stadtentwicklungskonzept – Perspektiven für eine nachhaltige Stadtentwicklung". Er führte aus, dass mit der Aufstellung dieses Konzeptes neue Wege beschritten werden, indem ein öffentlicher Dialog geführt wird. Es wer-

Joachim Weiler

den Themenabende zu den Aspekten Wohnen, Verkehr, Industrie und Gewerbe, Landwirtschaft, Kultur und Wissen sowie Leitprojekte und Strategien organisiert. Diese Teilaspekte stehen unter der Leitlinie einer nachhaltigen Entwicklung. Es gehe nun vor allem darum, Leitprojekte wie die Flusslandschaft der Zukunft (Erhalt von Grünzäsuren, Verkehrslenkung etc.) in die Köpfe zu bringen.

Flächenmanagement

Ltd. Technischer Direktor Dirk Vallée, Region Stuttgart, berichtete über „Flächenmanagement für den großflächigen Einzelhandel – die planerische Vorgehensweise des Verbandes Region Stuttgart". Aufgrund der hohen Flächennachfrageentwicklung ist ein klares Konzept unverzichtbar. 2002 fand eine Fortschreibung statt. Einzelhandelsflächen von 1.200 m² Grundfläche und 800 m² Verkaufsflächen unterliegen einer regionalen Mitsprache. Diese beinhaltet Konflikte, die zu lösen sind. Die Regionalplanung hat in dem Konzept Versorgungskerne und Ergänzungsorte ausgewiesen. Damit liegen Regelungen vor, die im Außenbereich z.B. max. 350 m² Verkaufsfläche für Randsortimente zulassen, wobei zwischen zentrenrelevant und nicht zentrenrelevant unterschieden wird.

Ökonomische Ansätze

Ein zweiter Themenkomplex befasste sich mit ökonomischen Ansätzen der raumordnerischen Steuerung der Flächenentwicklung. Prof. Dr. Ortwin Renn, Stuttgart, berichtete, dass derzeit in Baden-Württemberg 13,4 % der Fläche Siedlungen und Verkehrsflächen sind. Bis 2015 wird ein Zuwachs auf 15,5 % prognostiziert. Bisher konnte der Flächenzuwachs mit dem vorhandenen planerischen Instrumentarium gemäß Ordnungsrecht, mit anreizorientierten Ansätzen, mit partizipativen und kooperierenden Vorgehensweisen und mit aufklärenden Informationen nicht ausreichend gesteuert werden. Der Nachhaltigkeitsbeirat Baden-Württembergs empfiehlt Zertifikatslösungen, die eine bessere Wirkung erwarten lassen.

In der nachfolgenden Diskussion kam Skepsis auf, da bisher dazu noch wenig Erfahrungen vorliegen und dieses Vorgehen zu sehr an der quantitativen Seite ansetze und die Qualitätsziele vernachlässige.

Über das MKRO-Forschungsprojekt in der Region Rhein-Neckar-Odenwald berichtete Dr. Raimund Krumm, Tübingen. Auch hier geht es um alternative ökonomische Steuerungsinstrumente, wie z.B. die einer Baulandausweisungsumlage. Der Vorteil eines solchen Instruments sei, dass es nur dann zum Zuge kommt, wenn Nachfrage besteht. Durch Regelungen wie Freibeträge, Umlagesätze und Rückverteilungsregime könnte eine ergänzende flächenschutzpolitische Ebene eingezogen werden. Das Finanzvolumen wird dabei entscheidend sein.

Landschaftspark Bodensee-Oberschwaben

Ergänzend zum Tagungsprogramm gab es zwei Vorträge von Mitgliedern des Jungen Forums der ARL. Dipl.-Ing. Steffi Rosentreter, Ravensburg, referierte zum Thema „Landschaftspark Bodensee-Oberschwaben – ein Raumentwicklungskonzept zur Aufwertung von Freiräumen im Verdichtungsraum". Sie gab einen Einblick in das Leitbild, das zwar keine bindende Wirkung entfaltet, aber dennoch außerhalb des eigentlichen Planungsvorgangs Initiativen auslöst, die ein eingesetztes Gremium unterstützt. Stichworte waren hier z.B. Landschaft vor der Haustür, historische Bezüge, Gewässerentwicklungskonzepte, Landschaft „schmecken" und die Außenwirkung des Raums.

Weiterentwicklung der Planung

Dipl.-Ing. Raumpl. Wolfgang Jung, Stuttgart, gab einen Zwischenbericht zu seiner Dissertation zum Thema „Systematisierung der Instrumente in der räumlichen Planung". Dabei erläuterte er das Begriffsquartett „Standardausweisung, Anlagen, Einrichtungen und Verhaltensweise" und machte deutlich, dass für eine erfolgreiche Planung die Zusammenhänge und die wechselseitigen Folgen dieser vier Bereiche gesehen werden müssen.

Zukunftsflächen Stuttgart 21

Aus der Mitgliederversammlung

Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurden Sachstandsberichte zur Arbeitsgruppe „Methoden und Instrumente in der räumlichen Planung Baden-Württembergs" (Prof. Schönwandt), zur Arbeitsgruppe „Infrastruktur in einer mobilen Gesellschaft – Beispiele aus Baden-Württemberg" (Dr. Köhler) und zur Arbeitsgruppe „Grenzüberschreitende Fragen der Raumentwicklung Deutschland-Schweiz" (Dipl.-Ing. Bächtold) geliefert. Die ersten beiden Arbeitsgruppen werden ihre Ergebnisse noch in diesem Jahr vorlegen.

Als neue Mitglieder wurden gewählt: Dipl.-Ing. Wolfgang Jung, Stuttgart, Dr. Marco Pütz, Birmensdorf/Schweiz, Prof. Dr. Ortwin Renn, Stuttgart, Dipl.-Ing. Steffi Rosentreter, Ravensburg, und Ministerialrat a.D. Dipl.-Ing. Ludwig Thormählen, Freiburg/Brsg.

Volker Wille, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 22
E-Mail: Wille@ARL-net.de

LAG Bayern
ehrt Prof. Dr. Werner Buchner

Am 8. April 2005 traf sich die LAG Bayern zu den Themen „Alpen“ und „Raumordnung – Rückblick und Ausblick“. Der barocke Festsaal des Klosters Benediktbeuern von 1670 bot einen würdevollen Rahmen, um zugleich Prof. Dr. Werner

Sitzung der LAG Bayern im Barocksaal Benediktbeuern

Buchner zu ehren. Einleitend gedachte die LAG der Verdienste des verstorbenen Prof. Dr. Bruno Dietrichs, München, einem langjährigen Mitglied der LAG.

Alpen als dynamischer und risikoreicher Raum

Zum Thema „Alpen“ wurden drei Referate vorgetragen:

- „Naturgefahrenmanagement im Grenzbereich: die Alpenbewohner zwischen Plattentektonik und Klimawandel“ (Martin Grambow, Bayerisches Umweltministerium, München)
- „Wintersport im bayerischen Alpenraum in den letzten 10 Jahren: Entwicklungen, Strukturen und Probleme“ (Prof. Dr. Jörg Maier, Bayreuth)
- „Alpenquerender Verkehr – Probleme, Prognosen, Perspektiven“ (Rudolf Escheu, Bayerisches Wirtschafts- und Verkehrsministerium, München)

Kernaussagen der Referenten lauteten: Tektonische Bewegungen (jährliche Hebung 1 bis 1,5 mm) und Erosion (jährlich im Durchschnitt 1 mm) machen die Alpen im Zusammenspiel mit den Witterungsbedingungen zu einem besonders dynamischen Raum. Das zieht zahlreiche Ereignisse nach sich, wie Eintiefung und Aufschwemmung, Hochwasser und Lawinen, Felsstürze und Muren – Ereignisse, die sich durch einen Klimawandel noch weiter dynamisieren können.

Wohnen, Erholung und Arbeit sind in diesem Raum besonderen Risiken ausgesetzt. Einmalige und sich in längeren Zeitabständen wiederholende Ereignisse erfordern eine eigene Betrachtungsweise und die Notwendigkeit, Konsequenzen zu ziehen, zumal zu berücksichtigen ist, dass z. B. Hochwasser oder Muren in quadratischen oder gar kubischen Dimensionen wachsen können. Das Schutzbedürfnis des Menschen macht Strategien zur Vorsorge und Vorbeugung wie auch zur Bewältigung notwendig. Ein flexibel reagierendes und integriertes Risikomanagement ist erforderlich. Neben der Bewusstseinsbildung über die Gefahren sind hierzu Leitbilder unter Beteiligung der Öffentlichkeit nötig wie auch eine überfachliche Zusammenarbeit. Hier stellt sich der Raumordnung eine wichtige Aufgabe.

Tourismusentwicklung

Seit Jahren zeichnet sich im Wintersportbereich eine rückläufige Nachfrage in den klassischen Skigebieten ab. Sie liege derzeit im Durchschnitt bei 2,8 Tagen. Die Wintersportorte haben zu wenig neue Konzepte entwickelt. An den Fallbeispielen Bad Hindelang, Oberstdorf und Ganzrieder Tal zeigt sich, dass eine fehlende Verkehrsanbindung an die Siedlungsschwerpunkte das Besucherpotenzial reduziert. Zu sehr habe man bisher nur die Vorzüge betrachtet und die Mängel außer Acht gelassen. Eine regionale Marketingstrategie müsse entwickelt und umgesetzt werden. Dabei blieben Konflikte mit dem Alpenplan nicht aus, da dort auf großen Flächen die Wintersportnutzung ausgeschlossen wird. Hier müssen einige Aspekte in Richtung Nachhaltigkeit neu überdacht werden.

Verkehrsentwicklung

Großräumig sind im Alpenraum die Transversalen (Nord-Süd) und die Magistralen (West-Ost) bedeutsam. Für Bayern als Ex- und Importland, als Transporterzeuger und als Transitland ist eine Einbindung in das großräumige Netz ein entscheidendes Strukturmerkmal. Die Infrastruktur (insbesondere Straße und Schiene) ist darauf auszurichten. Vielfach gibt es gebrochene Verkehre, Nachtfahrverbote, Mautabgaben. Hindernisse dieser Art müssen mit den Partnern gemeinsam angegangen und gelöst werden. Aufgrund des großen Abstands von 120 km in den Ostalpen sind die Alpentransversalen Verkehrsanziehungsachsen. Neben den in Bau befindlichen Tunnelprojekten St. Gotthard und Lötschberg ist nun auch ein Brennerbasistunnel im Gespräch. Erste Entscheidungen werden bereits von Österreich und Italien getroffen. 2006 rechnet man mit einem Staatsvertrag. Bayern strebt z.B. im Hinblick auf diese Entwicklung an, die Strecke Mühlberg-Salzburg, die bereits in den Bundeswegeverkehr eingebracht worden ist, auszubauen. Auch in Richtung Schweiz und bezüglich Lindau werden Überlegungen angestellt. So liegt z.B. von schweizerischer Seite ein Angebot vor, einen Streckenausbau in Richtung Lötschberg und Gotthard mit 75 Millionen Schweizer Franken mitzufinanzieren. Als Langfristperspektive wird die Erreichbarkeit eines Mittelmeerhafens (Triest) als Alternative zu den Nordhäfen gesehen, was allerdings eine leistungsfähige Logistik voraussetzt.

Raumordnung – Rückblick und Ausblick

Der Präsident der ARL, Prof. Dr.-Ing. Klaus Borchard, referierte über die Entwicklung der Struktur und der Aufgaben der ARL, an deren Erfolgsprogramm Prof. Dr. Werner Buchner, Pullach, großen Anteil habe. Dazu gehöre das Instrument des Orien-

tierungsrahmens, das erstmals unter seiner Mitwirkung entstand, die Institutionalisierung der Verwaltungs- und Politikberatung, die Verantwortung als Präsident im Rahmen der letzten Evaluierung der ARL und nicht zuletzt die zukunftsweisende Einrichtung des Jungen Forums, das sich 1998 hier in Benediktbeuern zum ersten Mal traf. Der Präsident dankte Buchner für sein intensives und vielseitiges Engagement, das sich auch an der frühen Berufung zum Ordentlichen Mitglied und seinen insgesamt 8 Jahren präsidialer Verantwortung bzw. Mitverantwortung zeige. Er habe zahlreiche Impulse an der Nahtstelle zwischen Wissenschaft, Verwaltung und Politik gegeben. Dazu zählte auch die Bereitschaft, einen Lehrauftrag zu übernehmen.

v.l.: Hubert Job, Klaus Borchard, Christian Breu

Prof. Dr. Hubert Job, München, übernahm es, Buchner für die Bereitschaft zu danken, sein fundiertes Wissen in der Raumentwicklung sowie im Umwelt- und Raumordnungsrecht am Institut für Wirtschaftsgeographie der Ludwig-Maximilian-Universität München, ehemals Lehrstuhl Prof. Dr. Karl Ruppert, in die Ausbildung hineinzutragen. Job führte weiter aus, dass Buchner seinen Anteil an der Entscheidung habe, dass Umweltschutz in die Verfassung aufgenommen wurde. Gemeinsam mit Prof. Dr. Klaus Töpfer, ebenfalls OM der ARL, habe er 1989 die erste Alpenschutzkonferenz initiiert.

Werner Buchner

Buchner danke für die Würdigung seiner Arbeit, die er gerne übernommen habe, da ihm die ARL stets am Herzen liege. Für ihn komme dem Bindeglied zwischen Wissenschaft und Praxis eine besondere Bedeutung zu. Denn Planer seien nicht in der Lage, zeitraubende Wissenschaft zu betreiben, und seien daher auf wissenschaftliche Erkenntnis zum Nutzen ihrer Arbeit angewiesen. Er dankte Prof. Ruppert, der ihn stets ermutigt und gestützt habe, „Jura-Anwalt der Raumordnung" zu sein, bei aller Unvollkommenheit gemessen am wissenschaftlichen Anspruch.

Erfreut zeigte sich Buchner über den offenen Brief des Jungen Forums mit dem Aufruf „Raumentwicklung ist Chefsache!". Er lobte den Rückblick sowie die Herausstellung der Leistung der Raumordnung und betonte, dass er die Vorschläge zur Neubewertung der Aufgaben der Raumordnung voll unterstützen könne. Gerade als Rechtsanwalt erfahre er derzeit, wie raumordnerische Gesichtspunkte für Ziele, Verfahren, Eingriffsregelungen, für Einzelhandelsstandorte oder neu zu verlegende Pipelines Grundlagen für die Rechtssprechung abgeben.

Zum Schluss warnte Buchner vor Fehlentwicklungen und mangelnder Steuerung von Raumentwicklung, wenn Hoheitsverwaltung, Leistungsverwaltung und Instrumente der Raumordnung immer weiter ausgedünnt werden. Eine Kumulierung dieser Entwicklungen sei eine Herausforderung, die bedenklich stimme. Denn eine starke Lenkung sei gerade dann notwendig, wenn die zu verteilenden Mittel immer weniger werden.

Volker Wille, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 22
E-Mail: Wille@ARL-net.de

Raumordnung zwischen Naturschutz und Tourismus

Mit der 22. Sitzung am 28./29.04.2005 in Eberswalde widmete sich die LAG Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern dem Thema „Raumordnung zwischen Naturschutz und Tourismus". Der neue Leiter, MinDgt Dr. Bernhard Heinrichs, Schwerin, konnte etwa 30 Mitglieder und Gäste begrüßen.

v.l.: Heinrich Kluczka, Marion Eich-Born, Bernhard Heinrichs

Nationalpark Unteres Odertal

Mit einer von Claudia Henze, Regionalplanungsstelle Uckermark-Barnim, fachkundig geleiteten Exkursion in den grenzübergreifenden Nationalpark Unteres Odertal wurden die LAG-Mitglieder in die Thematik der Sitzung eingeführt. Einen Schwerpunkt bildete das Besucherzentrum des Nationalparks in Criewen, wo der Stellvertretende Leiter des Nationalparks, Jochen Beschnidt, zur Geschichte, der Organisation und auch den zu lösenden Konflikten im

Nationalpark vortrug. Trotz mancher Probleme mit den Nutzern vor Ort seien die Besucherzahlen in den letzten Jahren sehr angestiegen. Mögliche Belastungen dadurch versuche man jedoch durch gezielte Besucherlenkung zu vermeiden. Insgesamt würde daher der Nationalpark auch von der ansässigen Bevölkerung und der Wirtschaft zunehmend angenommen.

v.l.: Bernhard Heinrichs, Mathias Feige, Matthias Freude, Ingrid Hanitzsch

Wie viel Naturschutz braucht der Tourismus?

Mit dem Vortrag von Dr. Mathias Feige, Berlin, wurde der fachliche Teil der LAG-Sitzung fortgesetzt. Aus der Sicht der Tourismusbranche thematisierte er die Bedeutung der Natur für den Tourismus in Nordostdeutschland. Dabei betonte er, dass spezifische Naturpotenziale in diesem Raum ein besonderes Alleinstellungsmerkmal für die Tourismuswirtschaft darstellen und auch genutzt würden, um weitere Nachfrage, auch in Beziehung zur Metropolregion Berlin, anzuziehen. Teilweise sei daher bereits schon über Kapazitätsgrenzen und stärkere Lenkung der Besucherströme an den so genannten Hot Spots nachzudenken. Grundsätzlich sei allerdings die Zusammenarbeit zwischen Tourismuswirtschaft und Naturschutz verbesserungswürdig, insbesondere dadurch, dass Letztere sich stärker von einer Regulierungs- und Verbotsorientierung hin zu einer Angebotsorientierung gegenüber der Tourismuswirtschaft bewege. Moderations- und Mediationsverfahren für konfliktbeladene Projekte und Maßnahmen seien der richtige Weg, um beiderseitigen Nutzen zu erzielen.

Der Tourist zerstört das Objekt seiner Begierde!

Generell sei das Bewusstsein für die natürliche Umwelt und ihren Schutz auch bei den Touristen durchaus vorhanden und in den letzten Jahren zunehmend gewachsen, so der Leiter des LUA Brandenburg, Prof. Dr. Matthias Freude, Potsdam, im zweiten Vortrag der LAG-Sitzung. Durch die starke Zunahme der Touristenzahl und die dafür notwendigen Infrastrukturen zerstöre der Tourist ungewollt das, was er an eigentlich unberührter Natur erleben möchte. Am Beispiel der notwendigen Abstände, der „Fluchtdistanzen" für Brutplätze des Schreiadlers, von dem es in Brandenburg nur noch wenige Exemplare gebe, machte Freude diesen Konflikt sehr anschaulich deutlich. Dennoch seien in der Praxis, bis auf wenige Fälle, die Konflikte zwischen Naturschutz und Tourismus eher gering. Sie beruhten vorwiegend auf fehlender wechselseitiger Information und den nicht klar definierten gegenseitigen Ansprüchen. In einer Zwischenbilanz betonte er, dass durchaus zählbare Effekte für die Regionalentwicklung durch den Naturschutz zu beobachten seien. Insbesondere die Großschutzgebiete hätten ein großes touristisches Potenzial. Die Zusammenarbeit sei trotzdem noch verbesserungsfähig. Von einem Nebeneinander müsse man zu einem vertrauensvollen Miteinander kommen.

Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Naturschutz

Im neuen Landesentwicklungsprogramm für Mecklenburg-Vorpommern werde den Konflikten zwischen Naturschutz und Tourismus besondere Aufmerksamkeit gewidmet, so Ingrid Hanitzsch, Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung, Schwerin. Es enthalte deshalb eine Karte, die die Vorrang-

Plenum

und Vorbehaltsflächen für Naturschutz und für Tourismus übereinander lege und so die möglichen Konfliktfelder deutlich mache. Allerdings sei mit der direkten Übernahme von Naturschutzgebieten und Naturparks als Vorranggebiete in das Landesentwicklungsprogramm nur noch bei den Vorbehaltsgebieten eine planerische Einzellfallabwägung zwischen den Belangen des Naturschutzes und der touristischen Nutzung möglich. Dabei würde dann weniger auf eine harte planerische Durchsetzung von Entscheidungen gesetzt, sondern vielmehr mit freiwilligen Nutzungsvereinbarungen gearbeitet, in denen mittels Zonierungen und gezielter Informationsvermittlung möglichen Nutzungskonflikten vorgebeugt würde. Raumordnungsverfahren werden so zu Instrumenten des Informationstransfers, um das Bewusstsein für die wechselseitigen Anforderungen zu stärken.

Notwendigkeit institutioneller Bündelung

Die sich an die Vorträge anschließende Diskussion im Plenum konzentrierte sich auf die Möglichkeiten, Projekte zum beiderseitigen Nutzen von Naturschutz und Tourismus zu gestalten. Kontraproduktiv in diesem Bemühen sei die Vielfalt von beteiligten Akteuren im Bereich des Naturschutzes wie auch bei der Regionalen Entwicklungspolitik. Hier wäre eine weitere institutionelle Bündelung sehr hilfreich.

Neue Arbeitsgruppe der LAG

In der Mitgliederversammlung der LAG wurde intensiv über neue Themen diskutiert. Nach Beendigung der beiden auslaufenden Arbeitsgruppen könnte das Thema der räumlich gezielten Förderpolitiken und ihrer Abstimmung mit anderen, ebenfalls raumwirksamen, aber nicht räumlich gezielten Fachpolitiken aufgenommen werden. Gerade vor dem Hintergrund der neuen Entwicklungen in der EU zur regionalen Strukturpolitik und zu den neuen Überlegungen zur territorialen Kohäsion werde diese Bündelung und Konzentration von Fördermitteln auf regionale Potenziale besonders für Nordostdeutschland immer notwendiger. Die zunehmende Enge der öffentlichen Haushalte verstärke diese Erfordernisse. Nach der Sommerpause wird eine klare Themenformulierung und eine Strukturierung in Einzelfragen vorgenommen.

Die Herbstsitzung der LAG wird am 20./21.11.2005 in Wismar unter dem Thema „Kultur als Standortfaktor“ stattfinden.

Hans Pohle, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 44
E-Mail: Pohle@ARL-net.de

Demographischer Wandel und neue Disparitäten

In ihrer jüngsten Sitzung am 13. April 2005 in Saarbrücken beschäftigte sich die Landesarbeitsgemeinschaft Hessen / Rheinland-Pfalz / Saarland (LAG HRS) unter der Leitung von Ltd. MinRat Gerd Rainer Damm, Saarbrücken, schwerpunktmäßig mit zwei Themen: zum einen mit den Fragen des demographischen Wandels aus Sicht der drei Länder und zum anderen mit neuen Disparitäten angesichts gravierender Änderungen in den Rahmenbedingungen. Bei ersterem konnte angeknüpft werden an das Planerforum „Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung: Handlungserfordernisse für Raumordnung und Regionalentwicklung“, das von der LAG vor drei Jahren durchgeführt worden war (vgl. NACHRICHTEN 4/2002, S. 52 ff.). Die dabei festgestellten Grundtendenzen

- zunehmende Internationalisierung und
- erhebliche räumliche Umverteilung (Migration)

wurden jetzt bestätigt und konnten in ihren regionalen Ausprägungen weiter präzisiert und damit noch genauer ausgeleuchtet werden.

Bevölkerungsprognose 2020

Grundlage war ein Vortrag von Dipl.-Geogr. Claus Schlömer, BBR, Bonn, der die Ergebnisse der BBR-Bevölkerungsprognose für die Regionen der Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland vorstellte. Die Prognose stützt sich inzwischen auf Daten des Jahres 2002 und hat das Zieljahr 2020, wobei bis 2050 einzelne Langfristberechnungen vorgenommen werden. Währen in Hessen die mäßigen Sterbeüberschüsse noch durch die hohen internationalen Migrationsgewinne mehr als ausgeglichen werden und Rheinland-Pfalz ebenfalls per Saldo nicht unerhebliche Wanderungsgewinne erwarten kann, sind für das Saarland signifikante Sterbeüberschüsse zu erwarten, deren Wirkungsrichtung durch Binnenwanderungsverluste noch verstärkt werden. Damit ist der „Verlust der Jugend“ im Saarland besonderst dramatisch, wie es ähnlich ausgeprägt nur für Teile von Rheinland-Pfalz (Westpfalz) und Hessen (Nordhessen) angenommen werden muss.

Mehr denn je gilt, dass die generellen Tendenzen in ihrer jeweiligen konkreten regionalen Ausprägung sowohl kumulativ als auch kompensativ wirken können. So dürfte beispielsweise in Regionen mit Migrationsgewinnen bei einem hohen Ausländeranteil der Alterungsprozess deutlich verlangsamt werden. Das zwingt immer wieder zur Betrachtung des Einzelfalls und macht es strukturschwachen und/oder peripheren Regionen besonders schwer, „negativen“ Entwicklungen gegenzusteuern (was angesichts der Größenordnungen, um die es geht, vielfach ohnehin ein fragwürdiges Unterfangen sein dürfte). Das bedeutet nichts anderes, als dass es auch langfristig ein Nebeneinander von wachsenden und schrumpfenden Regionen geben wird. Das gilt vermutlich über den Zeitraum bis 2020 hinaus.

Im Ergebnis bleibt festzustellen, dass im bundesweiten Vergleich die Unterschiede zwischen den Teilräumen noch als vergleichsweise moderat bezeichnet werden müssen. Dass freilich als eher extrem anzusehende Entwicklungen woanders, z. B. in den neuen Bundesländern, die Probleme in den einzelnen Regionen von Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland verringern, ist wohl kaum zu erwarten.

„Neue“ Disparitäten

Das zweite Schwerpunktthema der LAG-Sitzung drehte sich um die Frage, inwieweit erhebliche Änderungen in den Rahmenbedingungen „neue“ Disparitäten zur Folge haben. Den

Grundsatzvortrag hierzu hielt Prof. Dr. Walter Siebel, Oldenburg, der neben dem bereits angesprochenen demographischen Wandel vor allem

- die Globalisierung mit ihrer drastischen räumlichen Ausweitung der Konkurrenz,
- den Immoblilienmarkt mit teilweise noch nicht erklärbaren massiven Einflüssen aus dem anglo-amerikanischen Raum,
- die zunehmend weltweite Dimension von Wanderungsbewegungen,
- den Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft bei einer sich verfestigenden hohen Arbeitslosigkeit

als bestimmende Einflussfaktoren thematisierte.

Mehr denn je produzieren moderne Gesellschaften aus sich heraus Ungleichheiten. Das reicht von den Lebensstilen bis zu individuellen ökonomischen Grundlagen, beispielsweise im Zuge der langfristig praktisch unverändert hohen Arbeitslosigkeit und einer aus diesen und anderen Gründen ständig geringer werdenden Sicherheit der individuellen Arbeitsplätze. Fast unvermeidbar führt dies zu einer möglicherweise dramatisch wachsenden sozialen Segregation, bei der sich unterschiedliche Bevölkerungsgruppen – vor allem in den großen Städten – in planerisch zunächst kaum beeinflussbarem Maße in verschiedenen Bezirken konzentrieren. Das betrifft insbesondere Ausländer und deren Familiennachzug und reicht neben vielfältigen soziokulturellen Aspekten tief hinein bis in die Bildungsinfrastruktur. Diese Prozesse werden sich voraussichtlich beschleunigen angesichts eines schon heute entspannten Wohnungsmarktes (Verdoppelung der Wohnungsleerstände im Vergleich mit heute bis 2020 auf ca. 2 Mio.) und zu einer „Durchlöcherung" der Stadtgestalt führen. In Verbindung mit den demographischen Veränderungen entsteht dabei vielfach eine – z. T. bereits erkennbare – Minderauslastung der technischen Infrastruktur, was zu einer Erhöhung der Kosten bei Verringerung der Einnahmen führt.

Da die Abwanderungen in der Regel die Mittelschichten und aktive Jüngere betreffen, heißt das bei einem Zurückbleiben der Unterschichten und Älteren: sinkendes räumliches Einkommensniveau mit einem Nachlassen der Investitionen im Immobilienbereich. Das aber wird ebenfalls erst sehr spät nach außen hin sichtbar, meistens zu einem Zeitpunkt, zu dem Erhaltungsinvestitionen – sofern überhaupt noch möglich – bereits einen überproportional hohen Aufwand erfordern.

Gleichwohl sind – trotz Abwanderung – auch Gegentendenzen beobachtbar, beispielsweise in den neuen Bundesländern, wo per Saldo in erheblichem Maße neue Wohnungen entstehen (Verkleinerung der Haushalte, höhere Ansprüche). Zudem ist das Beharrungsvermögen gebauter Strukturen über Jahrhunderte spürbar; unsere Städte sind bekanntlich noch heute durch das Mittelalter geprägt. Insofern gibt es keinen Zweifel, dass die Verdichtungsräume auch langfristig beständig sind. Siebel konstatierte vorsichtig für Hochqualifizierte eine wachsende Attraktivität von Innenstädten, in denen ein „Pool" hoch spezialisierter Arbeitskräfte für Produktion und Dienstleistungen spezifische Milieus bildet, die als anregend empfunden werden und in denen sich an face-to-face-Kontakte gebundenes Wissen, d.h. kontextgebundene Verarbeitung von Informationen, generiert. Es lässt sich zudem vermuten, dass mit dem weiteren Zurückgehen familiärer Strukturen der Druck in die suburbanen Verdichtungsränder nachlässt, da dieser praktisch ausschließlich durch den Wunsch nach dem Einfamilienhaus verursacht wird.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass die hier nur kurz skizzierten demographischen und in mindestens gleichem Maße die sozioökonomischen Prozesse zu neuen Mustern räumlicher Disaggregation führen. Auch hier sind die regionalen Auswirkungen nur im Einzelfall konkret zu beschreiben. Dafür gilt, dass auch in Zeiten gravierender Änderungen Stadtplanung und -entwicklung sich an bewährten Leitbildern orientieren können (die gegliederte, aufgelockerte Stadt) und dass wohl mehr denn je der Zentrale Ort es sein wird, in dem die infrastrukturellen Investitionen getätigt werden müssen. Das beginnt bei der technischen Infrastruktur und geht über Bildungs- und Sozialinvestitionen bis zur Kultur. Wenn beispielsweise in 30–50 Jahren jeder zweite der jüngeren Erwerbsfähigen einen Migrationshintergrund hat, wird schon jetzt erkennbar, dass die heutigen Ergebnisse des Bildungssystems dann erst recht als völlig unzureichend bezeichnet werden müssen. Spiegelbildlich gelten diese Prozesse analog für die Abwanderungsregionen. Diese können einer ungeordneten „passiven Sanierung" schon allein deshalb nicht preisgegeben werden, weil selbst die Basisbevölkerung beispielsweise für eine reine Freizeitregion selbstverständlich einer entsprechenden räumlichen Mindestausstattung bedarf – es sei denn, dass selbst die „Freizeitregion" nicht gehalten werden soll oder kann.

Arbeitsprogramm 2005/2006

Weitere Beratungspunkte der LAG-Sitzung waren das Arbeitsprogramm für 2005/2006 und die schwerpunktmäßige Konzentration der Untersuchungen in zwei neuen Arbeitsgruppen. Als Rahmenthema wurden Fragen des demographischen Wandels in Hessen / Rheinland-Pfalz / Saarland bereits in der letzten Sitzung beschlossen und – wie erkenntlich – in dieser Sitzung schon in Angriff genommen. Des Weiteren wurde beschlossen, dem Präsidium – neben der bereits tätigen Arbeitsgruppe zur Regionalen Flächennutzungsplanung unter der Leitung von Dr. Hans-Jörg Domhardt, Kaiserslautern – eine AG zum weiten Feld des Monitoring zu empfehlen (Leitung: Dipl.-Ing. Theophil Weick, Kaiserslautern). Ein weiterer Vorschlag zum Thema „Ländliche Räume im Struktur- und Politikwandel" bedarf noch abschließender Beratung.

Eine für die Raumordnung ausgesprochen erfreuliche Nachricht wurde am Rande der Sitzung bekannt. Der Leitende Planer der Region Trier, Dipl.-Ing. Roland Wernig, teilte mit, dass im Zuge einer gerichtlichen Auseinandersetzung vor dem Bundesverwaltungsgericht definitiv entschieden wurde, dass – selbstverständlich unter bestimmten Bedingungen des „Reifegrades" – in Aufstellung befindliche Ziele der Raumordnung bereits ihre entsprechenden Vorwirkungen haben (vgl. Berichterstattung zur letzten LAG-Sitzung, NACHRICHTEN 4/2004, S. 31). Dies ist in Zeiten eines landauf landab nicht gerade überbordenden Bedeutungszuwachses von Raumordnung und Landesplanung ein sicherlich ermutigendes Zeichen von Anerkennung für eine Tätigkeit, die bei allen Problemen ihrer öffentlichen Vermittlung nach wie vor für jedes Gemeinwesen unverzichtbar sein dürfte.

Burkhard Lange, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 28
E-Mail:Lange@ARL-net.de

Neues Landesplanungsgesetz für NRW

Auf ihrer Sitzung am 4. März 2005 in Münster informierten sich die Mitglieder der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Nordrhein-Westfalen zunächst über den Stand der Tätigkeit der Arbeitsgruppen. Im Mittelpunkt der weiteren Beratungen standen die Novellierung des Landesplanungsgesetzes und Vorschläge für neue Arbeitsschwerpunkte der LAG-Tätigkeit.

Derzeitige Arbeitsgruppen

Die von Prof. Dr. Lothar Finke, Dortmund, geleitete Arbeitsgruppe „Novellierung des Landesplanungsrechts in Nordrhein-Westfalen" gliederte ihre politikberatende Tätigkeit in zwei Arbeitsschritte. Nachdem die Mitglieder schon früh eine kompakte Stellungnahme zu den kurzfristigen Änderungserfordernissen vorgelegt (siehe NACHRICHTEN der ARL 3/2001, S. 29 ff.: „6 Punkte – Jetzt") und anschließend den Novellierungsdiskurs auf Landesebene im Rahmen von Fachkolloquien und Anhörungen intensiv begleitet hatten, haben sie nun zum Abschluss ihrer Tätigkeit darüber hinaus schriftliche Beiträge für einen Veröffentlichungsband der ARL erarbeitet. Im Mittelpunkt stehen hierbei Überlegungen zu den Themen Regionaler Flächennutzungsplan, Planung und Politikberatung, Monitoring und aktuelle Entwicklungen im niederländischen Planungsrecht.

Über die Tätigkeit der Arbeitsgruppe „Demographischer Wandel ausgewählter Regionstypen Nordrhein-Westfalens – Herausforderungen und Chancen für regionale Politik" berichtete Prof. Dr. Rainer Danielzyk, Dortmund. Die Mitglieder der Gruppe hätten die Arbeit weit vorangetrieben. Mittlerweile liegen die Fachbeiträge für eine Abschlusspublikation vor. Eine Querschnittsauswertung der verschiedenen Studien und eine Betrachtung der Konsequenzen bzw. Chancen und Risiken für die regionale Politik werden zurzeit durchgeführt. Die Arbeiten werden bis Mitte des Jahres 2005 abgeschlossen.

Novellierung des Landesplanungsgesetzes NRW

Als Leiter der einschlägigen Arbeitsgruppe der LAG (s.o.) berichtete Prof. Finke über die Ergebnisse einer öffentlichen Anhörung des Landtagsausschusses NRW für Umweltschutz und Raumordnung Anfang 2005 zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes (LPlG), an der Mitglieder der LAG teilgenommen hatten. Hieran schloss sich eine intensive Aussprache über die Novellierung des Landesplanungsrechts in Nordrhein-Westfalen an.

Es herrschte die Einschätzung vor, dass mit dem neuen Landesplanungsgesetz die Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) des Bundes nur begrenzt umgesetzt würden. Insbesondere gelte dies für die Leitvorstellung der nachhaltigen Raumentwicklung, die allerdings nach wie vor Spielraum für sehr unterschiedliche Definitionen und Interpretationen lasse. Da das Rahmenrecht (ROG) sich zurückgehalten und die Konkretisierung der Landesebene überlassen habe, hätte hier umso mehr dargestellt werden müssen, was unter Nachhaltigkeit zu verstehen sei.

Ferner wurde darauf hingewiesen, dass auch eine umfassendere Umsetzung der Plan-UP sowie der Aussagen zu weiteren Novellierungsbestrebungen im Hinblick auf das Landesentwicklungsprogramm (LEPro) und den Landesentwicklungsplan (LEP) im Gesetzentwurf weitgehend fehlen. Schließlich entspreche die Bestimmung der Vorranggebiete nicht dem ROG. Hier sei es jedoch vorstellbar, noch eine Kongruenz herzustellen. In Anbetracht des tief greifenden sozioökonomischen, demographischen und raumstrukturellen Wandels sei darüber hinaus ohnehin eine Diskussion über neue Raumkategorien bzw. Regionstypen anzustreben.

Verschiedene Mitglieder der LAG vertraten die Ansicht, dass das LEPro dringend der Überarbeitung bedürfe. Die Absicht, das Programm in den Landesentwicklungsplan zu überführen, wird für problematisch gehalten. Vielmehr habe sich die bisherige Lösung, die grundsätzlicheren Inhalte über ein Gesetz zu regeln, durchaus bewährt. Es könne auch daran gedacht werden, die Grundsätze der Raumordnung sowie landesspezifische Ansätze in das LPlG und die übrigen Darstellungen in den LEP NRW zu übernehmen, der dann allerdings die Form einer verbindlichen Rechtsverordnung bekommen müsste. Alsbaldige Realisierungschancen für eine grundlegende Änderung von LEPro und LEP wurden jedoch kaum gesehen. In der Aussprache wurde des Weiteren gefordert, die Konsequenzen der europäischen Rechtsentwicklung im Sinne des Post-EUREK-Prozesses im Rahmen der landesplanerischen Gesetzgebung stärker zu berücksichtigen.

Wasserwirtschaft und Raumplanung

Nach einem Bericht von Prof. Finke über Sondierungsgespräche, die er mit dem Präsidenten des Landesumweltamtes Nordrhein-Westfalen, Dr. Harald Irmer, Essen, führte, wurde beschlossen, dem Präsidium der ARL die Einrichtung einer neuen Arbeitsgruppe „Wasserwirtschaft und Raumplanung" der LAG vorzuschlagen. Diese Thematik war schon im Rahmen vorangegangener Sitzungen der LAG diskutiert worden.

Da „Wasser" ein wichtiges Element nachhaltiger Raumentwicklung ist, kommt dem Thema grundlegende Bedeutung zu. Zudem ist es durch einen breiten interdisziplinären Forschungs- und fachpolitischen Handlungsbedarf gekennzeichnet, der von der Wasserplanung, -politik und -wirtschaft über den Natur- und Landschaftsschutz bis hin zur wirtschaftlichen, touristischen sowie raum- und siedlungsstrukturellen Entwicklung reicht. Schon hieran wird deutlich, dass auch und gerade die räumliche Gesamtplanung – und zwar auf allen politisch-administrativen Ebenen – als „neutraler Vermittler" zwischen der Vielzahl unterschiedlicher, oftmals konfligierender raumrelevanter Nutzungsansprüche gefordert ist.

Der Handlungsbedarf ist groß, da die Fristen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) der EU sehr knapp bemessen sind. Obwohl die Zieldiskussion noch nicht abgeschlossen ist, zeichnen sich bereits zahlreiche Themenfelder ab, die eine neue Arbeitsgruppe behandeln könnte.

Weitere Themen

Schließlich wurden noch weitere potenzielle neue Themen für das künftige Arbeitsprogramm der LAG diskutiert. Hierzu gehören neben den Themen „Risikomanagement durch räumli-

che Planung“ und „Räumliche Auswirkungen der Staatsverschuldung“ u.a. Fragen der Metropolenentwicklung (Metropolenförderung, Positionierung der Europäischen Metropolregion Rhein-Ruhr im Rahmen der internationalen Konkurrenz, Auswirkungen auf periphere Regionen in NRW), die Auswirkungen der EU-Agrarstrukturreform auf die ländlichen Räume, die zunehmende räumliche Polarisierung der Entwicklung von Wachstums- und Schrumpfungsregionen sowie eine Untersuchung der zukünftigen Entwicklung der Ballungsrandzonen bzw. der suburbanen Räume. Außerdem soll der politikberatenden Tätigkeit der LAG weiterhin ein hoher Stellenwert eingeräumt werden.

Neue LAG-Leitung

Zum Abschluss der Sitzung galt es, ein neues Leitungsteam der LAG zu wählen. Nach bereits erfolgter Wiederwahl und vier Jahren intensiver Arbeit konnten die Mitglieder der bisherigen Lenkungsgruppe nicht noch einmal gewählt werden.

Die Mitglieder der LAG wählten Prof. Dr. Rainer Danielzyk, Direktor des ILS NRW, zum neuen Vorsitzenden sowie Abteilungsdirektor Joachim Diehl, Bezirksregierung Köln, Bezirksplanungsbehörde, und Dr. Susan Grotefels, Geschäftsführerin des Zentralinstituts für Raumplanung an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, zu seinen Stellvertretern. Zum Geschäftsführer für die neue Arbeitsperiode berief Danielzyk Dipl.-Ing. Frank Osterhage, der im ILS tätig ist.

ARL-Präsident Prof. Dr.-Ing. Klaus Borchard, Königswinter, dankte im Namen des Präsidiums und der LAG den Mitgliedern der bisherigen Lenkungsgruppe, Abteilungsdirektor Erich Tilkorn, Münster, Prof. Dr. Jürgen Aring, Meckenheim, und Prof. Dr. Ulrike Grabski-Kieron, Münster, sowie dem Geschäftsführer Dr. Wolf, ebenfalls Münster, die sich viele Jahre für das gemeinsame Anliegen eingesetzt und ein hohes fachliches Niveau der LAG-Arbeit gewährleistet haben. Einen besonderen Dank richtete Borchard an Tilkorn, der mit hohem Engagement jahrelang die Leitungsverantwortung innehatte und die Tätigkeit der LAG zu Erfolgen führte, die in der räumlichen Politik, Planung, Verwaltung und Wissenschaft große Beachtung fanden. Dies gelte nicht zuletzt für die gut besuchten, jährlich gemeinsam mit dem ILS und der DASL zu aktuellen Themen durchgeführten Konferenzen für Planerinnen und Planer in NRW. Der Präsident würdigte in seinen Dankesworten auch die vielfältigen Untersuchungen der Arbeitsgruppen der LAG sowie die zahlreichen Aktivitäten im Rahmen der Politikberatung, die in den letzten Jahren von den Mitgliedern der LAG geleistet wurden. Er sprach allen Beteiligten den Dank der ARL aus.

Gerd Tönnies, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 23
E-Mail: Toennies@ARL-net.de

Regionale Effekte von Wissenschaftseinrichtungen

Am 15. April 2005 fand die 18. Sitzung der LAG Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen in Dresden zum Thema „Regionale Effekte von Wissenschaftseinrichtungen“ statt. Der neue Vorsitzende, Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld, IWH, konnte über 30 Mitglieder begrüßen, darunter auch zahlreiche der neuen, zu Jahresbeginn berufenen. Der erste Teil der Veranstaltung war der internen Mitgliederversammlung vorbehalten. Nach Berichten aus der aktuellen Planungspraxis aus den Ländern und Informationen aus der Wissenschaft widmete man sich in diesem Teil hauptsächlich dem zukünftigen Arbeitsprogramm der LAG, insbesondere möglichen Themen für neue Arbeitsgruppen.

v.l.: Hans-Joachim Schenkhoff, Martin T.W. Rosenfeld, Bernhard Müller, Stefan Siedentop

Freiraum(schutz)politik durch Raumordnung

Einer der stellvertretenden LAG-Leiter, Dr. Stefan Siedentop, Dresden, referierte erste Überlegungen zur Struktur einer AG, die sich mit Erfahrungen und Konfliktlösungsmechanismen der Raumplanung im Spannungsfeld zwischen ökologischen Schutzzielen und wirtschaftlichen Erfordernissen befassen könnte. Diese eher planungsinstrumentell ausgerichtete AG könnte Vorschläge zur Weiterentwicklung und neuen Ausrichtung der Freiraumpolitik der südostdeutschen Bundesländer entwickeln, die sich auf einen neuen Kriterienkatalog aufgrund veränderter Rahmenbedingungen der Raumentwicklung stützen, und eine integrierte Bewertung der Freiraumpolitik ausarbeiten. Die anschließende inten-

sive Diskussion machte deutlich, dass gerade in den ostdeutschen Bundesländern eine solche Neubewertung überfällig ist und die Einrichtung einer AG zu diesem Thema also sinnvoll wäre.

Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Ostdeutschland

Prof. Rosenfeld trug, gestützt auf eine kürzlich im IWH abgeschlossene Studie, erste Überlegungen zur Programmatik und zu den Grundfragestellungen vor, die ebenfalls in einer neuen AG behandelt werden könnten. Neben der allgemeineren Diskussion der Gleichwertigkeit als zeitgemäße Zielsetzung, d.h. der normativen Grundfrage, lägen die Schwerpunkte der AG darin, die Unterschiede der Lebensverhältnisse zu analysieren. Dabei sollte nicht auf den herkömmlichen Indikatorensatz, sondern auf neue, integrative Kennziffern, wie z.B. Bodenpreise, Mietpreise etc., zurückgegriffen werden. Dem könnte sich eine Bewertung expliziter und impliziter Ausgleichsmechanismen der Länder, von der regionalen Wirtschaftsförderung über den Kommunalen Finanzausgleich bis hin zur Agrarpolitik, anschließen. Die Erarbeitung neuer Entwicklungsstrategien, z.B. die Konzentration auf Wachstumspole oder innovative Cluster, sollte dann vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Siedlungsstrukturen der drei Länder die Untersuchungen abrunden. Die Diskussion zeigte die besondere Aktualität und die politische Bedeutung dieser Fragestellung. Vorgeschlagen wurde daher, in regelmäßigen Abständen Politik und Fachöffentlichkeit durch geeignete Transferinstrumente, z.B. durch Workshops, über die Zwischenergebnisse der AG zu informieren.

Die folgende wissenschaftliche Tagung behandelte das Verhältnis von Wissenschaft und regionaler Wirtschaftsentwicklung.

Große Distanz zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in Sachsen-Anhalt

Aus einem Forschungsprojekt des IWH trug Diana Roth, M.A., zentrale Ergebnisse einer Unternehmensbefragung zum Transfer von Forschungsergebnissen in Halle selbst und in Sachsen-Anhalt vor. Diese zeigten im Grundsatz ein so genanntes „Distanzparadoxon", d.h. der Transfer von Forschungsergebnissen von Wissenschaftseinrichtungen in Halle in die Stadt selbst ist zunächst hoch, nimmt dann mit wachsender Entfernung ab, um dann wieder sehr stark anzusteigen. Erklärt wird dieses Ergebnis mit einem „mismatch" zwischen Forschungsgegenstand und der Ausrichtung der Betriebe, d.h. für einen großen Teil der Ergebnisse der Forschungstätigkeit finden sich keine passenden Unternehmen, die die Ergebnisse verwerten könnten. Dies bedeutet jedoch nicht, die Ausrichtung der Wissenschaftseinrichtung ausschließlich auf die örtliche Wirtschaftsstruktur zuzuschneiden. Die Außenorientierung der Forschung sei trotz notwendiger regionsinterner Verflechtungen lebenswichtig, um neue Impulse zu erhalten.

Transferinstrumente der Universität Jena

Der Rektor der Friedrich-Schiller-Universität, Prof. Dr. Klaus Dicke, Jena, berichtete über die Aktivitäten seiner Universität, die Verflechtungen zwischen ortsansässiger Wirtschaft und Forschungseinrichtungen zum gegenseitigen Nutzen zu vertiefen. Aufbauend auf einer historisch gewachsenen Struktur solcher Verflechtungen (Zeiss, Abbé, Schott) habe sich eine äußerst fruchtbare Zusammenarbeit entwickelt, die die anderenorts vorherrschende Trennung in zwei Welten mit verschiedenen Denkstrukturen und Sprachen überwunden habe. Dabei sei insbesondere bemerkenswert, dass sich die drei Säulen der Forschung – die Grundlagenforschung, die angewandte Forschung und die industrielle Forschung – in einem engen Austausch befänden, der einen „Surplus" entstehen lasse, der der ganzen Stadt Jena zugute komme. Mit Hilfe verschiedener Maßnahmen, von Gesprächs- und Kontaktrunden mit Forschern der Universität und Vertretern der ortsansässigen Wirtschaft über Alumnivereine der Universität bis hin zu einer Allianz der Wissenschaft mit einer integrierten erfolgeichen Forschungstransferstelle, werde diese Verflechtung aktiv unterstützt.

v.l.: Klaus Dicke, Bernhard Müller

Rolle der Kommune im Forschungstransfer

Die Oberbürgermeisterin der Stadt Freiberg in Sachsen, Dr. Uta Rensch, schilderte in ihrem Vortrag die Rolle der Kommune bei der Vermittlung zwischen der Universität Bergakademie Freiberg und ortsansässigen Unternehmen. Auch sie betonte die langjährige gewachsene Kooperation zwischen Universität und Wirtschaft, die jedoch mit der Wende 1989 und dem Zusammenbruch der Kombinatswirtschaft unterbrochen worden sei. Inzwischen sei jedoch aus universitärer Forschung heraus ein neuer Cluster der Siliziumtechnologie entstanden, der weltweit agiere und in enger Kooperation mit der Universität neue Entwicklungen vorantreibe. Die Stadt Freiberg habe zur Entwicklung des Clusters alle städtebaulichen und planerischen Voraussetzungen geschaffen, um diese wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Geholfen habe dabei, dass die Kommunale Wirtschaftsförderung als Stabsstelle des Oberbürgermeisteramtes eingerichtet sei und sich damit die Stadtplanung als Dienstleistung für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt verstehe. Außerdem würden mit vielfältigen zusätzlichen Maßnahmen, wie der Förderung weicher Standortfaktoren oder einem „Jahr der Wissenschaft" in der Stadt, die Kontakte

zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und auch Verwaltung vertieft, um die Entwicklung der Stadt voranzubringen.

Die sich an die Vorträge anschließenden Diskussionen vertieften vor allem die Fragen nach der Wirkung von Forschungstransfer auf die regionalen Arbeitsmärkte, nach der möglichen Ausgestaltung der Kooperation zwischen Hochschulen innerhalb einer Region, z.B. wie bei Halle und Leipzig, dem Raumbezug und der notwendigen Nähe bei der Entwicklung von Wissenschafts- und Innovationsclustern sowie der Rolle der Verwaltung als aktivem Moderator im Prozess des Wissenstransfers.

Hans Pohle, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 44
E-Mail: Pohle@arl-net.de

Entwicklung ländlicher Räume in Nordwestdeutschland

Mitglieder und Gäste der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein trafen sich am 27. Mai 2005 in Hamburg, um ihr Forschungsinteresse nach dem Blick auf die nordwestdeutschen Metropolregionen nun gleichermaßen auf die Entwicklung ländlicher Räume im Zuständigkeitsbereich der LAG zu richten. Die LAG ist damit einem Wunsch des Präsidiums entgegengekommen, denn die ARL wird sich in der Arbeitsperiode 2005/2006 mit dieser Raumkategorie unter den Rahmenbedingungen vor allem des demographischen Wandels und der Notwendigkeit der Neujustierung des Ziels der gleichwertigen Lebensbedingungen beschäftigen.

Den Einstieg in eine intensive Diskussion lieferten Statements aus drei ländlichen Regionen.

Emsland

Prof. Dr. Rainer Danielzyk, Universität Oldenburg, stellte im ersten Teil seiner Ausführungen zum Landkreis Emsland nach einem kurzen Blick in die Geschichte die demographischen und sozioökonomischen Trends (Entwicklung der Bevölkerung, der Beschäftigung und des Arbeitsmarktes), Qualifikationsaspekte und finanzielle Fragen in den Mittelpunkt. Anschließend ging er auf erklärende Faktoren für die überaus positive Gesamtentwicklung dieses peripheren, zentrumsferner ländlichen Raumes im Westen Niedersachsens ein, wobei er harte (z. B. große Gewerbeflächen zu günstigen Preisen, gute Infrastruktur, günstiges Lohn- und Gehaltsniveau, großes Arbeitskräftepotenzial mit industriellen Erfahrungen) und weiche Faktoren (u. a. spezifisches Alltagsbewusstsein, effektives Verwaltungs- und Politikmanagement) unterschied. Zentrale Herausforderungen für das Emsland sieht Danielzyk beispielsweise im möglichen Rückgang der Fördermittel, in der Zunahme der Raumentwicklungskonflikte und in der Gefährdung der Kulturlandschaft und der Zentren.

Osnabrücker Land

Zu Beginn seines Berichts über das Osnabrücker Land lieferte Dr. Dirk Heuwinkel, Landkreis Osnabrück, einen regionalen Steckbrief (jung und kinderreich, groß und dynamisch, Lage in der „peripheren Mitte“, ausgezeichnete Verkehrsinfrastruktur) zum polyzentralen Verflechtungsraum. Die wachsende Großstadt Osnabrück stehe im Wettbewerb mit einer starken Region, was einerseits Konflikte aufgrund gleicher Zielgruppen, etwa im Wohnungsbau, hervorrufe und was andererseits regionalen Konsens notwendig mache. Heuwinkel legte dar, dass sich der Raum auf langjährige und erfolgreiche Kooperationsansätze stützen kann, etwa beim regionalen Nahverkehr und bei der Entwicklung interkommunaler Gewerbegebiete. Das böte die Chance, für das Osnabrücker Land eine Entwicklungsstrategie zu entwickeln, bei der sich Kernstadt und Umland als Verbündete engagieren. Im Weiteren nannte er Beispiele dafür, wie der Landkreis Osnabrück versucht, Antworten auf die Folgen des demographischen Wandels zu geben (Infrastruktur wandelbar machen, öffentliche Dienstleistungen an veränderten Bedarf anpassen, Neubürger integrieren, kinderfreundliche Umfelder schaffen).

West-Holstein

Anschließend ging Dipl.-Geogr. Sven-Olaf Salow, Projektgesellschaft Westküste mbH, Tönning, zunächst auf die Entwicklung der Bevölkerung und der Wirtschaft in den Kreisen Dithmarschen und Nordfriesland im Westen Schleswig-Holsteins ein. Der ländlich periphere Raum mit einer extrem kleinteiligen kommunalen Struktur sei vor allem durch den Tourismus, die Windenergienutzung und die chemische Industrie geprägt. Für beide Kreise, kreisübergreifend für die Westküste und für Teilräume, z. B. Eider-Treene-Sorge, seien in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Regionalen Entwicklungskonzepten (REK) aufgestellt worden. Zudem sind frühzeitig erfolgreiche Ansätze des Regionalmanagements gestartet worden. Salow nannte hier beispielhaft den Industriepark Brunsbüttel, die Regionalbetreuer zur Umsetzung der Leitprojekte der Ländlichen Strukturentwicklung (LSE) und die Netzwerkagentur für Windenergie (Windcomm). Chancen für die beiden Kreise sieht Salow vor allem in den Bereichen Tourismus (Qualitätssicherung und -ausbau) und Windenergienutzung sowie für Dithmarschen besonders aufgrund der Nähe zur Metropolregion Hamburg. Hauptrisiken liegen seiner Ansicht nach vor allem in der Abhängigkeit vom Tourismus und in der Aufrechterhaltung der Grundversorgung in der Fläche. Für Nordfriesland müsse es darum gehen, die funktionale Zusammenarbeit mit den Nachbarkreisen, mit den benachbarten großen Städten wie Flensburg und mit dem angrenzenden Dänemark zu verbessern.

Ländliche Räume weiterhin im Blickfeld der LAG

Die Ursachen dafür, dass sich ländliche Räume auch fernab großer Zentren und Agglomerationen erfolgreich entwickeln, sind vielgestaltig. Das gilt für die Teilräume im Westen Niedersachsens und Schleswig-Holsteins ebenso wie für Regionen in Bayern oder Baden-Württemberg. Und es gilt in gleicher Weise für nicht so erfolgreiche periphere ländliche Räume andern-

orts. Einen bedeutenden regionalen Faktor stellen die Menschen dar. Sie können gleichermaßen Motoren und Hemmnisse der Entwicklung sein. Von elementarem Gewicht sind darüber hinaus Netzwerke als Basis erfolgreicher regionaler Zusammenarbeit. Die Kooperationsfähigkeit muss dabei bereits im Nahraum beginnen, was besonders das Emsland und das Osnabrücker Land deutlich gemacht haben.

Bemängelt wurde in der Diskussion unter anderem, dass die Verbesserung der Qualitäten regelmäßig gegenüber quantitativem Wachstum in den Hintergrund tritt. So würden bislang z. B. regionalkulturelle und regionalpsychologische Komponenten für erfolgreiche oder nicht erfolgreiche Strategien in ländlich peripheren Räumen auch bei wissenschaftlichen Erklärungsversuchen weitgehend ausgeblendet. Defizite werden auch bezüglich der Rolle von Metropolregionen gesehen, künftig für die Zukunftssicherung entfernterer ländlicher Räume Mitverantwortung zu tragen. Für das Aufbrechen des klassischen Gegensatzpaares Agglomeration – ländlicher Raum sind neue regionale Verantwortungsgemeinschaften zu schaffen.

LAG-Leiter SenRat Dr. Ralph Baumheier, Bremen, hob in seiner kurzen Zusammenfassung hervor, dass die Statements und die Diskussionsbeiträge die Überlegungen der Lenkungsgruppe im Vorfeld der Sitzung in Hamburg bekräftigt hätten, dass sich die LAG für die nordwestdeutschen Länder intensiver mit der Entwicklung der ländlichen Räume beschäftigen sollte, um so auch einen Beitrag zu den Forschungen der ARL insgesamt auf diesem Gebiet beizusteuern. Die Lenkungsgruppe wird Vorschläge zum weiteren Vorgehen unterbreiten.

Weitere Forschungsthemen

Die derzeit in der LAG bearbeiteten Themen stehen vor dem Abschluss (Arbeitsgruppe zum demographischen Wandel) oder sind erfolgreich auf den Weg gebracht worden (Arbeitsgruppen zur Tourismusentwicklung an Nord- und Ostsee sowie zu den Metropolregionen in Nordwestdeutschland). Die LAG wird in der nächsten Zeit prüfen, ob sie sich erneut mit der Raumordnung in den deutschen Küsten- und Meereszonen im Zusammenhang mit der Umsetzung eines integrierten Küstenzonenmanagements (IKZM) und, mit Blick auf die ländlichen Räume, mit Fragen des Ressourcenmanagements am Beispiel einer multifunktionalen Landwirtschaft (hier könnte aufgrund entsprechender Vorarbeiten in der Region das Emsland betrachtet werden) beschäftigt.

LAG-Leitung bestätigt

Die bisherige Lenkungsgruppe der nordwestdeutschen LAG ist von den Mitgliedern ohne Gegenstimme wiedergewählt worden. Damit wurde die hervorragende Arbeit von Dr. R. Baumheier als Leiter sowie von Prof. Dr. G. von Rohr, Kiel, und Ref.Leiterin H. Zeck, Hannover, als seine Stellvertreter gewürdigt. ARL-Generalsekretär Prof. Dr.-Ing. D. Scholich, Hannover, nahm den Zwischenstopp in der Leitung zum Anlass, der bisherigen Mannschaft im Namen der LAG insgesamt und auch des Präsidiums für die geleistete Arbeit Dank zu sagen. Das Team wurde tatkräftig von Dipl.-Ing. K. Eimert, Bremen, unterstützt, die eine aufmerksame und engagierte Geschäftsführerin der LAG war. Scholich wünschte der neuen/alten Lenkungsgruppe viel Erfolg bei den anstehenden Aufgaben.

Personelles Netzwerk ergänzt

Auf Vorschlag der Lenkungsgruppe und nach Wahl durch die LAG-Mitglieder hat das Präsidium zu neuen Mitgliedern berufen: Dipl.-Ing. Till Andrießen, Hannover, Prof. Dr. Ilse Helbrecht, Bremen, Dipl.-Geogr. Caroline Privat, Syke, Dipl.-Geogr. Klaus Mensing, Hamburg, und Prof. Dr. Javier Revilla-Diez, Kiel.

Dietmar Scholich, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 37
E-Mail: Scholich@ARL-net.de

RAUMFORSCHUNG UND RAUMORDNUNG

2/2005

Wissenschaftliche Beiträge

- Dietrich Fürst und Heiderose Kilper
  Räumliche Aspekte des föderativen Systems – eine Einführung
- Thomas Conzelmann
  Zwischen Baum und Borke – Regionale Wirtschaftsförderung unter europäischen Vorzeichen
- Thomas Döring
  Räumliche Aspekte von Föderalismus und Finanzausgleich – von der Allokations- und Verteilungs- zur Wachstumsperspektive
- Arthur Benz
  Verfassungspolitische Alternative zur Entflechtungspolitik

Berichte aus Forschung und Praxis

- Markus Eltges
  Städte und Europäische Strukturpolitik
- Jens-Martin Gutsche
  Begünstigt das kommunale Finanzsystem eine verkehrsaufwändige Siedlungsentwicklung der Stadtregionen?
- Hans Schirmer
  Die Berücksichtigung von Klima und Lufthygiene in räumlichen Planungen

ISSN 0034-0111

Bestellungen an

Carl Heymanns Verlag KG
Luxemburger Str. 449, 50939 Köln
Tel.: (02 21) 94 37 30, Fax: (02 21) 94 37 39 01
E-Mail: vertrieb@heymanns.com
Internet: www.heymanns.com

Wissenschaftliche Plenarsitzung 2005 in Ravensburg

Grenzenloser Verkehr? Verkehr an Grenzen!

Deutschland ist nicht erst seit der EU-Osterweiterung das wichtigste Transitland in Europa. Stand bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit vor allem der Transitverkehr in Nord-Süd-Richtung im Vordergrund, so ist es nun nach der EU-Osterweiterung der erheblich gewachsene Ost-West-Verkehr. Aufgrund seiner Lage in Europa hat Deutschland heute die Funktion einer zentralen Drehscheibe. Es ist zu erwarten, dass mit fortschreitender Integration Europas das Straßenverkehrssystem in Deutschland, das bereits jetzt vielerorts an seine Grenzen stößt, noch weiter belastet wird. Der Verkehr auf der Straße scheint grenzenlos zu wachsen!

Themenfeld Verkehrsentwicklung wieder aktuell

Mit der Wissenschaftlichen Plenarsitzung am 16. und 17. Juni 2005 in Ravensburg hat die Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) erneut dieses Themenfeld aufgegriffen. Zu der Veranstaltung konnte Prof. Dr.-Ing. Klaus Borchard, Präsident der ARL, ca. 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem In- und Ausland begrüßen. In seiner Einführung betonte er, dass mit der Tagung zwei Schwerpunkte dieses Themenfeldes behandelt werden: einerseits die Belastung durch das weiterhin wachsende Verkehrsgeschehen und zum anderen die Situation und Rolle von Grenzregionen im Transitverkehr des zusammenwachsenden Europas.

Plenum

Klaus Borchard

In seinem Grußwort stellte Oberbürgermeister Prof. Hermann Vogler Grundprinzipien der Entwicklung von Ravensburg heraus. Man habe die Leitlinie einer Stadt der kurzen Wege im Hinblick auf eine ökologische Modellstadt und Verkehrsvermeidung verfolgt und an der Peripherie keine großflächigen Einkaufszentren zugelassen. Zugleich seien für eine verbesserte verkehrliche Einbindung noch weitere Infrastrukturinvestitionen notwendig, wie etwa die Elektrifizierung der Bahnlinie Ulm-Friedrichshafen, um an den modernen Netzen Anteil zu haben. Dies sei notwendig, obwohl in diesem Raum bereits erhebliche Anstrengungen

Hermann Vogler

durch die Bodensee-Oberschwaben-Bahn im öffentlichen Verkehrsbereich erfolgt seien. In diesem Zusammenhang sei auch der Ausbau des Knoten Stuttgart 21 unverzichtbar. Durch Einbettung in die Fernverkehrsnetze hoffe man, das bisherige positive, noch anhaltende Wachstum in diesem Raum zu erhalten.

Verkehrspolitik im Transitland Baden-Württemberg

Die Wirtschaft Baden-Württembergs profitiere in zunehmendem Maße von der zentralen Lage in Europa, so der Staatssekretär Rudolf Köberle, Innenministerium Baden-Württemberg. Daher habe der Verkehrssektor einen erheblichen Anteil an der erfolgreichen Entwicklung seines Landes. Es sei deshalb Aufgabe der Verkehrspolitik, die infrastrukturellen Voraussetzungen zu einer günstigen Ausgangsposition Baden-Württembergs im globalen Wettbewerb zu bewahren und den Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft anzupassen. Ziel der integrativen Verkehrskonzeption der Landesregierung sei eine möglichst effiziente und umweltschonende Nutzung knapper Wegekapazitäten. Das Land setze sich angesichts rückläufiger Investitionsmittel des Bundes für eine grundlegende Neubestimmung bei der Verkehrswegefinanzierung ein, nämlich für die Umstellung von der Steuer- auf die Nutzerfinanzierung.

Rudolf Köberle

Grenzenloser Verkehr im zusammenwachsenden Europa?

Das erste Hauptreferat mit dem Thema „Mobilität und Verkehr in der modernen Gesellschaft" wurde von Prof. Dr. Wolfgang Bonß, Universität der Bundeswehr München, vorgetragen. Er führte aus, dass moderne Gesellschaften in hohem Maße mobile Gesellschaften seien, die somit ständigen Veränderungen unterworfen sind. Mobilität sei daher zu einem der Basisprinzipien der Moderne zu rechnen. Dabei müsse unterschieden werden zwischen der geographischen Mobilität (Pendler, Umzüge, Fernreisen etc.) und der sozialen Mobilität (berufliche Auf- und Abstiege, soziale Kontexte, familiäre Bindungen usw.). Damit mischten sich Ökonomien, Kulturen und soziale Kontexte innerhalb einer Gesellschaft.

Grundsätzlich sei diese Mobilität von Verkehr im Sinne von Raumüberwindung zu trennen. Verkehr verweise auf faktische Bewegungen im Raum, die unmittelbar erfasst und beschrieben werden können. In modernen Gesellschaften könne Mobilität im obigen Sinne nicht notwendigerweise mit Verkehrsgeschehen gleichgesetzt werden. Mobilität und Verkehr entwickelten sich zunehmend unabhängiger voneinander.

Das zweite Hauptreferat, „Verkehr in Europa grenzenlos entfesselt? – Perspektiven, Handlungserfordernisse und Handlungsmöglichkeiten", hielt Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann, RWTH Aachen und Vorsitzender des Beirats für Raumordnung beim BMVBW. Er betonte, dass die Weichen in Europa auf ein weiterhin kontinuierlich steigendes Wachstum des Personen- und Güterverkehrs gestellt seien. Es würden nicht nur die zwischenstaatlichen Grenzen durchgängiger gemacht, sondern mit der Harmonisierung rechtlicher, organisatorischer und technischer Rahmenbedingungen im Verkehrsgeschehen auch der Austausch von Gütern, Personen und Informationen wesentlich erleichtert. Allerdings seien Effizienz, Raumgerechtigkeit und Nachhaltigkeit dieses grenzenlos wachsenden Verkehrs nicht gesichert. Die Folgen für Lebenssituationen, Wirtschaft, Umwelt und neue räumliche Disparitäten müssten kontrolliert werden. Dies setze eine integrierte Raum- und Verkehrsplanung mit erwünschten verkehrsvermeidenden modalen Verkehrsverlagerungen voraus, die sich auf eine integrierte Begutachtung des Verkehrs, der Teilhabe an Mobilität, der technischen Produktions- und Transportlogistik stütze. Die Integration der Gestaltung von Verkehrsmitteln, Verkehrsinfrastrukturen, Verkehrsbetrieb und -management, Verkehrsinformation und -beratung sei damit der zentrale Ansatz.

Podium 1

Grenzenloser Verkehr im zusammenwachsenden Europa?

Die Moderation des Podiums oblag OM Prof. Dr. Bernd Scholl (Universität Karlsruhe); es haben teilgenommen: Prof. Dr. Johannes Frerich (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn), KM Dr. Stefan Köhler (Verbandsdirektor, Regionalverband Bodenseee-Oberschwaben, Präsident der CIPRA Deutschland e.V.), Hans Peter Vetsch (Alp Transit Gotthard AG, Luzern) sowie einer der beiden Preisträger des Werner-Ernst-Preises 2005, Dipl.-Wirtschaftsingenieur David Schmedding.

Neben quantitativen Aspekten eines grenzenlosen Verkehrs, die sich auf Investitionen in Verkehrsinfrastruktur und deren Verteilung im Raum bezogen, wurden in den Impulsstatements und der Diskussion auch qualitative Aspekte beleuchtet. Diese waren beispielsweise ausgerichtet auf die Frage, ob Grenzräume bei Wegfall der Grenzen neue dynamische Entwicklungspotenziale entfalten können.

Dass die Qualität nicht ohne die Quantität denkbar ist, wurde in der Forderung deutlich, dass der Auf- und Ausbau vornehmlich von Bahnverkehrsnetzen mit dem Ziel der Anbindung von Hinter- und „Zwischenland" – also zwischen den noch (oder wegen Rückbau schon wieder) relativ unvernetzten Räumen – gegenüber den Investitionen in Metropolregionen nicht vernachlässigt werden dürfe. Die aktuelle Verkehrspolitik der

EU mit einer Ausrichtung auf schnelle Verkehrstrassen zwischen den Metropolregionen sei in dieser Hinsicht eher als kontraproduktiv zu bezeichnen, so Scholl. (Ein nicht unerheblicher Anteil der Referenten und Zuhörer hatte sich bei der Anreise und – wie später deutlich wurde – auch bei der Abreise davon überzeugen dürfen und war zwangsweise in den Genuss eines nicht berechenbaren, unverlässlichen Transportangebotes gekommen.)

Einem globalen Wettbewerb dürfe man dabei nicht erliegen und müsse sich bewusst machen, dass dieser zu Kostendumping führen würde, worunter schon seit Langem der Zustand der Trassen zu leiden hätte. Letztere seien jedoch, so Vetsch, das A und O eines im globalen Wettbewerb funktionierenden Bahnsystems. Insbesondere grundlegende Bauwerke, ein Faktor, der in der Schweiz aufgrund der Topographie eine noch erheblichere Rolle spiele als in Deutschland, seien keine rückzahlbaren Güter. Es sei illusorisch zu glauben, dass die dafür verauslagten Mittel wieder erwirtschaftet werden könnten. Andere politische Ziele würde dem entgegenstehen, darunter durchaus auch solche, die wiederum wirtschaftlichen Hintergrund hätten, wie Sicherheit der Verkehrsträger, ihre Interoperabilität oder auch die Geschwindigkeit, die man im Sinne der Wirtschaftlichkeit immer noch zu steigern wünsche. Um eine bessere Verbindung der europäischen Bahnsysteme zeitlich, strukturell und systemisch zu erreichen, sei beispielsweise die Einführung eines einheitlichen Zugkontrollsystems in Europa (ETCS – European Train Control System) nicht nur wünschenswert, sondern notwendig. Sowohl im Personen- wie im Güterverkehr auf der Schiene sei dies eine Voraussetzung für ein über die Grenzen getaktetes System, das allerdings entgegen der Prämisse der Deutschen Bahn AG nicht der Losung folgen sollte „So schnell wie möglich (und ob Sie die Anschlusszüge in den ländlichen Raum hinein erreichen, interessiert uns nicht mehr)", sondern das Motto müsse heißen: „So schnell wie *nötig*"!

Ein Taktsystem, das die Grenzen überschreiten soll, erfordere gleichsam eine gemeinsame frühzeitige Trassenplanung. Prof. Dr. Frerich ergänzte, dass dafür allerdings eine Strategie als Vorraussetzung im Sinne eines Entscheidungen leitenden Rahmens vonnöten sei, die er in der BRD nicht erkennen könne.

Er verdeutlichte weiterhin, dass die Vernachlässigung einer frühzeitigen grenzüberschreitenden Abstimmung zur Folge haben könnte, dass gerade der Schienennahverkehr im Hinblick auf Kapazitäten und Qualitäten vernachlässigt würde und daraus wiederum erhöhte Straßenbelastungen mit negativen Konsequenzen für die Qualität der regionalen Anbindung und Erschließung resultieren würden.

Einhelligkeit bestand in der Ansicht, dass für die Konkurrenzfähigkeit eines Landes und seiner Regionen das Verkehrsgeschehen ein strategisch bedeutsamer Bereich sei. Die Tatsache, dass Verkehrsgeschehen und Raumentwicklung zwei Seiten derselben Medaille sind, verlange nach viel engerer Kooperation zwischen Verkehrsplanern und Raumplanern einerseits sowie zwischen benachbarten Staaten andererseits, als es bisher der Fall war.

Podium 1

v.l.: Hans Peter Vetsch, David Schmedding, Bernd Scholl, Stefan Köhler, Johannes Frerich

Verkehr an Grenzen!

Mit einem Referat zum Thema „Der Grenzraum als klassisches Feld von Chancen und Konflikten" führte Prof. Dr. Rüdiger von der Weth, FH Dresden, in den zweiten Teil der Veranstaltung ein. Weth legte dar, dass Grenzen sich zum einen durch die Existenz von Unterschieden definieren und zum anderen die Fähigkeit besäßen, diese Funktion aufrechtzuerhalten. Die unmittelbare Nachbarschaft zu einer Grenze stelle in jedem Fall eine besondere Lebenssituation dar, da man in unmittelbarer Nachbarschaft von dem und mit dem lebt, was die "Fremden" jenseits der Grenze anbieten, oder von etwas lebt, das vor dem „Fremden" beschützt oder abschottet. Das eine gehe einher mit der Neugier und dem Aufnehmen von neuen Anreizen bis hin zur Verhaltensänderung, das andere mit dem Gefühl von Bedrohung und dem Bedürfnis nach Sicherheit. Je nach „Befindlichkeit" der Bewohner in den Grenzregionen könne abgeleitet werden, ob die Lage in den Räumen beiderseits der Grenze stabil bleibe oder auf Veränderung und Integration zustrebe. Werden durch Politik und Planung Anreizsysteme zur Integration in einem Grenzraum gesetzt, so müssen diese psychologischen Ausgangsfaktoren berücksichtigt werden. Allerdings könnten Menschen auf Dauer nicht aktiv durch Politik gesteuert werden, sondern es könne ihnen nur Raum angeboten werden für die Verwirklichung ihrer eigenen Ziele.

Podium 2

Verkehr an Grenzen! – Beispiele aus Räumen beiderseits der Grenzen Deutschlands

Unter der Leitung von Dr. Marcus Hesse, Berlin, diskutierten Dipl. Geogr. Karl-Heinz Hoffmann-Bohner, Waldshut-Tiengen, Dipl.-Ing. Hans.Georg Bächtold, Liestal, Dipl.-Ing. Andreas Schade, Frankfurt (Oder), Prokurent Andrzej Cegielnik, Gorzów, Erich Tilkorn, Münster, und Drs. R. C. Eric Neef, Nieuweschans. Somit waren drei Grenzräume vertreten, die in ihrer jeweiligen Lage typisch für die Grenzraumsituation im sich verändernden Europa sind: der deutsch-polnische Grenzbereich, der sich von einer ehemaligen EU-Außengrenze erheblich gewandelt hat zu einer EU-Binnengrenze; zweitens die Agglomeration Oberrhein-Basel im geographischen Herzen Europas mit ihrer extremen Belastung durch die Durchgangsverkehre; drittens der nach wie vor z. T. peripher gelegene deutsch-niederländische Grenzraum vom Westmünsterland Richtung Groningen.

Podium 2

v.l.: Eric Neef, Markus Hesse, Hans-Georg Bächtold, Karl-Heinz Hoffmann-Bohner

Eingangs wurden in kurzen Statements ausgewählte Aspekte vorgestellt. Dabei wurde deutlich, dass in allen drei Grenzregionen Fragen des Verkehrs eine dominante Rolle spielen. Das betrifft auch den innerregionalen Verkehr zwischen den beiden jeweiligen Räumen. So sind im deutsch-niederländischen Grenzraum der EUREGIO (Westmünsterland, Teile der Provinzen Gelderland und Twente) mit Hilfe der Förderung durch EU-Mittel (INTERREG) Busverkehre über die Grenze eingerichtet worden, die sich zunehmender Beliebtheit erfreuen und in flexibler Weise bis spät in die Nacht hinein angeboten werden (dann in einer Art „Nachbarschaftsbus"). Im Hinblick auf den schienengebundenen ÖPNV konnte durch einen relativ kleinen Lückenschluss (7 km) ein grenzübergreifendes System geschaffen werden, das gut angenommen wird. Für die Trägerschaft wurde ein Zweckverband gegründet, dem es in jüngerer Zeit gelungen ist, „schwarze Zahlen zu schreiben".

Ähnliche „Lückenschlüsse" standen oder stehen beim MIV (Straßenbau) an, wobei beide Regionsvertreter die Realisierung relativ optimistisch beurteilten. Nicht zuletzt zeigt ein GVZ auf der niederländischen Seite, dass es möglich ist, Güterzüge so auf die Reise zu schicken, dass sie ohne weitere Wartezeiten an den Grenzen durchfahren können bis Polen, was einen erheblichen Wettbewerbsvorteil bedeutet.

Vergleichbare Bestrebungen sind in der Regio Basiliensis anzutreffen, hier aber wohl mit größeren organisatorischen Schwierigkeiten behaftet. Dabei zeigt sich, dass auf der planerischen Ebene die Zusammenarbeit zwar gut eingespielt ist, es sich aber nach wie vor als schwierig erweist, für konkrete Schlüsselprojekte des ÖPNV eine angemessene Trägerschaft zu finden. In der trinationalen Agglomeration Basel befindet sich ein zusammenhängendes S-Bahn-System im Aufbau, ebenso ein Tarifverbund. Mit einer Fertigstellung ist allerdings erst mittelfristig zu rechnen.

Die Verbesserung innerregionaler Verbindungen wie der genannten kann allmählich den traditionellen Charakter der Grenzregionen in den Hintergrund treten lassen. Gleichzeitig geraten manche Grenzregionen mehr oder weniger in die Situation von Durchgangsstationen des ansteigenden internationalen Güter- und Personenverkehrs. Diese Verkehre bringen Belastungen in einem Maße mit sich, das oft die Grenzen des Erträglichen weit überschreitet. Dies gilt schon an der deutsch-polnischen Grenze, die nun keine EU-Außengrenze mehr darstellt. Es gilt aber in besonderer Weise für die Regio Basiliensis, die ein „Nadelöhr" in Richtung der Gotthardachse und der den Jura querenden Trasse darstellt. Bemerkenswert ist in dem Zusammenhang der Ansatz der Schweiz, möglichst viel Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Dabei wird die Optimierung der Kapazitätsauslastungen daran ausgerichtet, dass der Verkehrsfluss weitgehend ungebrochen ist. Das bedeutet, die Geschwindigkeit der Züge nicht unbedingt auf den höchsten erreichbaren Wert zu steigern, sondern lediglich so weit, wie nach dem Zielkanon notwendig erscheint. Gleichzeitig wird mit diesem Vorgehen eine deutliche Reduzierung der Belastungen im Grenzraum erreicht. Gleichwohl liegen diese mancherorts immer noch auf einem nicht hinnehmbaren Niveau.

v.l.: Andreas Schade, Andrzej Cegielnik

Eher am Rande wurden die grundsätzlichen Aspekte der Finanzierung infrastruktureller Vorleistungen für den Verkehr erörtert. Dennoch war erkennbar, dass die Tendenz zur privaten Finanzierung sich vielfach als eher nicht zielführend erweist. Von positiven Einzelfällen abgesehen sind die Ergebnisse tendenziell zufällig bis negativ (in Polen wurden von 1000 vorgesehenen Kilometern Trasse lediglich 200 realisiert). Eine öffentlich-rechtliche Bereitstellung erscheint – gerade angesichts oft wichtiger strukturel-

ler Randbedingungen – auch auf lange Sicht grundsätzlich unverzichtbar.

Insgesamt befinden sich die meisten Grenzräume in einer Ambivalenz von Konflikten und Chancen. In dem Maße, wie sich Chancen zum innerregionalen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Austausch eröffnen – und diese sich auch konkret in einer Steigerung von Wirtschaftskraft und Lebensqualität niederschlagen – wachsen meist die Belastungen für Bevölkerung und Umwelt durch die Transitverkehre. Dies gilt vor allem dann, wenn diese ungebrochen sind, so dass die jeweilige Grenzregion keinerlei Nutzen mehr daraus ziehen kann, weder in administrativer noch in wirtschaftlicher Hinsicht.

Es bleibt eine Herausforderung für die räumliche Planung, auf diese gegenläufigen Entwicklungen so einzuwirken, dass sie den drei großen Zielkategorien der raumordnerischen Leitvorstellung für eine nachhaltige Raumentwicklung so nahe wie irgend möglich kommen.

Verkehr, Grenzen, Demokratie

In seinem Schlussvortrag „Der Verkehr, die Grenzen und die Demokratie. Europäische Aspekte zivilisatorischer Evolution" ging Prof. Dr. Dr. h.c. Hermann Lübbe, Universität Zürich, auf vier Punkte ein:

Hermann Lübbe

- Die jüngere Vergangenheit zeige deutliche Tendenzen und Entwicklungen zu immer mehr neuen „Staatsgrenzen". Den Grund hierfür sah Lübbe in einem Verselbstständigungsbestreben. Vor allem das Bewusstsein der Eigenständigkeit nehme zu, wie auch die zunehmende Zahl neuer kleiner Sprachräume offenbare.
- Die „inneren Grenzen" würden wachsen, da ein Bedürfnis nach Sicherheit und Kontrolle zunehme, wie etwa bei den Kontrollen an Flughäfen oder überwachten Zonen.
- Die Vielfalt der „Zahlgrenzen" nehme zu und bilde Betroffenheitsgrenzen (Maut-, Kurtaxensysteme usw.).
- Räume unterschiedlicher Betroffenheiten nähmen zu und führten zu Folgelasten und ungleichen Belastungen.

Die „neuen" Grenztypen seien in Teilbereichen durchlässig, weil Abhängigkeiten darüber hinaus bestünden. Das Auseinanderfallen von physischen Netzen und Kommunikationsnetzen – heute geht z. B. eine Information nicht mehr als Brief auf die Reise, sondern durch drahtlose Übermittlung, wobei Sender und Empfänger selbst sogar noch mobil sein können – habe zur Folge, dass zentrale Orte und der reale Markt einem Bedeutungsverlust unterliegen, die Zentralität eines Ortes damit an Bindewirkung verliert. Man könne diesen Prozess auch als eine „Kulturevolution" ansehen.

Rostock 2006

ARL-Präsident Prof. Dr.-Ing. Borchard fasste mit seinem Schlusswort noch einmal kurz die Ergebnisse der Wissenschaftlichen Plenarsitzung zusammen und schloss mit einem Dank an die Teilnehmer, die Mitwirkenden und die Organisatoren. Er hoffe, viele 2006 in Rostock wieder zu treffen.

Hans Pohle, Tel. (+49-511) 348 42 – 44
E-Mail: Pohle@ARL-net.de

Volker Wille, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 22
E-Mail: Wille@ARL-net.de

Evelyn Gustedt, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 29
E-Mail: Gustedt@ARL-net.de

Burkhard Lange, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 28
E-Mail: Lange@ARL-net.de

Vorankündigung

Wissenschaftliche Plenarsitzung 2006

„Wasser als Element der Raumplanung"

Rostock – Stadt am Wasser – wird am 22. und 23. Juni 2006 Gastgeberin für die nächste Wissenschaftliche Plenarsitzung der ARL sein. Integriertes Küstenzonenmanagement und das Management der Ressource Wasser als Element nachhaltiger Raumentwicklung, insbesondere vor dem Hintergrund der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) der EU, werden die Schwerpunkte der Tagung sein. Jeweils in das Themenfeld einführende Referate werden ergänzt durch Beispiele guter Planungspraxis.

Diesen Termin sollten Sie sich bereits heute fest vormerken!

Schwäbische Zeitung vom 17. Juni 2005

Verkehrsplaner-Tagung

Köberle ist für Pkw-Maut

RAVENSBURG - „Die gut funktionierende Lkw-Maut könnte auch ein Modell für eine allgemeine Maut für leichte Lkw und Pkw sein": Mit dieser Feststellung hat Staatssekretär Rudolf Köberle vor der Akademie für Raumforschung und Landesplanung überrascht, die ihre wissenschaftliche Plenarsitzung in Ravensburgs Konzerthaus abhält.

Von unserer Redakteurin
Sibylle Emmrich

„Grenzenloser Verkehr? Verkehr an Grenzen." lautet das Thema der zweitägigen Sitzung, an der rund 100 Experten der Raumplanung, vor allem aus Universitäten und politischen Körperschaften, aus Deutschland und dem umliegenden Ausland, darunter auch aus Polen, teilnehmen. Dass in diesem Jahr Ravensburg als Tagungsort gewählt wurde, ist einerseits den guten Beziehungen von Dr. Stefan Köhler, dem Direktor des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben zu verdanken. Andererseits passt die Problematik der Tagung ja auch bestens ins Dreiländereck Oberschwaben mit seinem starken Transitverkehrsaufkommen.

„Der Verkehrssektor hat maßgeblichen Anteil an der ortlogischen wirtschaftlichen Entwicklung des Landes", stellte Köberle fest, der als neuer Staatssekretär im Innenministerium jetzt speziell für Verkehrsfragen zuständig ist. Doch mit der Prognose, dass sich der Transit-Güterverkehr auf der Straße bis 2015 nochmals nahezu verdoppeln soll, benannte Köberle auch klar die Schattenseiten. Baden-Württemberg ist eines der am stärksten belasteten Transitländer Europas. Die Landesregierung verfolge ein integratives Verkehrskonzept; soweit möglich und vertretbar sollten Gütertransporte auf Schiene und Schifffahrt verlagert werden. Um die Bahn für Fernreisende attraktiver und Billigflieger teurer zu machen, plädierte Köberle für einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent und die Besteuerung des Flugbenzins.

Um die von Köberle aufgezeigte Finanzierungslücke beim Ausbau von Schiene und Straße wenigstens etwas zu schließen, setzte sich der Staatssekretär für die Umstellung von der Steuer- auf die Nutzerfinanzierung ein, sprich: für die Einführung einer allgemeinen Maut. Doch eine Elektrifizierung der Südbahn hält er nur mit großem finanziellen Engagement des Landes und der Kommunen in absehbarer Zeit für machbar.

Ohne Elektrifizierung werde die Südbahn kaum Chancen auf guten Anschluss an internationalen Bahnverkehr haben, stellte Ravensburgs Oberbürgermeister Hermann Vogler fest. Zweite äußerte er, ob mit dem Milliarden-Projekt „Stuttgart 21" (dem neuen Stuttgarter Hauptbahnhof und der Neubaustrecke nach Ulm) nicht alles Geld ausgegeben und der ländliche Raum dann ohne gute Bahnverbindungen abgehängt werde. „Die richtige Bezeichnung wäre Baden-Württemberg 21" gab Köberle dem Stuttgarter Bahn-Projekt einen neuen Namen. Denn davon werde das ganze Land profitieren, wenn die Hauptstadt gut an internationale Bahnnetze angeschlossen sei.

Schwäbische Zeitung vom 18. Juni 2005

Akademie für Raumforschung und Landesplanung

Verkehr stößt an Grenzen

RAVENSBURG (sem/ho) - „Eigentlich geht es uns noch vergleichsweise gut": Bei der Befragung „Perspektive Deutschland" gab es für Oberschwaben Spitzenplätze. Nur das Verkehrsnetz erhielt miserable Noten. Das haben auch die Tagungs-Teilnehmer der Akademie für Raumforschung und Landesplanung jetzt im Praxistest erfahren.

Zur Eröffnung der wissenschaftlichen Plenarsitzung am Donnerstag im Ravensburger Konzerthaus, zu der über 100 Experten der Raumplanung aus ganz Deutschland und dem benachbarten Ausland anreisten, hatten sich etliche Teilnehmer verspätet. Der Grund ist den Einheimischen aus leidvoller Erfahrung bekannt: In Ulm wurde beim Umstieg vom ICE auf die Südbahn der Anschluss verpasst. Und die Gleisbauarbeiten auf der Strecke zwischen Ulm und Laupheim sorgen für zusätzliche Verspätung.

Region im Verkehrsschatten

Insofern hatte das hochkarätige Experten-Gremium – darunter der ARL-Präsident und Ex-Rektor der Bonner Universität Prof. Dr. Klaus Borchard und der Vorsitzende des Beirates für Raumordnung beim Bundesverkehrsministerium, Prof. Dr. Klaus J. Beckmann – gleich ein Aha-Erlebnis: Die Region Bodensee-Oberschwaben ist zwar attraktiv in vielerlei Beziehung, aber nicht, was die Verkehrs-Infrastruktur anbelangt. Für Dr. Stefan Köhler, den Direktor des hiesigen Regionalverbandes, ist es eine altbekannte Klage: Es gibt kaum eine Region in Deutschland und keine Region in Baden-Württemberg, in der ein derart hoher Nachholbedarf an Maßnahmen im Verkehr besteht.

Köhler bringt die Schwäche der Region Bodensee-Oberschwaben auf den Punkt: „Ab Ulm haben wir keinen durchgehenden Schienenverkehr mehr. In Ulm endet die Elektrifizierung, in Bregenz fängt sie wieder an." Doch sieht Köhler keine direkte Konkurrenz zwischen „Stuttgart 21", dem teuren Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs samt Neubaustrecke nach Ulm, und der Elektrifizierung der Südbahn. Beides sei nötig. Unterstützung bekam er von Prof. Zimmermann, dem Vizepräsidenten der Akademie: Jeder Euro, der in wirtschaftsstarke Regionen wie Oberschwaben investiert werde, bringe einen sehr hohen Mehrwert für die ganze Nation.

Doch Bodensee-Oberschwaben mit seinen speziellen Problemen spielte nur eine Nebenrolle bei der zweitägigen Sitzung unter dem Thema „Grenzenloser Verkehr? Verkehr an Grenzen?" Mit mehreren Referaten und zwei Podiumsdiskussionen widmeten sich die Teilnehmer – meist in Universitäten oder politischen Körperschaften federführend in der Raumforschung und -planung tätig – generell der Frage, wie sich der wachsende Verkehr im erweiterten Europa noch bewältigen lässt. Transitverkehr und Verkehrsdrehscheiben für Grenzregionen – wie beispielsweise am Hochrhein und in Brandenburg/Polen – wurden unter die Lupe genommen. Regionalverbandes-Direktor Köhler konnte hier die Situation Oberschwabens einbringen.

Die Akademie für Raumforschung und Landesplanung versteht sich als Netzwerk zwischen Wissenschaft und politischen Institutionen. Sie ist mit ihren rund 1200 Mitgliedern, zu denen auch der ehemalige Umweltminister Klaus Töpfer zählt, in der Politikberatung aktiv. Nach Magdeburg und vor Rostock hatte jetzt Ravensburg die Ehre, als Tagungsort zu dienen.

Südkurier vom 18. Juni 2005

RAVENSBURG

Engpass liegt im Verkehr

Die Region Bodensee-Oberschwaben hat einen großen Engpass in der Verkehrsanbindung. Dies war ein wichtiges Thema für die rund 150 Teilnehmer der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) auf ihrer Jahrestagung in Ravensburg. Gerade weil die Region wirtschaftlich bundesweit an der Spitze liege, bezeichneten die Experten die Verkehrsanbindung als unverantwortlich. Insgesamt seien die Verkehrsnetze europaweit zu sehr national ausgerichtet. Straßen und Schienen müssten grenzüberschreitend ausgebaut werden. Für Deutschland können sie sich langfristig eine Nutzer orientierte Mautgebühr für alle Verkehrsmittel vorstellen. Im kommenden Jahr treffen sich die Wissenschaftler in Rostock. (mat)

Südkurier vom 21. Juni 2005

Defizite im Verkehr

Auch Bahn muss mitziehen

Ravensburg – „Wir betrachten es als Glücksfall, dass wir nach Ravensburg gekommen sind, obwohl jeder von uns irgendwelche Probleme mit der Anreise hatte", berichtete Professor Klaus Borchard, Präsident der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), beim Pressegespräch. Er machte deutlich, wie wichtig es ist, dass der Bodenseeraum im Dreiländereck verkehrstechnisch besser angebunden werden muss. Laut Umfragen mit deutschlandweit 117 Regionen befinde sich der Raum Bodensee-Oberschwaben verkehrstechnisch auf den letzten Plätzen. Wegen der großen Wirtschaftskraft hält Professor Horst Zimmermann, Vizepräsident der ARL, diesen Engpass in der Verkehrsanbindung für unverantwortlich. Jeder Bundeseuro, der in Oberschwaben in den Verkehr gesteckt würde, würde sich volkswirtschaftlich für ganz Deutschland auswirken, so Zimmermann.

Für die Bahnfahrer müssten am Knotenpunkt Ulm die regionalen Anschlussmöglichkeiten erhöht werden, so die Experten. Stefan Köhler, Vorsitzender vom Regionalverband Bodensee-Oberschwaben, forderte keine neuen Autobahnen, sondern die Optimierung vorhandener Verkehrsnetze. Verbesserungsbedarf sieht er insbesondere in der Zugstrecke zwischen Ulm und Friedrichshafen. Insgesamt müssten die Grenzgebiete überall in Europa besser angebunden werden, um das Zusammenwachsen der Länder zu erleichtern und das Wirtschaftswachstum zu verbessern.

Parlamentarisches Arbeitsgespräch

Das diesjährige Parlamentarische Arbeitsgespräch des Präsidiums der ARL mit Mitgliedern des Bundestagsausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen fand am 20. April zu den Themen „Umbau von Städten und Regionen" sowie „Chancen der EU-Osterweiterung" in Berlin statt. Wie in den Vorjahren führten zwei Mitglieder aus dem Netzwerk der ARL kurz in die Themen ein. Die Professoren Hans Joachim Kujath (Erkner) und Peter Dehne (Neubrandenburg) sorgten damit für eine angeregte Diskussion, die wertvolle Hinweise für die ARL brachte. So wurde seitens der Parlamentarier um kurzfristige Information zum Thema Föderalismus gebeten, da in den parlamentarischen Gremien derzeit Weichenstellungen vorgenommen würden.

Die Themenwahl stieß erwartungsgemäß bei Parlamentariern aus ostdeutschen Wahlkreisen auf besonderes Interesse, da beide Themen in erster Linie auf die Betrachtung Ostdeutschlands bezogen waren. In diesem Zusammenhang erfuhren die pointierten wissenschaftlichen Aussagen beispielsweise hinsichtlich der Stärkung von wettbewerbsfähigen Kernen sowie der Ausrichtung von Fördermitteln nach dem Wettbewerbsprinzip keine ungeteilte Zustimmung. Die Parlamentarier befürchten eher Trendverstärkungen und ein unpopuläres „Leerlaufen" von Regionen. Diesbezüglich müssten nicht nur die Politiker in den davon betroffenen Wahlkreisen aktiv für die Schaffung einer stärkeren Wettbewerbsfähigkeit „ihrer Region" tätig werden. Es müsse die Raumordnung, so die Parlamentarier, aus ihrem Elfenbeinturm herauskommen und konkrete Politikempfehlungen geben. Zwar sei die Vorstellung, im Zuge der negativen demographischen Entwicklung langfristig Naturräume zurückgewinnen zu können, keine Schreckensvision an sich. Man müsse sich jedoch fragen, ob und mit welchen Mitteln ein solcher Zustand erreicht werden könne und wie der Prozess dorthin zu gestalten sei.

„Residualbevölkerung", wie KM Kujath sie zu Beginn der Veranstaltung genannt hatte, könne man nicht „am ausgestreckten Arm verhungern lassen". Hierfür müsse die Raumordnung Konzepte vorlegen und sich über Mindeststandards der Ausstattung mit Infrastruktur Gedanken machen. Dies habe umso höhere Bedeutung, je weniger die Osterweiterung insbesondere in Ostdeutschland positive Spuren hinterlasse. Dass dazu allerdings auch andere Politikbereiche beitragen müssen, wurde durch die Feststellungen von Prof. Dehne deutlich, der auch das Engagement der Regionalpolitik und Wirtschaftsförderung sowie der Bildungspolitik reklamierte, indem er neben verbesserten grenzüberschreitenden Verkehrsverbindungen eine Sprach- und Bildungsinitiative im Grenzraum, gute Beratungsinfrastruktur für den Aus- und Aufbau von Wirtschaftsbeziehungen, grenzüberschreitende Anpassungsstrategien angesichts des demographischen Wandels und die Entwicklung und Vermarktung gemeinsamer Tourismusregionen forderte.

Der Ausschussvorsitzende, Bundesminister a.D. Eduard Oswald, MdB, dankte namens der Parlamentarier. Dabei betonte er, dass die ARL mit dieser direkten Form wie auch mit den anderen Wegen der Politikberatung wichtige Anstöße gebe und Entscheidungsgrundlagen liefere. ARL-Präsident Prof. Dr.-Ing. Klaus Borchard sicherte die Fortsetzung dieses traditionellen Austausches zu.

Evelyn Gustedt, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 29
E-Mail: Gustedt@ARL-net.de

Erfolgreiche Tagung

zu den räumlichen Effekten föderativer Systeme

Gemeinsam vom Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV, Speyer) und der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL, Hannover) wurde in der Zeit vom 23.–25. 02. 2005 in Speyer eine internationale Konferenz unter der Leitung von Prof. Dr. Gisela Färber zum Thema „Spatial Aspects of Federative Sytems" durchgeführt. Damit hat der ARL-Arbeitskreis „Räumliche Aspekte des föderativen Systems" seine Arbeit erfolgreich abgeschlossen. Teilnehmer aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen diskutierten intensiv über die spezifisch räumlichen Dimensionen von föderativen Systemen. Die Veranstaltung diente sowohl der Evaluierung bisheriger Arbeitsergebnisse als auch der Ideengewinnung und Fortentwicklung zukünftiger Forschungsfragen. Dabei wurden neben den Einzelbeiträgen jeweils auch interdisziplinär besetzte Koreferate vorgetragen.

René L. Frey

Der Eröffnungsvortrag von Prof. em. Dr. Dr. h.c. René L. Frey (Universität Basel) zum Thema "Spatial Challenges of Federal Systems – A German or an International Problem?" befasste sich kritisch mit der vorgelegten Publikation der erzielten Arbeitsergebnisse (vgl. Färber, Gisela (Hrsg.): Das föderative System in Deutschland. Bestandsaufnahme, Reformbedarf und Handlungsempfehlungen aus raumwirtschaftlicher Sicht. Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover 2005, Bd. 224) und diente zugleich als Einführung in die übergeordnete Themenstellung.

Globalisierung und ihre Folgen für föderative Finanzverfassungen

Unter dem Titel „The Spatial Development of Federative Systems in Europe. Economic, Political and Ideological Aspects" widmete sich Prof. Dr. Silvio Goglio (Universität Trento, Italien) den Konsequenzen der Globalisierung für die Bedeutung und Stellung der Regionen sowie den hierdurch möglicherweise ausgelösten Effekten auf die Gestaltung des Nationalstaats. Im Anschluss hieran referierte Prof. Dr. Francois Vaillancourt (Universität Montreal, Kanada) zum Thema „The Interregional Incidence of Public Budgets in Federations: Measurement Issues, Evidence from Canada, and Policy Relevance". Im Mit-

telpunkt seiner Ausführungen standen Fragen nach der Inzidenz der öffentlichen Finanzströme sowie entsprechender interjurisdiktioneller Transferzahlungen. Im nächsten Referat, „Competitive Federalism? Understandings and Institutional Settings", setzte sich Prof. Dr. Thomas Lenk (Universität Leipzig) mit den Wettbewerbswirkungen des neuen deutschen Länderfinanzausgleichs auseinander. Mit der Bedeutung von Agglomerationsräumen sowie den spezifischen Anforderungen und Problemen von Metropolregionen beschäftigte sich dann der Beitrag „Governing the Mega-Region: Governance and Networks Across London and the South-East of England" von Prof. Dr. Peter John (Universität Manchester, Grossbritannien). Der zunehmende Einfluss von räumlichen externen Effekten auf das öffentliche Finanzsystem und die Auswirkungen auf die Interpretation des Prinzips der fiskalischen Äquivalenz sowie auf die Funktionsfähigkeit von „Steuerpreisen" zur Bestimmung des Angebots und der Nachfrage nach öffentlichen Leistungen war Gegenstand des Referats von Prof. Dr. Lars Feld (Universität Marburg) zum Thema „Fiscal Equivalence and the Increasing Dispersion/Divergence of Public Goods Claims – Do we need a new Interpretation?".

Konsequenzen des demographischen Wandels für öffentliche Haushalte

Aufgrund der Aktualität und besonders hohen Relevanz der Thematik wurden die Konsequenzen des demographischen Wandels am Ende der Tagung in zwei Vorträgen zum Thema „Demographic Change and Federal Systems" behandelt. Aus politikwissenschaftlicher Perspektive referierte Prof. Dr. Christian Leuprecht (Royal Military College of Canada and Queen's University, Kanada). Im Mittelpunkt seines Beitrags standen Fragen nach der politischen Willensbildung und Repräsentation, die sich aus den Veränderungen der Bevölkerungs- und Altersstruktur in föderativen Systemen ergeben. Den ökonomischen „Counterpart" hierzu übernahm Prof. Dr. Helmut Seitz (Universität Dresden), der sich in seinem Vortrag vor allem mit den Auslastungsgraden, Kostenentwicklungen und Finanzierungsmöglichkeiten von öffentlichen Infrastrukturleistungen beschäftigte.

v.l.: Christian Leuprecht, Helmut Seitz, Gisela Färber

Diese beiden Vorträge stellten auch die Grundlage für die anschließende Abschlussdiskussion dar, in der die vielfältigen sozio-ökonomischen Konsequenzen des demographischen Wandels für föderativ verfasste Staaten thematisiert wurden.

Mit einem Dank an die Referenten und Teilnehmer der Tagung schlossen die wissenschaftlichen Leiter, Prof. Dr. Gisela Färber (Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer), Prof. em. Dr. Dr. h.c. Horst Zimmermann (Präsident der ARL) sowie Prof. Dr. Bernard Dafflon (Universität Fribourg, Schweiz) die Veranstaltung.

Nils Otter, FöV Speyer

Räumliche Auswirkungen der Virtualisierung

Kolloquium

Die ARL ist im März 2005 im Rahmen eines Kolloquiums in Frankfurt am Main der Frage nachgegangen, welche räumlichen Auswirkungen mit der Virtualisierung möglicherweise verbunden sind.

Die Entwicklungen auf dem Feld der modernen Informations- und Kommunikationstechniken verlaufen seit Jahren geradezu stürmisch. Angesichts des rasanten Tempos ist es selbst für Fachleute schwierig, einen Überblick zu behalten. In einem ungebrochenen Maße ergeben sich neue Möglichkeiten und Anwendungsfelder, und bisher getrennte Bereiche wachsen zusammen. Es gibt keinen grundlegenden Lebensbereich mehr, der von dieser Entwicklung nicht berührt wird. Damit liegt auf der Hand, dass bereits heute Einflüsse auf die räumliche Entwicklung vorhanden sind. Erst recht gilt das für die nahe und mittlere Zukunft. Mit dem Vordrängen von IT und den vielfältigen Visualisierungsmöglichkeiten entsteht vielfach eine neue Realität im virtuellen Raum. Diese Virtualität ist weit mehr als die bloße Visualisierung von Vorgängen. Freilich sind die Übergänge vom einen zum anderen fließend und auch diese Tagung hat gezeigt, wie schwierig es ist, die „reinen" Virtualisierungswirkungen freizulegen.

Visualisierung von Raumwirkungen

Das Fachgespräch stand unter der Leitung und wurde moderiert von Florian Rötzer, München, und Prof. Dr. Gerhard Steinebach, Kaiserslautern. Den ersten grundlegenden Vortrag hielt Prof. Dr. Hans Hagen, Kaiserslautern, zum Thema „Visualisierung von Raumwirkungen – Stand und Grenzen". Er führte eindrucksvoll zahlreiche unterschiedliche Visualisierungsmöglichkeiten vor, teilweise ergänzt um zeitliche Rückblenden auf die technischen Möglichkeiten früherer Jahre, die seinerzeit als kaum noch steigerungsfähig empfunden wurden. Die Beispiele stammten aus den Bereichen Gestaltung/Bauen, mehrfach aus der Medizin und auch aus der planerischen Praxis (Visualisierung von Lärmimmissionen) und ließen beim Betrachter Staunen und – wiederum – das Gefühl des nicht mehr Steigerungsfähigen entstehen. Insbesondere in der visuellen Überblendung der Realität („augmented reality") dürften für die räumliche Planung vielfältige Anwendungsmöglichkeiten liegen – wenn denn die nicht ganz unbedeutenden Summen für Technik und Programme zur Verfügung stehen.

Planung online

Den zweiten grundlegenden Vortrag hielt Prof. Dr. Gerhard Steinbach, Kaiserslautern, zum Thema „Planung online". Es war ein Plädoyer für das Ausprobieren neuer Möglichkeiten und für Experimente. Wenn in anderen Arbeitsfeldern Simulationen selbstverständlich sind (beispielhaft wurde der Flugzeugbau genannt), so müsse die räumliche Planung mit ihren vielfach grundlegenden Festlegungen ebenfalls in der Lage sein, unterschiedliche Planungsfälle darzustellen. Nur auf diese Weise können vorhandene Potenziale ausgelotet werden. Gleichzeitig erhält die räumliche Planung ein bisher unbekanntes Maß an Flexibilität, das ihr neue Reaktionszeiten und möglicherweise neue Arbeitsfelder – zumindest im immer mehr an Bedeutung zunehmenden informellen Sektor – erschließt („Dynamisierung von räumlicher Planung").

Steinebach berichtete von einer Befragung aller Gemeinden in Rheinland-Pfalz zum Einsatz von IT mit einem bislang immer noch „überschaubaren" Ergebnis, nach dem die praktische Anwendung nach wie vor nur in begrenztem Maße anzutreffen ist, abgesehen von der E-Mail-Kommunikation. Eher dort, wo die Komplexität des Wirkungsgefüges so groß ist, dass sie mit herkömmlichen Mitteln nicht mehr zu bewältigen wäre, basieren in nennenswertem Maße Entscheidungsfindung und Kommunikation auf IT. Als ein besonderes Beispiel wurde der Planungsverband Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main genannt, andere Positivbeispiele sind das Behördenportal Paderborn oder die Landschaftsplanung in der Uckermark (aus der Sicht eines Fußgängers). Es gilt demnach weiterhin, über die vorhandenen Möglichkeiten zu informieren und Barrieren ausfindig zu machen („digital divide" auch im Planungssektor). Dazu gehören mit Sicherheit dann auch Konzepte zur Weiterbildung – und zwar auf beiden Seiten des Beteiligungstisches.

Im Hinblick auf förmliche Verfahrensaspekte stellen sich neben eventuellen technischen teilweise schwerwiegende verfassungsrechtliche Fragen. Sie werden so lange nicht befriedigend beantwortet werden können, wie die gesetzlichen Grundlagen noch nicht hinreichend angepasst sind. Dieser Punkt muss natürlich beachtet werden, steht aber den angemahnten Experimenten grundsätzlich nicht im Wege.

Das Werben Steinebachs für die vielfältigen Anwendungen von IT blieb nicht ganz unwidersprochen. Dabei wurde deutlich, dass trotz Zustimmung ein Teil der Skepsis daher rührt, dass bereits heute „normale" Pläne vielfach nicht verstanden werden. Offenbar stellen sie oft eine mentale Überforderung dar. Virtuelle Planungsfälle dürften dann in noch größerem Maße überfordern, es sei denn, mit virtuellen Darstellungen gelänge eine Reduktion der Komplexität ohne den Verlust entscheidender Variablen.

Erfahrungen mit eGovernment

Dr. Bussow Grabow, Berlin, stellte die Erfahrungen mit eGovernment auf der kommunalen Ebene dar. Er knüpfte zunächst an die früheren Arbeiten aus dem difu an (Henkel et al.) und verdeutlichte, dass auch die Begrifflichkeit nach wie vor schillernder Natur ist. Relativ leicht verständlich erscheint noch das virtuelle Rathaus, das weitgehend eine Abbildung der materiellen Infrastruktur des jeweiligen Rathauses im Netz ist. Wenn aber praktisch alle Prozesse ins Netz gestellt werden, kann für einzelne Interaktionsgruppen (Rat, Verwaltung, Bürgerinnen und Bürger etc.) die Kommunikation unübersichtlich werden. Hier muss derzeit noch eine optimale Linie gefunden werden, um Aufwand und Ertrag in einem sinnvollen Verhältnis zueinander zu halten.

Zudem muss gefragt werden, welches die Zielfunktion für den Einsatz von IT ist. Sollen lediglich Kosten gesenkt werden oder soll der Service erhöht werden? Angesichts der zunehmenden öffentlichen Armut, insbesondere auf der kommunalen Ebene mit dem daraus resultierenden enormen Verwertungsdruck, dürfte auf mittlere Sicht die Servicefunktion tendenziell in den Hintergrund treten. Im Ergebnis nannte Grabow zehn Faktoren, die entscheidenden Einfluss auf den Erfolg des virtuellen Rathauses haben. Auffallend ist, dass diese sehr pragmatisch orientiert sind und keineswegs in jedem Fall auf neueste (schnellste, umfassendste) Technik (Programme) setzen. In dem Zusammenhang wurde deutlich, dass bei den kommunalen Erstanbietern (genannt wurden u. a. Bremen, Nürnberg, Esslingen, Düsseldorf, Osnabrück, Bonn, Arnsberg) offenbar die ersten Erfolge erheblich motivieren und auf diese Weise das Umsetzungstempo beschleunigt wird. Damit wächst die Schere zwischen Vorreitergemeinden und Nachzüglergemeinden. Grabow schätzt die räumlichen Aspekte beim virtuellen Rathaus auf nahe und mittlere Sicht als eher marginal ein. Langfristig dagegen sind möglicherweise gewisse Zentralisierungstendenzen nicht auszuschließen, wenn Funktionen zusammengelegt werden und eventuell Standorte schließen müssen.

Folgen der Virtualisierung: Technikentwicklung

Während mit den ersten drei Vorträgen eher Grundsatzfragen und Anwendungsfelder angesprochen worden waren, wurden im zweiten Block der Tagung Folgen der Virtualisierung erörtert. Dr. Stefan Lingner, Bad Neuenahr-Ahrweiler, referierte hierzu über „Zukunftsforschung und Technikfolgenabschätzungen". Er verdeutlichte, dass sich Technikentwicklung nicht seriös prognostizieren lässt. Denn simultan dazu laufen stets gesellschaftliche Lernprozesse ab, die nicht abschätzbaren Einflüssen unterliegen. Zusätzlich muss davon ausgegangen werden, dass Werte über die Zeit nicht stabil („robust") sind. Lingner stellte einige Technikfolgenabschätzungen beispielhaft vor und fragte, ob die Realität höher einzuschätzen sei als die Virtualität oder ob es umgekehrt sei. In den Fällen, wo Virtualität Realitätsverlust bedeutet, dürfte die Antwort eindeutig sein (Ausbildung der US-Soldaten zum automatischen Töten, externes Computerspiel, wie z.B. beim Attentäter von Erfurt). In anderen Fällen werden wichtige Unterstützungsfunktionen geleistet, z.B. bei planerischen ex ante-Darstellungen. Im Ergebnis bleibt die Einzelfallentscheidung, in die Verantwortung und das Wissen um Missbrauchsmöglichkeiten einfließen müssen.

Soziale Interaktion

Prof. Dr. Nicola Marsden, Heilbronn, ergänzte die mehr technisch orientierten Beiträge mit ihrem Vortrag „Soziale Interaktion im virtuellen Raum" um wichtige und interessante sozialpsychologische Aspekte. Nachdem sie Grundlagen von räum-

licher Nähe und Kooperation erklärt hatte, skizzierte sie die Unterschiede von Interaktionen im materiellen und im virtuellen Raum. Dabei wurde erkennbar, in welch vielfältiger Weise Fehlerquellen entstehen, wenn die Wahrnehmungsmerkmale im materiell-sozialen Raum unkritisch auf den virtuellen Raum übertragen werden. In positiver Hinsicht entstehen andererseits im virtuellen Raum neue Interaktionsmerkmale, die – bei entsprechender Sensibilisierung – auch Chancen darstellen können. Insgesamt wurde erkennbar, dass der schillernde Charakter der virtuellen Information in mindestens gleichem Maße auch für die Kommunikation gilt. Insofern wird dabei in noch stärkerem Maße Kompetenz gefordert, als in der Sozialisation üblicherweise vermittelt wird. Chance und Risiko liegen dichter beieinander und sind in ihrer Intensität oft gleich um ein Vielfaches mehr ausgeprägt.

Podiumsdiskussion

In einer abschließenden Podiumsdiskussionsrunde wurden ausgewählte Aspekte aufgegriffen und vertieft. Außer dem Moderator nahmen an der Runde teil: Dipl.-Ing. Holger Floeting, Berlin; Dipl.-Ing. Beate Huf, Frankfurt; Prof. Dr. Paul Müller, Kaiserslautern; Prof. Dr. Michael Nadler, Kaiserslautern. Die Anregungen Steinebachs zum Ausprobieren wurde eindrucksvoll belegt mit Erfahrungen aus Frankfurt zur Erarbeitung und Aufstellung des Regionalen Flächennutzungsplans. Diese wurden außerhalb des formalen Verfahrens gesammelt. Sie haben Information und Abstimmung (Beteiligung) erleichtert und beschleunigt. Ein längerfristiges Ergebnis ist u. a. die Einrichtung einer internetbasierten Ombudsstelle.

In technischer Hinsicht wurden beispielhaft die vorhandenen Möglichkeiten angesprochen und es wurde vor allem auf Konvergenzprozesse verwiesen, die sich abzeichnen und noch einmal einen Entwicklungsschub erwarten lassen. Dabei wurden sowohl vom Podium als auch vom Plenum in hohem Maße Aufmerksamkeit und kritische Begleitung angemahnt, um auf zu erwartende Prozesse Einfluss nehmen zu können und sie bewusst zu gestalten, denn die Auswirkungen werden – wie in der Vergangenheit – viele (alle?) Variablen betreffen (Schnittstelle Mensch-Technik, Anwendungen, Sicherheit etc.). Neben positiven Beispielen (ePetition in Schottland direkt an das Parlament) stehen negative Beispiele oder auch keinesfalls in jedem Fall einflusslose Non-Liner (sozial Schwache und besondere Kulturträger); vor allem aber stellt sich in räumlicher Hinsicht die Frage nach dem flächendeckenden Ausbau (z.B. keine DSL-Anschlüsse im ländlichen Raum). Letzteres wird gern vergessen, ist jedoch schlicht die Voraussetzung für fast den gesamten Tagungsgegenstand.

Kurzfazit

Insofern bleiben Gegensätze festzuhalten. Sie betreffen technische Anwendungsfehler ebenso wie Kommunikationsprozesse zwischen Individuen wie Institutionen. Sie betreffen das wünschbare, „eigentlich" Erforderliche ebenso wie das Leistbare, dem insbesondere im öffentlichen Sektor angesichts von fast als Armut zu bezeichnenden finanziellen Engpässen auf absehbare Zeit noch rigide Grenzen gesetzt sind. Und sie betreffen die neu geschaffenen und im Gefolge der Technik weiterhin neu entstehenden virtuellen Realitäten selbst, zu denen der Übergang fließend ist. Möglicherweise werden eindeutig definierbare räumliche Auswirkungen von Virtualisierung niemals klar zu beschreiben sein, so dass es jeweils im Einzelfall darum geht, bewusst die Aufmerksamkeit darauf zu richten.

Burkhard Lange, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 28
E-Mail:Lange@ARL-net.de

Zukunftsfähigkeit städtischer Infrastruktur

Am 14./15. 04 .2005 fand in Darmstadt ein wissenschaftliches Kolloquium statt, mit dem Fragen der langfristigen Sicherung und nachhaltigen Weiterentwicklung technischer Infrastruktur nachgegangen wurde. Das Kolloquium war eine Gemeinschaftsveranstaltung von ARL, BBR und DASL und knüpfte an eine Tradition trilateraler Zusammenarbeit an, die sich in der jüngeren Vergangenheit entwickelt hat (2003: Workshop in Eisenach „Mittelstädte im Anpassungsprozess"; 2004: Workshop in Görlitz „Stadtumbau im Vergleich").

Auch wenn es aus dem Tagungstitel nicht ganz eindeutig hervorging, so war doch klar, dass angesichts der in aller Regel Gemeindegrenzen überschreitenden Problematik neben Städten ebenso ihr Umland bzw. Regionen mit angesprochen waren. Im Einladungstext der Veranstalter hieß es dazu: „Unstrittig gehört es zu den Hauptaufgaben der Städte und Stadtregionen, im Rahmen kommunaler Daseinsvorsorge ein ausreichendes Infrastrukturangebot zu gewährleisten. Die Qualität und Effizienz der technischen Infrastruktur erweist sich zunehmend als bedeutsames Kriterium im Wettbewerb der Regionen. Dies gilt in den Städten und Stadtregionen für die Verkehrserschließung ebenso wie für die Ausstattung mit Anlagen und Netzen der Ver- und Entsorgung."

Stadt ohne Infrastruktur – Stadt ohne Zukunft

Nach der Eröffnung durch den Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt, Peter Benz, sowie durch Prof. Dr. Wendelin Strubelt, Prof. Julian Wékel und Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Zimmermann für die drei Veranstalter standen zunächst zwei Grundsatzvorträge auf dem Programm. Über „Stadt ohne Infrastruktur – Stadt ohne Zukunft!" referierte Dr. Peter Jakubowski, BBR, Bonn. Angesichts der zunehmenden öffentlichen Armut seien die Investitionen der Kommunen seit 1992 um ca. 40 % zurückgegangen, was überproportional insbesondere diejenige Infrastruktur betrifft, die „man nicht sehen kann". Unterlassene Neuinvestitionen und vor allem unterlassene Unterhaltungsinvestitionen lassen in aller Regel schon mittelfristig den Investitionsbedarf überproportional ansteigen, da der Verfall sich erfahrungsgemäß beschleunigt. Zu diesem Grundproblem kommen die Erfordernisse des notwendigen Stadtumbaus hinzu, mit dem andere Netzanforderungen verbunden sind (u. a. Anpassung an sinkende Nachfrage, altengerechte Dimensionierung). Bei einer überdimensionierten Infrastruktur steigen aber die Kosten pro Einwohner mehr oder we-

niger drastisch an, was z.B. in den neuen Bundesländern an manchen Stellen schon heute wegen der geringen Anschlussdichte zu Problemen führt.

Im Ergebnis wurden vier herausragende Aufgaben für die nahe Zukunft deutlich: erstens die Informationsvermittlung über diese Sachverhalte nach innen und nach außen, zweitens die Planung einer sachgerechten Modernisierung, drittens eine angemessene Vernetzung der unterschiedlichen Infrastrukturbereiche in sich und untereinander und viertens eine Prioritätensetzung nach außen hin, die vermittelbar und politisch mehrheitsfähig ist.

Zeitbombe Stadttechnik

Ein praktisches Beispiel dieses generellen Zustandsbildes steuerte Dipl.-Ing. Ronald Klein-Knott, Kiel, mit dem zweiten grundlegenden Vortrag zum Thema „Zeitbombe Stadttechnik?“ bei. Es handelte sich um ein Situationsbild aus der Landeshauptstadt Kiel, bei dem in erschreckender Weise deutlich wurde, dass nahezu in allen Bereichen ein mehr oder weniger großer Unterhaltungsrückstau festgestellt werden muss. Das Defizit an finanzieller Mittelausstattung ist inzwischen so drückend, dass die Unterhaltungsaufgaben sich schon lange nicht mehr an dem Ziel der Substanzerhaltung orientieren, sondern nur noch an der Verkehrssicherheit. Was das für die unterirdische Infrastruktur bedeutet, liegt auf der Hand. In der Praxis wird aus der Not heraus fieberhaft nach Alternativen gesucht, von denen zwar keine auf Anhieb vollkommen überzeugen mag (Aufgaben aufgeben? Personal weiter abbauen?), die aber offenbar unumgänglich sind.

Städtische Infrastrukturen: finanzielle, rechtliche und instrumentelle Fragen

An die Grundsatzvorträge schlossen sich zunächst zwei Podiumsdiskussionsrunden an, die im Rahmen dieses Kolloquiums jeweils als „Arena“ bezeichnet wurden. In der Arena I diskutierten unter der Moderation von Dipl.-Vw. Eckhard Bergmann, Bonn, Prof. Dr. Martin Junkernheinrich, Trier, Dr. Timothy Moss, Erkner, Dipl.-Vw. Michael Reidenbach, Berlin, Karl-Christian Schelzke, Mühlheim, und Dr. Stefan Siedentop, Dresden, über „Städtische Infrastrukturen: finanzielle, rechtliche und instrumentelle Fragestellung“. Dabei ging es um eine kritische Beleuchtung neuerer Ansätze in Forschung und Praxis, die sowohl die formalen Rahmenbedingungen betrafen als auch die vielfältigen Aspekte der Finanzierung. Auch wenn aus manchen drängenden Gründen vieles dafür spricht, war klar, dass eine Gemeindefinanzreform nicht in Sicht ist. Nicht zuletzt diese Tatsache führt im Ergebnis dazu, dass die traditionelle Förderphilosophie, wie sie jahrzehntelang betrieben worden ist, aus äußeren Zwängen heraus zusammenbricht: weg von der angebotsorientierten Infrastrukturversorgung hin zu einer bestenfalls eher nachfrageorientierten, wenn nicht sogar schlicht zu einer an der Finanzierbarkeit orientierten Infrastrukturversorgung. Über das beste Modell hierfür gehen die Meinungen verständlicherweise auseinander.

Städtische Infrastrukturen als Querschnittsaufgabe

Unter der Moderation von Dipl.-Vw. Burkhard Lange, Hannover, diskutierten in der Arena II Dipl.-Ing. Gunnar Heipp, München, Prof. Dr. Matthias Koziol, Cottbus, Dr. Thomas Rautenberg, Frankfurt, und Dr. Dirk Vallée, Stuttgart, über „Städtische Infrastrukturen als Querschnittsaufgabe“. In dem Zusammenhang wurden vier praktische Erfahrungsberichte für jeweils ausgewählte Infrastrukturbereiche vorgestellt: die Stadtwerke München (Heipp), die Region Cottbus/neue Bundesländer (Koziol), die Region Rhein-Main (Rautenberg) und die Region Stuttgart (Vallée), wobei die Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern angesichts dreier vertretener Metropolregionen besonders ins Auge fielen. Bei aller Diskussion über neuere Modelle (Stichwort: public private partnership) wurde deutlich, dass Eigenproduktion durchaus wirtschaftlich effizient und wettbewerbskonform möglich ist.

Vernetzte Stadt

In einem weiteren Vortrag gab Prof. Dr. Dieter Schott, Darmstadt, einen historischen Überblick über die „Wege zur vernetzten Stadt“. Er knüpfte an den großen Brand in Hamburg von 1842 an, in dessen Folge – und als Konsequenz aus den Nöten der Brandbekämpfung – erstmals ein systematisches Wasserver- und -entsorgungssystem gebaut wurde. Andere Städte folgten in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts. Ähnlich war es mit der leitungsgebundenen (Gas-)Energieversorgung. Es wurde als selbstverständlich empfunden, die Wasser-, E- und Gaswerke zu kommunalisieren.

Prof. Dr. Peter Baccini, Zürich, sprach zum Thema „In neuen Zusammenhängen handeln – Infrastruktur als Element der vernetzten Stadt“. In der Netzstadt gibt es keine Zentren und keine Peripherie mehr, da alles Urbane innerhalb von einer halben Stunde erreichbar ist. In einem hoch interessanten Fokus ging Baccini eingehend auf die mit Infrastruktur und Stadtentwicklung verbundenen Stoffflüsse ein. Danach gibt es im Allgemeinen schon nach fünf Jahren kaum noch Informationen über die stofflichen Inhalte von Gebäuden (insbesondere der mengenmäßig bedeutsamen öffentlichen Gebäudesubstanz) und derjenigen von großen Unternehmen. Gleichwohl gilt es, angesichts der zunehmenden Knappheit natürlicher Ressourcen und der inzwischen ungeheuren Mengen „verbauten“ Materials, die Bausubstanz im Sinne des Recycling nach abgelaufener Nutzung einer neuen Verwertung zuzuführen. Baccini belegte eindrucksvoll am Beispiel von Kupfer, dass schon heute so verfahren werden kann („urban mining“).

Neue Herausforderungen: Stromversorgung

Dr. Jochen Monstadt, Zürich, referierte über „Neue Herausforderungen für Städtische und Regionale Politik am Beispiel der Stromversorgung“. Er zeichnete ein anschauliches Bild von den erheblichen Konzentrationstendenzen in der Energiewirtschaft einerseits und dem wachsenden Wett-

bewerb zwischen Städten und Regionen um Standorte der Energieunternehmen andererseits. Im Ergebnis muss konstatiert werden, dass Länder und Kommunen kaum noch über eigene Handlungsmöglichkeiten zur Einflussnahme auf die Standortwahl verfügen, allenfalls über „weiche" Verfahren (Anreizsysteme – bei leeren Kassen?).

Stärkung des ÖPNV

In der Arena III unter der Moderation von Dr. Marta Doehler-Behzadi, Leipzig, diskutierten Dr. Dagmar Everding, Nürnberg, Prof. Dr. Marcus Gasser, Darmstadt, Prof. Dr. Stephan Mitschang, Berlin, und Prof. Dr. Rainer Winkel, Dresden. Dabei wurden die Potenziale möglicher rohstoff- und energiesparender Bauweisen ebenso deutlich wie durchaus modellhafte Ansätze für entsprechende Einsparmöglichkeiten – mit dem Nebeneffekt Klimaschutz – im Verkehrsbereich. So ist es nicht unrealistisch (und in der Schweiz praktisch erprobt), bei entsprechenden Planungen von Linien und der Optimierung von Stationen im ÖPNV einen aus deutscher Sicht geradezu unvorstellbaren Anteil des ÖPNV an den Verkehrsleistungen von 40 % zu erreichen.

Nachhaltigkeit

Unter der Moderation von Prof. Dr.-Ing. Dittmar Machule, Hamburg-Harburg, diskutierten in der abschließenden Arena IV „Nachhaltigkeit als Anspruch" Dipl.-Ing. Ulrich Frey, Heilbronn, Dipl.-Ing. Kaspar Kraemer, Köln, Prof. Dr. Werner Sobek, Stuttgart, und Prof. Urs Kohlbrenner, Berlin. Dabei sollte eine abschließende Querschnittsbetrachtung zum Umbau technischer Infrastruktur vorgenommen und insbesondere unter dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit konzentriert werden. Die Diskussion wurde ganz wesentlich durch gestalterische und ästhetische Momente bestimmt.

Fazit

Insgesamt ist es nicht nur gelungen, die Aufmerksamkeit auf einen ausgesprochen komplexen und leider unspektakulär-aktuellen Problembereich zu lenken, sondern in diesem unübersichtlichen Feld auch Richtungshinweise auf denkbare Lösungsansätze zu geben. Daran sollten die Veranstalter und alle Beteiligten weiterarbeiten. Allein schon durch die säkular veränderte ökonomische Situation stehen Aufgaben in einer Größenordnung an, die mutlos machen könnte. Kommen nun noch der demographische Wandel und die damit verbundenen soziokulturellen Veränderungen hinzu, so ist das Wort „dramatisch" nicht übertrieben. Wir müssen uns weiterhin und mit allem Nachdruck diesen Fragen stellen. Denn es geht um Grundlagen von Wirtschaft und Gesellschaft, bei denen grundsätzlich kein Ermessensspielraum vorhanden ist und die wir auch in Zukunft als selbstverständlich voraussetzen.

Burkhard Lange, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 28
E-Mail:Lange@ARL-net.de

Wissensgesellschaft und Raumentwicklung

Mit dem Begriff „Wissensgesellschaft" wird ein Phänomen beschrieben, das in zunehmender Weise die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft betrifft. Es kann davon ausgegangen werden, dass auch die Raumentwicklung in mehr oder weniger starkem Maße davon beeinflusst wird. Nachdem dieser Aspekt in der Vergangenheit in der Grundsatzkommission der ARL zweimal andiskutiert worden war, ist nun in einem etwas breiter angelegten wissenschaftlichen Kolloquium der Versuch gemacht worden, Zusammenhänge zwischen Wissensgesellschaft und Raumentwicklung auszuleuchten.

Das Kolloquium fand am 29. April 2005 unter dem Titel „Wissensgesellschaft und Raumentwicklung" in Frankfurt am Main statt. Die Moderation hatte Dr. Michael Schädlich, Halle, übernommen, der Mitherausgeber des ARL-Arbeitsmaterials Bd. 305 „Regionalentwicklung in der Wissensgesellschaft – Chancen für Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen" ist und diese Anregung in die Grundsatzkommission eingebracht hatte.

Räumliche Bezüge von Wissen und Innovation

Den ersten grundlegenden Vortrag zum Thema „Räumliche Bezüge von Wissen und Innovation" hielt Dr. Thomas Döring, Marburg. Er beschrieb zunächst jüngere Entwicklungen in der volkswirtschaftlichen Wachstumstheorie (weg von der jahrzehntelang unterstellten exogen vorgegebenen Konstante des technischen Fortschritts) und skizzierte, auf welche Weise die Innovationsfähigkeit von regionalen Standortfaktoren bestimmt wird (räumliche Nähe, lokale/regionale Wissens-Spillovers, Clusterbildung etc.). In einer Reihe teilweise sehr differenzierter theoretischer Überlegungen erörterte er Kommunikationsbeziehungen zwischen „Sender" und „Empfänger" und die Bedingungen und Mechanismen der räumlichen Wissensdiffusion über verschiedene Transferkanäle. Auf diese Weise konnte er verschiedene Arten von Agglomerationsvorteilen benennen.

In empirischer Hinsicht belegte Döring anhand der einschlägigen Statistiken (Patentanmeldungen, Beschäftigte in F+E) unterschiedliche räumliche Wissens-Spillovers und glich sie mit dem grundsätzlich polyzentrischen deutschen Raummuster ab, wobei sich eine erste Reihung der Bundesländer ergab. Die Ergebnisse waren ausgesprochen ermutigend angesichts eines Vergleichs mit den USA, wo – verkürzt ausgedrückt – 50 % des BSP auf nur 2 % der Fläche und (dazu korrespondierend) auf 50 % der Fläche nur 2 % des BSP erwirtschaftet werden. Als wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen ergaben sich daraus Anregungen zur Erhöhung der endogenen Innovationsfähigkeit im Sinne einer Verbesserung der regionalen „Absorptionskapazität" (Förderung von Wissenstransfers, regionalen Netzwerken, Bündelung wirtschaftspolitischer Förderungsmaßnahmen u. ä.).

Der über weite Strecken eher theoretische Vortrag blieb nicht unwidersprochen. So entwickelte sich eine intensive

Diskussion über Muster räumlicher Entwicklungen, bei der freilich vorübergehend die „Wissensgesellschaft" aus den Augen zu geraten drohte. Im Ergebnis wurde deutlich, dass nach wie vor nur wenig gesichertes Wissen zu den Spillovers vorhanden ist und mithin zu diesem Ansatz noch ein erheblicher Forschungsbedarf besteht.

Internationale Erfahrungen

Den zweiten grundlegenden Vortrag steuerte Prof. Dr. Martina Fromhold-Eisebith, Salzburg, bei. Ihr Vortrag trug den Titel „Erfahrungen in europäischer Perspektive" und bezog sich auf andere Länder, einschließlich solcher außerhalb Europas. Sie führte anhand von UN-Untersuchungen Beispiele aus dem Arabisch sprechenden Raum an. Dabei beleuchtete sie beide Seiten des Marktes: das Angebot (Produktion) und die Nachfrage (Konsum). Bestimmungsgrößen im einen Fall waren das Humankapital, die Qualifikation und der F+E-Aufwand, im anderen Fall verkürzte Produktlebenszyklen, sinkende Preise, das Streben nach Exklusivität und Barrieren der Nutzung (z.B. Bildung, Finanzen). Als mögliche räumliche Entwicklungstrends führe dies – in nicht gerade idealer und erwünschter Eindeutigkeit – zu Dekonzentration, (Re-)Konzentration und dezentraler Konzentration. Alle drei Fälle wurden eingehend mit Beispielen belegt. Offenbar gibt es auch hier noch erheblichen Forschungsbedarf (Erhöhung der Zahl der Variablen?).

Im Ergebnis zeigte sich Fromhold-Eisebith kritisch gegenüber einer weit verbreiteten „Innovationsgläubigkeit" und wies beispielhaft auf die angebotsorientierte Steierische Clusterinitiative ohne Darstellung der tatsächlichen Nachfrageeffekte hin sowie auf das abschreckende Beispiel des berühmten „integrierten Hauses". Ein weiterer ungeklärter und vielfach unterschätzter Punkt ist i. E. die Rolle der Kreativität bei weiterer Überalterung (mit Alten, die – im Gegensatz zu noch vor 50 Jahren – auch in vergleichsweise hohem Alter noch über erhebliche mentale Leistungspotenziale verfügen). Ferner müsse stärker als bisher nach den sozialen und persönlichen Kompetenzen zu einem integrierten Denken gefragt werden. Insofern kann man im Ergebnis möglicherweise auch mit der Frage „Wem nützt es?" zumindest einige Zusammenhänge besser erhellen.

Raum und Raumpolitik

Über „Anforderungen an Raumpolitik in der Wissensgesellschaft – Wie entwickelt sich der Raum in der Wissensgesellschaft?" referierte Prof. Dr. Heinrich Kill, Erfurt. Er zeigte sich als ausgesprochener Skeptiker gegenüber manchen Theorien und vermuteten Wirkungsketten und forderte implizit „harte" Belege. So habe beispielsweise das Wissen im China des 10. Jahrhunderts ein Vielfaches dessen in Europa umfasst. Dennoch sei es nicht umgesetzt worden. Eingehend beschrieb Kill typische Produktlebenszyklen, bei denen auf erste Entwicklungswellen meist eine erhaltungsorientierte Konzentration auf Hauptstandorte – entweder in Rückzugsgebieten oder in Anwendungsschwerpunkten – folgt. Letztlich bedeutet dies, dass als Ergebnis eines sich selbst verstärkenden räumlichen und technologischen Selektionsprozesses ein nachfrageorientierter Ausbau an einigen wenigen Orten erfolgt. Diese sind dann in aller Regel nicht mit den Orten der Erstanwendung identisch, sondern folgen zufälligen Mustern.

Podiumsdiskussion

In dem abschließenden Podiumsforum (Teilnehmer neben dem Moderator: PD. Dr. Achim Brosziewski, St. Gallen; Prof. Dr. Maroš Finka, Bratislava; Prof. Dr. Clemens Geißler, Langenhagen; Prof. Dr. Hans-Joachim Kujath, Erkner; Prof. Dr. Dieter Läpple, Hamburg-Harburg) wurde zunächst die kritische Frage Fromhold-Eisebiths nach der Funktion des Begriffs „Wissensgesellschaft" aufgegriffen. Die Diskussionsteilnehmer teilten die kritische Auffassung. Gleichzeitig wurde der Begriff aber auch als Aufforderung interpretiert, Ziele und Handlungsstrategien permanent in Frage zu stellen und grundsätzlich neu zu reflektieren. Demnach befinden wir uns gegenwärtig im Übergang von der Buchdruckgesellschaft zur Computergesellschaft, die eine Entgrenzung traditioneller Wissensgenerierung bedingt. Bei vielfach sinkenden Produktlebenszyklen (und damit ständig wechselnden Produktionen) werden lokale und regionale Milieus immer bedeutsamer und fordern vom Individuum eine zunehmende Flexibilität. Das gilt umso mehr, als mit der Aufweichung der traditionellen räumlichen Abgrenzung der Lebensbereiche neue Formen der Interaktion entstehen.

An dieser Stelle wurde der schon von Fromhold-Eisebith angedeutete Gedanke der Alterskompetenz vertieft. Denn die „Alten" – angesichts der neueren Beobachtungen zur Dauer mentaler Leistungsfähigkeit – sind und werden zunehmend die Träger vielleicht nicht „des" Wissens, aber eines erheblichen und unverzichtbaren Anteil des Wissens. Schon in naher Zukunft ist aufgrund der „Bildungspyramide" eine signifikante Zunahme höherer Bildungsabschlüsse bei über 65-Jährigen zu erwarten. Da kein Humanvermögen langfristig ohne tragfähigen Unterbau denkbar ist, wurden Bündnisse der Generationen angeregt – was aus Zeitgründen nicht weiter vertieft werden konnte –, um gerade Hochqualifizierten, die besonders konzentriert in Großstädten leben, die Möglichkeit einer Vereinbarung von Elternschaft und Beruf zu geben im Sinne einer Gesellschaft der lernenden Regionen und Generationen. Nur so könne auch Kompetenz entstehen, auf die es letztlich ankommt und die aus dem Wissen erst erwachsen kann.

Fazit des Kolloquiums

Der Ansatz der Wissensgesellschaft ist eine analytische Größe mit schier unendlich vielen Facetten, die alle auf unterschiedliche Weise erkenntnisleitend sind und die alle nur auf unterschiedliche Weise beeinflusst werden können (wenn man es denn will). Es dürfte in absehbarer Zeit nur mit erheblichen Anstrengungen möglich sein, wenigstens einen Teil dieser Facetten systematisch auszuleuchten und einzuordnen. Wir können uns nur weiterhin pragmatisch dem Phänomen nähern und so Baustein für Baustein zusammentragen. Wann dann die ersten Umrisse eines richtigen Bauwerks erkennbar werden, bleibt abzuwarten. Angesichts der grundsätzlich unbestrittenen Auswirkungen auf räumliche Entwicklungsprozesse tut die ARL gut daran, im Rahmen ihrer Möglichkeiten weiter daran zu arbeiten.

Burkhard Lange, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 28
E-Mail:Lange@ARL-net.de

Handwörterbuch der Raumordnung

Das Standardwerk zur Raumentwicklung und Planung in der 4., völlig neu bearbeiteten Auflage

Grundlagenwerke der Akademie für Raumforschung und Landesplanung
Hannover 2005, 1364 S., ISBN 3-88838-555-5

Redaktionsausschuss:

Ernst-Hasso Ritter (Leitung), Johannes Bröcker, Dietrich Fürst, Werner Heinz, Karl-Heinz Hoffmann-Bohner, Hans Kistenmacher, Margit Mönnecke, Elmar Münzer, Gerd Schmidt-Eichstaedt, Gottfried Schmitz, Walter Schönwandt, Dietmar Scholich, Walter Siebel, Christine Steck

Das vollständig neu bearbeitete Handwörterbuch der Raumordnung bietet einen umfassenden Überblick über alle wesentlichen Bereiche der räumlichen Entwicklung, der raumbezogenen Planung und der damit zusammenhängenden Politikfelder sowie der Raumforschung. Es umfasst 220 Stichwortartikel und Überblicksbeiträge zu den wichtigsten Fachbegriffen. Das bewährte Grundkonzept des alphabetisch geordneten Nachschlagewerks wurde beibehalten, denn es ermöglicht den schnellen Zugang zu den Wissensbereichen. Der Stichwortkatalog wurde grundlegend erneuert. Zu jedem Stichwort werden die relevanten bibliographischen Hinweise gegeben und weiterführende Literatur genannt. Ein vernetztes Indexsystem bietet einfachste Orientierungen.

Die Neubearbeitung entstand in Zusammenarbeit mit über 150 namhaften Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft und Planungspraxis.

Inhaltliche Schwerpunkte sind unter anderem:

- Raumordnung / Landesplanung / Regionalplanung
- Stadtplanung / Bauleitplanung / Wohnungswesen / Kommunale Planungspraxis
- Planungstheorie und -methoden / Planungstechniken
- Verwaltungswissenschaft / politische und administrative Rahmenbedingungen
- Rechtsgrundlagen
- Ökonomie / Regionale Strukturpolitik / Öffentliche Finanzen / Agrarpolitik
- Ökologie / Landschaftsplanung / Naturschutz / Freiraumsicherung
- Sozialwissenschaft / Bevölkerung / Gesellschaft
- Infrastruktur
- Europäische Raumentwicklung

Die 4. Auflage dieses unverzichtbaren Nachschlagewerks für Fachleute aller Disziplinen, für Wissenschaft und Praxis, für Politik und Verwaltung, für Lehre und Studium verbindet bewährtes Wissen mit neuen Erkenntnissen, die durch veränderte Rahmenbedingungen maßgeblich beeinflusst werden (Globalisierung, Regionalisierung, Nachhaltigkeit, Verschlankung, Beschleunigung u.a.m.).

Vademecum der ARL 2005/2006

Im Mai 2005 ist das neue Vademecum der ARL (23. Ausgabe 2005/2006) erschienen.

Dieses kompakte Personen- und Institutionen-Handbuch bietet Ihnen auch mit der neuen Ausgabe umfassende und zuverlässige Informationen über

- Aufbau und Tätigkeit der ARL (z.B. Aufgaben und Organisation, Veröffentlichungen, Satzung, Organe und weitere Einrichtungen, Forschungsgremien, Redaktionsausschüsse, Kooperationen)
- Behörden und Institutionen in Deutschland und Europa
- Raumwissenschaftliche Einrichtungen in Deutschland und Europa.

Ein umfangreiches Anschriftenverzeichnis des ARL-Experten-Netzwerkes, Abbildungen und zahlreiche Hinweise auf Internetseiten runden das Vademecum ab. Diese bewährte Arbeitshilfe dient der Herstellung von Transparenz im Fachgebiet, der Kontaktpflege sowie dem Informationsaustausch.

Der Versand kostenfreier Exemplare an alle Mitglieder und Mitarbeiter in den Gremien der ARL findet im Juni und Juli 2005 statt.

Weitere Interessenten können das Vademecum der ARL kostenpflichtig bestellen (ISBN 3-88838-537-7):

- über den Buchhandel
- VSB Verlagsservice Braunschweig GmbH
  Postfach 47 38
  38037 Braunschweig
  Tel. (0 18 05) 7 08-7 09
  Fax (05 31) 7 08-6 19
  E-Mail: vsb-bestellservice@westermann.de
- Online-Bestellung auf der ARL-Website:
  www.ARL-net.de (→ Rubrik „Bücher“)

Risiken in Umwelt und Technik

Vorsorge durch Raumplanung

Helmut Karl, Jürgen Pohl, Horst Zimmermann (Hrsg.)

Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover 2005, Bd. 223, 154 S.
ISBN 3-88838-052-9

Die Hochwasserkatastrophe an Elbe und Mulde im Herbst 2002 hat es schlagartig ins allgemeine Bewusstsein gebracht: Selbst in unserer hoch entwickelten, modernen Dienstleistungsgesellschaft sind katastrophenaffine Risiken vorhanden, die ganz erhebliche räumliche Dimensionen besitzen und für die vielfach keine hinreichende Vorsorge getroffen worden ist. Auch der Beitrag der Raumplanung zur Vorsorge ist durchaus verbesserungsfähig. Das gilt für Praxis und Wissenschaft gleichermaßen, denn die Schnittmenge zwischen der vorwiegend technisch orientierten fachlichen Seite und der querschnittsorientierten überfachlichen Seite der Raumplanung ist in den Raumwissenschaften bislang eher vernachlässigt worden.

Mit der Tagung wurde das komplexe Feld der wechselseitigen Überschneidungen von Katastrophenvorsorge und Raumplanung in seinen wesentlichen Facetten beleuchtet. Dabei waren nahezu alle fachlich beteiligten Disziplinen vertreten und es wurden vielfältige Querbezüge zu den raumplanerischen Dimensionen herausgearbeitet.

	Vorwort
Horst Zimmermann	Begrüßung und Eröffnung
Vorträge	
Cord Heinrich Bahlburg	Hochwasser und andere Katastrophen – Was haben wir gelernt?
Wolfgang van den Daele	Wie geht die Gesellschaft mit Risiken um: Politische Strategie und Rechtsregel im Umgang mit den Risiken neuer Techniken – Die zwei Gesichter des Vorsorgeprinzips
Helmut Karl	Risiken in Umwelt und Technik: Vorsorge durch Raumplanung
Jürgen Pohl	Raumorientiertes Risikomanagement in Technik und Umwelt: ökonomische versus ökologische Sicht
Jacques Santer	Eine politische Vision für den SaarLorLux-Raum 2020. Präsentation des Zukunftsbildes 2020
Statements	
Reinhard Schäfer	Vorsorge aus versicherungswirtschaftlicher Sicht
Hans-Joachim Pietrzeniuk	Hochwasserschutz am Rhein
Arbeitsgruppe 1	**Vorsorge gegenüber Naturrisiken**
Thomas Egli	Vorsorge gegenüber Naturrisiken: Darlegung des Handlungsspielraumes am Beispiel der Hochwasservorsorge
Gerhard Berz	Vorsorge gegenüber Naturrisiken: Trends und Handlungsoptionen der Versicherungswirtschaft
Stefan Greiving	Vorsorge gegenüber Naturrisiken: Ein innovativer Ansatz zum Umgang mit raumrelevanten Risiken auf europäischer Ebene
Uwe Grünewald	Vorsorge gegenüber Naturrisiken: Nach den Augustfluten 2002 in Mittel- und Zentraleuropa – Hochwasservorsorge in Deutschland
Evelyn Gustedt	Bericht aus der Arbeitsgruppe 1
Arbeitsgruppe 2	**Vorsorge gegenüber Technikrisiken**
Klaus Dieterle	Vorsorge gegenüber Technikrisiken aus der Sicht eines Versicherers
Fritz Heidland	Vorsorge gegenüber Technikrisiken aus raumorientierter Sicht
Hans Pohle	Bericht aus der Arbeitsgruppe 2
Arbeitsgruppe 3	**Vorsorge gegenüber den Risiken des Klimawandels**
Gerhard Bahrenberg	Vorsorge gegenüber den Risiken des Klimawandels aus sozialwissenschaftlicher Sicht
Manfred Stock	Vorsorge gegenüber den Risiken des Klimawandels aus Sicht der Klimafolgenforschung
Volker Wille	Bericht aus der Arbeitsgruppe 3
Arbeitsgruppe 4	**Vorsorge durch nachhaltige Raumentwicklung**
Dieter Hecht	Vorsorge durch nachhaltige Raumentwicklung: Ausbreitungen von Risiken
Catrin Schmidt	Vorsorge durch nachhaltige Raumentwicklung: Wahrnehmung und Steuerungsmöglichkeiten
Christine Steck	Bericht aus der Arbeitsgruppe 4
Abschlussvortrag	
Horst Zimmermann	Risiken in Umwelt und Technik: Perspektiven für Raumforschung und Raumplanung
Anhang: Journalistenwettbewerb	
Burkhard Lange	Einführung
1. Preis	
Achim Reinke	Nach der Flut ist vor der Flut
2. Preis	
Tobias Lehberg	Wider den Vollkasko-Schutz für Sandburgen
3. Preise	
Annegret Oberndorfer	Aspekte der EU-Erweiterung 2004
Martin Heusinger	Klug werden aus Umweltkatastrophen – die Versicherungswirtschaft rechnet mit der Raumplanung
4. Preise	
Amal Khalil	Der Kampf gegen die „Vollkasko-Mentalität“
Richard A. Endress	Jetzt haben wir ein Window of Opportunity
Kurzfassungen / Abstracts	

Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels - Teil 5

Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?

Gemeinsamer Kongress 2004 von ARL und BBR

Wendelin Strubelt, Horst Zimmermann (Hrsg.)

Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung Hannover 2005, Bd. 225, 154 S.
ISBN 3-88838-054-5

Der langfristige Rückgang, die kontinuierliche Alterung und die fortschreitende Internationalisierung der Bevölkerung in Deutschland und in vielen anderen Ländern lösen einen tiefgreifenden demographischen und sozialen Wandel aus. Dieser wird sich räumlich sehr differenziert auswirken. Ostdeutschland ist hiervon in besonderem Maße betroffen. Die regionalen Verteilungskämpfe um demographische Potenziale werden auf allen räumlichen Ebenen an Bedeutung gewinnen. Zuwanderungen werden diese Trends noch verstärken.

Gerade unter dem Aspekt einer nachhaltigen Raumentwicklung ergibt sich ein umfassender, regional unterschiedlicher Anpassungsbedarf der Siedlungs-, Wirtschafts- und Infrastrukturen. Insbesondere die Tragfähigkeit dünn besiedelter, ländlicher Räume ist gefährdet. Aber auch städtische Regionen sind mit starken Einwohnerrückgängen konfrontiert.

Wegen der komplexen und weittragenden Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Raumentwicklung hat die ARL ihre Arbeiten in diesem Themenbereich schon seit längerem intensiviert. Neben Forschungsaktivitäten gehört hierzu auch die Durchführung größerer Veranstaltungen. So haben die ARL und das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) im Jahre 2004 in Magdeburg eine gemeinsame Tagung zum Thema „Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?“ durchgeführt. Ziel der Veranstaltung war eine breite Diskussion der Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Raumentwicklung sowie die Abschätzung der Konsequenzen für die räumliche Politik und Planung. Der Band umfasst die Ergebnisse dieser in Wissenschaft und Fachöffentlichkeit vielbeachteten Veranstaltung.

Vorwort	Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels – Ein Schwerpunkt der Tätigkeit der ARL
Florian Mausbach *Horst Zimmermann* *Karl-Heinz Daehre* *Lutz Trümper*	Begrüßung und Eröffnung

Vorträge

Manfred Stolpe	Infrastruktur und Demographie – Herausforderung für Deutschland
Dieter Oberndörfer	Konsequenzen der demographischen Entwicklung für das politische System Deutschlands
Paul Gans	Tendenzen der räumlich-demographischen Entwicklung
Marta Doehler-Behzadi	Schrumpfende Städte und Regionen im Osten Deutschlands – Testfall für den Westen?

Forum 1: Demographischer Wandel in dünn besiedelten, strukturschwachen Räumen

Heiner Monheim	Attraktive Infrastruktur auch in dünn besiedelten Regionen trotz Bevölkerungsrückgangs – Einführung des Moderators
Bärbel Winkler-Kühlken	Demographischer Wandel in dünn besiedelten, strukturschwachen Räumen – was ist zu tun? – Impulsstatement
Martina Kocks	Demographischer Wandel in dünn besiedelten, strukturschwachen Räumen – Diskussionsbericht

Forum 2: Demographischer Wandel in Großstadtregionen

Heinrich Mäding	Demographischer Wandel in Großstadtregionen – Einführung des Moderators
Johann Jessen	Demographischer Wandel in Großstadtregionen – Impulsstatement
Gerd Tönnies	Demographischer Wandel in Großstadtregionen – Diskussionsbericht

Podium: Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?

Hans Pohle	Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir? – Diskussionsbericht

Schlussworte

Klaus Borchard	Schlusswort
Wendelin Strubelt	Ein paar Worte zum Schluss

Anhang

Wettbewerb für Journalistinnen und Journalisten – Berichterstattung zur Wissenschaftlichen Plenarsitzung 2004 der ARL

Gerd Tönnies	Einführung

Prämierte Beiträge

1. Preis

Annett Welsch	Die Verwandlung

2. Preis

Sara Reinke	Sterben die Deutschen aus?

3. Preis

Remko Kragt	Randalterung und Multikulti – Die deutsche Bevölkerung bekommt ein neues Gesicht

4. Preise

Frederik Bombosch	Periphere Problemzonen
Christiane Bremer	Ganz Deutschland ein Seniorenheim? Der demographische Wandel aus räumlicher Perspektive
Holger Miska	Sex and the City – oder: Kann ein Inder ein guter bayerischer Katholik sein?

Kurzfassungen / Abstracts

Austausch mit der Niedersächsischen Landesplanung

ARL-Präsident Prof. Dr.-Ing. Klaus Borchard und Generalsekretär Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich trafen sich am 5. April 2005 im Niedersächsischen Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz mit Minister Hans-Heinrich Ehlen, Staatssekretär Gert Lindemann, Abt.Leiter Henning Binnewies und Ref.Leiterin Hildegard Zeck zu einem Informations- und Erfahrungsaustausch. Solche Gespräche mit den Verantwortlichen für Raumordnung und Landesentwicklung des Sitzlandes haben Tradition. Sie geben Anstöße für neue Forschungs- und Politikberatungsinitativen der ARL und für die Fortsetzung der langjährigen, erfolgreichen Zusammenarbeit beider Partner.

Beide Seiten hoben zu Beginn die vielgestaltigen und regelmäßigen Kooperationen zwischen der ARL und der niedersächsischen Landesplanung hervor. Aus der Reihe gemeinsamer Vorhaben wurden beispielhaft die 1. Nordseekonferenz zum Küstenzonenmanagement im Sommer 2001 in Cuxhaven, das Kolloquium „Selbststeuerungspotenziale ländlicher Räume“ im Herbst 2002 in Bleckede, die Studie über Entwicklungspotenziale der nordwestdeutschen Länder und die Veröffentlichung „Integration landwirtschaftlicher Funktionen in die Raumplanung“ (Arbeitsmaterial Nr. 314 der ARL, 2005) genannt.

Präsident Borchard stellte ausgewählte derzeitige Arbeitsthemen vor (z. B. Metropolregionen in Deutschland, Räumliche Auswirkungen des demographischen Wandels, Territoriale Kohäsion, neue Rahmenbedingungen, Herausforderungen und Strategien für die großräumige Verkehrsentwicklung) und ging auf Themen der Beratung von Politik und Verwaltung ein, zu denen die ARL erst kürzlich Positionspapiere vorgelegt hat (Änderung der Rahmengesetzgebungskompetenz zur Raumordnung, EU-Strukturförderung für die Regionalentwicklung, Notwendigkeit einer Europäischen Raumentwicklungspolitik). Mit Blick auf künftige Arbeitsthemen nannte er stellvertretend die Perspektiven ländlicher Räume, die Zukunft der räumlichen Planung, Wasser als wichtiges Element nachhaltiger Raumentwicklung, die räumlichen Wirkungen von Sozialreformen und die räumlichen Anforderungen an die Förderpraxis der EU.

Das Land Niedersachsen ist mit vielen dieser Themen befasst, seien es die Perspektiven der ländlichen Räume, auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und des Strukturwandels in der Landwirtschaft, oder Fragen des Integrierten Küstenzonenmanagements (IKZM).

Es wurde verabredet, die Zusammenarbeit auf verschiedenen Wegen fortzusetzen. So wird am 24. 11. 2005 in Hannover ein Fachkongress des Landes zu künftigen landesentwicklungspolitischen Strategien, insbesondere mit Blick auf die ländlichen Räume, durchgeführt, an dem sich die ARL beteiligt. Ebenfalls mitwirken wird die ARL in einer Enquetekommission des niedersächsischen Landtags zum demographischen Wandel und seinen räumlichen Folgen. Darüber hinaus wird die LAG für den nordwestdeutschen Raum der ARL zum Entwurf des neuen Landes-Raumordnungsprogramms Stellung beziehen.

Dietmar Scholich, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 37
E-Mail: Scholich@ARL-net.de

Grundsatzkommission diskutiert gleichwertige Lebensbedingungen

Eine wichtige Aufgabe der von Prof. Dr. Dietrich Fürst, Hannover, geleiteten Grundsatzkommission (GKOM) ist die Beratung des Präsidiums der ARL im Hinblick auf die Behandlung strategischer Themen, bei denen es von grundlegender Bedeutung ist, frühzeitig über breite und zuverlässige Informationen sowohl zu Forschungs-, Beratungs- und Kooperationsbedarfen als auch zur Leistungsfähigkeit des personellen Netzwerkes der ARL zu verfügen.

Daher führen die Mitglieder der GKOM einen themenbezogenen Strategiediskurs, in dessen Mittelpunkt auf der letzten Sitzung, die am 18. März 2005 im Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin stattfand, die Zukunftsfähigkeit des Postulats gleichwertiger regionaler Lebensbedingungen stand.

Bericht des Präsidenten

Der Präsident der ARL, Prof. Dr. Klaus Borchard, Königswinter, informierte die Kommissionsmitglieder zunächst über die Tätigkeit der ARL im letzten Halbjahr. Aus der großen Zahl der Aktivitäten hob er vor allem Fragen der Öffentlichkeitsarbeit, die Beratung von Politik und Verwaltung und die Bemühungen zur Förderung des Nachwuchses im personellen Netzwerk der ARL hervor.

Im Hinblick auf die Vorbereitung neuer Forschungsgremien berichtete er über die Arbeitskreise „Territoriale Kohäsion“ und „Neue Rahmenbedingungen, Herausforderungen und Strategien für die Verkehrsentwicklung“. Ebenso seien in den Landes-

arbeitsgemeinschaften neue Arbeitsgruppen eingerichtet worden, so etwa in Nordrhein-Westfalen zu dem Thema „Wasserwirtschaft und Raumplanung". Auf europäischer Ebene sei mit einem Auftaktmeeting Ende 2004 das neue INTERREG III B-Projekt COMMIN gestartet, bei dem die ARL Leadpartner ist.

Eine Reihe weiterer, zum großen Teil ebenfalls von der GKOM angeregter Forschungsinitiativen werde zurzeit vorbereitet, beispielsweise zu den Themen „Raumplanung in der Wissensgesellschaft", „Wasser und nachhaltige Raumentwicklung", „Räumliche Konsequenzen veränderter Sozialstrukturen", „Infrastruktur und Raumentwicklung" sowie „Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen".

Gleichwertige Lebensbedingungen

Auf der Grundlager zweier Vorträge von Prof. Dr. Karl-Hermann Hübler, Berlin, zur „Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen" (Exposé für die ARL) und ARL-Vizepräsident Prof. Dr. Heinrich Mäding, ebenfalls Berlin, zum Aufbau Ost und zur Regionalentwicklung in den neuen Ländern (Forschungsauftrag des BBR) setzten die Mitglieder der GKOM den auf der letzten Sitzung begonnenen Diskurs zur Neubestimmung des Leitziels gleichwertiger Lebensbedingungen fort. Es bestand Einigkeit, dass die Thematik, nicht zuletzt durch die Rede von Bundespräsident Horst Köhler, in Gesellschaft und Politik erheblich an Bedeutung gewonnen habe.

Eingangs wurde hervorgehoben, dass sich im Bereich der staatlichen Steuerung ein weittragender Paradigmenwechsel vollzogen habe (vom Wohlfahrts- zum Gewährleistungsstaat). Hierdurch würden Prinzipien der Selbststeuerung und zivilgesellschaftliche Handlungsformen zu Lasten der bisherigen umfassenden wohlfahrtsstaatlichen Versorgungs- und Ausgleichsvorstellungen aufgewertet. Von daher sei zu klären, welche Funktionen der „moderne" Staat zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen in seinen Teilräumen (noch) hat und aller Voraussicht nach in der Zukunft haben wird.

Auf die Raumentwicklung übertragen bedeute dies, dass dem Gleichwertigkeitspostulat in Zukunft ein geringeres Gewicht zukomme. Es herrschte jedoch weitgehend Konsens, dass seine völlige Abschaffung – auch und gerade vor dem Hintergrund zukünftig dramatisch wachsender regionaler Disparitäten in ganz Deutschland, aber auch in Europa – nicht sinnvoll sei. Vielmehr müssten die Definition und die Instrumentierung des Leitziels überprüft und den veränderten sozioökonomischen Rahmenbedingungen angepasst werden (z.B. durch regional differenzierte Mindeststandards).

Zur Begründung und Ableitbarkeit einer Gleichwertigkeitsnorm wurde angemerkt, dass das Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen durchaus in den Wertehorizont des Grundgesetzes passe. Es stelle gewissermaßen die regionale Ausprägung des Sozialstaatsprinzips dar. Gehe man über die raumplanerischen Instrumente hinaus, so bestünde durch den Länder- und den kommunalen Finanzausgleich zudem eine relativ starke Instrumentierung. Für die Begründung des Postulats gleichwertiger Lebensbedingungen erlange zudem das europäische Recht (Kohäsionsziele in der künftigen EU-Verfassung, insbesondere das Ziel der territorialen Kohäsion) wachsende Bedeutung.

Im Verlauf der weiteren Diskussion wurde hervorgehoben, dass die Leitvorstellung der gleichwertigen Lebensbedingungen regional differenziert werden müsse. Hierbei sollten für verschiedene Raumtypen unterschiedliche Konzepte/Entwicklungsstrategien und Handlungsbedarfe ermittelt werden. So werde eine Differenzierung nach Metropolregionen/Stadtregionen und ländlichen Räumen (jeweils unterschiedlichen Typs) dem bipolaren entwicklungspolitischen Spannungsfeld zwischen Gleichwertigkeit und Verschiedenartigkeit von Räumen eher gerecht als eine in räumlicher Hinsicht pauschal nivellierende Norm.

Zur Erarbeitung von Entwicklungskonzepten für die jeweiligen Raumtypen seien (alternative) Szenarien besonders geeignet. Während einige Großstadtregionen nach wie vor befriedigende Wachstumsraten aufzuweisen hätten – und Overspillpotenziale zur Alimentation strukturschwacher Gebiete bereitstellen könnten –, komme es in manchen dünn besiedelten, zurückgebliebenen, oftmals peripher gelegenen abwanderungsgefährdeten Räumen zu einer kumulativen Überlagerung von Problemen (Abwärtsspirale). Es sei davon auszugehen, dass hier in Zukunft nur noch Mindeststandards der Versorgung mit Infrastruktur und Einzelhandelsangeboten zu erfüllen seien. Teilgebiete dürften völlig leer laufen (Absiedelung, rezente Wüstung). Hierdurch würden die interregionalen Unterschiede in den Lebensbedingungen zwangsläufig deutlich zunehmen.

Zugleich wurde deutlich, dass die Hauptprobleme einer gleichwertigen Entwicklung der Lebensbedingungen in den Schrumpfungs-, Alterungs- und Abwanderungsräumen Ostdeutschlands bestehen. Demographischer Wandel und fehlende Arbeitsplätze führten dort zu gravierenden Ungleichgewichten in der Raumentwicklung. Dies sei allerdings ein Trend, der – gerade im Hinblick auf die demographische Entwicklung – in den kommenden Jahrzehnten zunehmend auf Westdeutschland übergreifen und damit zu einem gesamtdeutschen Phänomen werde (siehe Raumordnungsprognose). Die Mitglieder der GKOM schlagen vor, dass sich die ARL möglichst kurzfristig und prägnant in Form eines Thesenpapiers zur Frage der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen äußert (siehe „Zur Diskussion" in diesem Heft: Diskussionspapier des Präsidiums der ARL).

Darüber hinaus wurden Vorschläge des Wissenschaftlichen Beirats der ARL für künftige Forschungsthemen und die Fortführung der Veröffentlichungsreihe „Grundlagenwerke der ARL" erörtert.

Gerd Tönnies, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 23
E-Mail: Toennies@ARL-net.de

Frühjahrstreffen des Wissenschaftlichen Beirats

Der Wissenschaftliche Beirat der ARL traf sich unter der Leitung seines Vorsitzenden, Prof. Dr.-Ing. Gerhard Steinebach, auf Einladung des Mitglieds Prof. Dr. Peter Weichhart zur Frühjahrssitzung 2005 Mitte April in Wien.

Bericht aus der ARL

ARL-Präsident Prof. Dr.-Ing. Klaus Borchard ging in seinem Bericht über Aktivitäten der Akademie seit der Herbstsitzung 2004 des Beirats u. a. auf die Beratungen mit der Grundsatzkommission zu den Themen „Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen" und „Aufbau Ost" ein, in deren Folge das Präsidium ein erstes Diskussionspapier zur Gleichwertigkeit erarbeitet hat (siehe „Zur Diskussion" vorn in diesem Heft).

Ferner nannte er mit Blick auf die Beratung von Politik und Verwaltung stellvertretend die überaus positiven Reaktionen auf den offenen Brief des Jungen Forums „Raumentwicklung ist Chefsache!" (Nachrichten 4/2004) an die Regierungschefs der Länder, den Aufruf des Präsidiums „Raumplanung tut Not" (Nachrichten 3/2004) sowie Gespräche mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung, mit Mitgliedern des Bundestagsausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, mit dem Präsidenten des Umweltbundesamtes, mit Vertretern der United Nations University in Bonn und mit dem für Raumordnung und Landesentwicklung zuständigen Minister im Sitzland der Akademie.

Der Präsident würdigte die enge Zusammenarbeit der ARL mit dem Förderkreis für Raum- und Umweltforschung (FRU) in der Nachwuchsförderung und stellte hier mit dem Mentoringprogramm zur Integration junger Absolventinnen ins Berufsfeld der Raumentwicklung ein neues Kooperationsvorhaben vor.

Künftige Forschungsthemen

Die Beratung künftiger Forschungsthemen wurde zunächst genutzt, um nochmals die zentralen Aufgaben des Wissenschaftlichen Beirats zu reflektieren. Die regelmäßigen Informationsflüsse zwischen Beirat und Präsidium sind wesentliche Bedingung dafür, dass der Beirat seinen drei zentralen Aufgaben in der notwendigen Intensität nachkommen kann: (a) Einbringung internationaler Forschungsperspektiven, (b) Beratungs- und Anstoßgremium für das Präsidium und (c) Bewertung der Serviceleistungen (Forschung und Beratung) der ARL im Sinne von Qualitätssicherung und interner Evaluierung. Damit diese Aufgaben stets in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen, auch dafür sind die Informationsflüsse wichtig.

Die Arbeitsprogramme (AP) setzen alle zwei Jahre den Orientierungsrahmen (ORA) der ARL um. Der Beirat vertrat die Ansicht, dass die Strukturierung beider Forschungsprogramme (AP und ORA) nach wie vor schlüssig ist. Auch begrüßt der Beirat, dass das Arbeitsprogramm kein statischer Bericht ist, sondern alle sechs Monate fortgeschrieben wird.

Die Beiratsmitglieder regten im Weiteren Themen an, mit denen sich die ARL künftig ebenfalls beschäftigen könnte. Genannt wurden z. B.:

- Räumliche Wirkungen von Emissionen – Lärm- und Luftreinhaltung im stadtregionalen Bereich (Umgebungslärm, Feinstaub etc.)
- Räumliche Veränderungen durch technologische Entwicklungen (Monitoring, Umsetzungsbezug, Standortanforderungen und -veränderungen, etc.)
- EU-Recht als Chance für die Raumplanung (EU-RL u. ä. als Möglichkeiten für die Raumplanung, qualitative Dimensionen zu thematisieren und flächendeckend aufzugreifen)
- Europäische Planungsphilosophien im Vergleich (an wichtigen konkreten Problemen aufzeigen, wie die Raumplanung in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten mit den Problemen umgeht)
- Verkehr und Siedlungsentwicklung in Agglomerationen (Flächenverbrauch, Lärm- und Luftbelastung, Road Pricing etc.)

Öffentlichkeitsarbeit in der ARL

Der Wissenschaftliche Beirat begrüßt Grundsätze der Öffentlichkeitsarbeit in der ARL als weiteren Baustein des Konzepts der Qualitätssicherung in der ARL. Zum vorliegenden Bausteinentwurf regte er inhaltliche und strukturelle Änderungen an. So sollte die Schwierigkeit angesprochen werden, die eher „trockenen" und „unpopulären" Inhalte von Raumplanung und raumwissenschaftlicher Forschung den Medien und der Öffentlichkeit nahe zu bringen. Auch sollte zwischen Zielgruppen und Multiplikatoren unterschieden werden. Hauptzielgruppe des Marketings für die ARL und ihre Produkte sind die Medienvertreter (vor allem Journalisten). Hinzu kommen die Politiker, die Wirtschaft und Schüler (Lehrer sind hier die Multiplikatoren).

Zuwahl von ARL-Mitgliedern

Der Beirat setzte sich erneut mit den bisherigen Kriterien zur Erweiterung des personellen Netzwerkes auseinander. Als vorrangig werden die Kriterien: (a) Fachliche Ausgewogenheit des Netzwerkes (Interdisziplinarität), (b) ausgewogenes Verhältnis von Wissenschaft und Praxis sowie (c) fachliche Qualifikation eingestuft. Um den eingeschlagenen Weg der Verjüngung des Netzwerkes voranzutreiben, sollte das perspektivische Element als bedeutendes Kriterium hinzugezogen werden, d. h. das mittel-bis langfristige wissenschaftliche Potenzial einer Kandidatin bzw. eines Kandidaten. Der Beirat würdigte hier die erfolgreichen Maßnahmen des Präsidiums in den letzten Jahren zur Verjüngung bei den Korrespondieren Mitgliedern (KM).

Bei derzeit rund 1.000 Mitwirkenden in der ARL stellen die etwa 120 Ordentlichen Mitglieder (OM) nur ein – wenn auch wichtiges – Teilsegment dar. Und bei der Zusammensetzung der Gremien ist in den letzten Jahren eine deutliche Verjüngung vorgenommen worden. Dennoch sollten nach Ansicht des Beirats die bisherigen Bemühungen in diese Richtung auch bei den OM konsequent fortgesetzt werden.

Dietmar Scholich, Tel. (+49-511) 3 48 42 - 37
E-Mail: Scholich@ARL-net.de

Kuratorium beschließt Tätigkeitsbericht 2003/2004

Das Kuratorium der ARL kam am 11. April 2005 in Kassel zu seiner ersten Sitzung in diesem Jahr zusammen. Im Mittelpunkt der Beratungen stand der Tätigkeitsbericht für die Jahre 2003 und 2004. Präsident Prof. Dr. Klaus Borchard gab einen kurzen Überblick über die Inhalte und wies darauf hin, dass dieser Bericht die zentrale Grundlage für das Audit des Wissenschaftlichen Beirats in diesem Herbst sein wird. Das Kuratorium erkannte das beachtliche Spektrum von Forschungs- und Transfervorhaben an und hob hervor, dass zahlreiche praxisnahe Themen aufgegriffen worden sind. Es wurde angeregt, künftig zusätzlich eine schlanke Version des Berichtes zu erarbeiten, die für Politikerinnen und Politiker in zusammengefasster Form Informationen über die Arbeit der ARL vermittelt. Anschließend genehmigte das Kuratorium den Tätigkeitsbericht einstimmig und entlastete das Präsidium auf Basis dieses Berichts für das Rechnungsjahr 2004.

Bericht des Präsidenten

Zu Beginn der Sitzung informierte Prof. Borchard das Kuratorium über die Arbeit des Präsidiums im letzten halben Jahr. Einen Schwerpunkt seiner Ausführungen legte er auf die verschiedenen Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit der ARL. Grundlage dafür ist ein Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit, das im Sekretariat erarbeitet wurde und die vorhandenen Bausteine der Qualitätssicherung in der ARL ergänzt. Darin werden unter anderem die einzelnen Zielgruppen der Arbeit der ARL, Presseaktivitäten und Kommunikationsinstrumente beschrieben. Eine der Maßnahmen ist der Journalistenwettbewerb, der anlässlich der Wissenschaftlichen Plenarsitzung 2005 in Ravensburg zum dritten Mal durchgeführt wurde und bei dem Medienberichte über Verlauf und Ergebnisse der Veranstaltung prämiert werden. Darüber hinaus ging Prof. Borchard auf einzelne Instrumente des Informationstransfers ein und erwähnte insbesondere die Bedeutung des direkten Kontaktes zu Politikerinnen und Politikern. Es fanden eine Reihe von Aktivitäten zur Politikberatung statt. Gespräche wurden unter anderem mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung, mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, dem Umweltbundesamt und der United Nations University geführt. Prof. Borchard sprach auch das schon traditionelle Treffen mit den Mitgliedern des Bundestagsausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen an, das in diesem Jahr den Umbau von Städten und Regionen sowie die Chancen der EU-Osterweiterung für die Regionalentwicklung in Ostdeutschland zum Gegenstand hatte. Schließlich skizzierte er kürzlich begonnene und künftig vorgesehene Forschungsinitiativen, Veranstaltungen und Veröffentlichungen, die auf großes Interesse der Kuratoriumsmitglieder stießen.

Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen

Vizepräsident Prof. Dr. Heinrich Mäding stellte den ersten Entwurf eines Diskussionspapiers des Präsidiums zum Thema „Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen“ vor. Die Grundsatzkommission hatte in ihrer letzten Sitzung die Bitte an das Präsidium gerichtet, auf der Basis eines erteilten Forschungsauftrags zur Bestandsaufnahem der Diskussion in der ARL um die Gleichwertigkeit ein solches Papier zu erarbeiten (vgl. „Zur Diskussion“ und den Bericht zur Grundsatzkommission in diesem Heft). Prof. Mäding betonte insbesondere, dass mit gleichwertigen Lebensverhältnissen ein komplexes Konstrukt von verschiedenen Dimensionen von „Lebensqualität“ gemeint ist und der Begriff als Richtungsziel zu verstehen sei. Das Ziel verpflichte öffentliche Akteure, regionale Disparitäten möglichst nicht zu verstärken. Dies bedeute, dass das Ziel als Argument in einen Abwägungsprozess einzustellen ist. Aus dem Ziel folge, so Prof. Mäding, keine Verpflichtung des Staates zum Ausgleich durch den Staat. Von der Mehrheit der Kuratoriumsmitglieder wurde die von der ARL angestoßene Gleichwertigkeits-Diskussion begrüßt. Die Akademie wurde ausdrücklich ermutigt, das Thema aufzugreifen und eindeutig Position zu beziehen.

Territoriale Kohäsion

Dr. Evelyn Gustedt vom Sekretariat berichtete über erste Beratungsergebnisse des neu eingesetzten Europäischen Arbeitskreises „Territoriale Kohäsion“. Sie ging zunächst auf die Gründe und Herausforderungen für eine europäische Raumordnung ein und erläuterte anschließend die Entstehung und den Gebrauch des Terminus „Territoriale Kohäsion“. Demnach geht der Begriff über Fragen des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts hinaus. Das politische Ziel des territorialen Zusammenhalts sei es, zu einer ausgewogenen Entwicklung in den europäischen Teilräumen beizutragen. Dies soll unter anderem durch den Abbau von Disparitäten, das Verhindern territorialer Ungleichgewichte sowie durch eine kohärente Regionalpolitik erreicht werden. Wichtiges Ziel des Arbeitskreises ist, neben der Erarbeitung von Konzepten zur Europäischen Raumordnung, eine gemeinsame Sprache für das Verständnis der territorialen Kohäsion. Dr. Gustedt skizzierte auch den sich gegenwärtig abzeichnenden weiteren Forschungs- und Handlungsbedarf. Sie führte unter anderem den Aufbau geeigneter Institutionen für eine kontinuierliche Raumbeobachtung und die Weiterentwicklung von Mehrebenen-Steuerungsmodellen unter Berücksichtigung bestehender europäischer Planungssysteme mit dem Ziel der Koordination europäischer Raumordnung an. Darüber hinaus gelte es, bestehende Leitbilder in europäischen Teilräumen zu einem integrierten europaweiten Leitbild zusammenzuführen und eine gemeinsam vertretene Raumentwicklungstheorie zu formulieren.

Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 39
E-Mail: Klee@ARL-net.de

Versammlung der Ordentlichen Mitglieder

Die Ordentlichen Mitglieder der Akademie kamen am 17. und 18. Juni im Rathaus von Ravensburg zu ihrer ersten Versammlung im Jahr 2005 zusammen. Präsident Prof. Dr.-Ing. Klaus Borchard konnte rund 50 Personen im historischen Ratssaal begrüßen. Vor Beginn der Sitzung gedachten die Anwesenden der seit der letzten Zusammenkunft verstorbenen Mitglieder OM Bruno Dietrichs und KM Alfred Dick.

Bericht des Präsidenten

Über die Arbeit des Präsidiums im vergangenen halben Jahr informierte der Bericht des Präsidenten zu Beginn der Versammlung. Dieser Bericht spiegelt immer auch eine Standortbestimmung der ARL wider und gibt den Mitgliedern Gelegenheit zum Austausch mit dem Präsidium über Fragen der laufenden Projekte und des Erkenntnistransfers. Am Anfang dieses Jahres wurden die Ordentlichen Mitglieder nach ihren aktuellen Interessen- und Arbeitsgebieten befragt. Präsident Borchard stellte die Ergebnisse dieser Umfrage vor. 241 Themen wurden gemeldet. Mit 38 % entfallen die meisten Nennungen auf den Forschungsschwerpunkt „Wandel des Staates und der Planung", gefolgt von „Wirtschaft, Technik, Infrastruktur, Mobilität", worauf sich knapp 30 % der Nennungen beziehen. Zahlreiche Meldungen belegen, dass in der ARL die „richtigen" Themen in Gang gesetzt wurden oder für zukünftige Vorhaben vorbereitet werden konnten.

Über einzelne Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurde bereits an verschiedenen Stellen berichtet. Neu ist nun ein Konzeptpapier, in dem die Grundsätze der Öffentlichkeitsarbeit in der ARL formuliert sind. Dieses Papier wurde bereits mit dem Wissenschaftlichen Beirat besprochen und vor der Sitzung in Ravensburg den Ordentlichen Mitgliedern vorgelegt. Es stellt einen weiteren Baustein der Qualitätssicherung in der ARL dar, dokumentiert die Professionalisierung der strategischen Grundsätze der Akademiearbeit und listet Maßnahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auf. Präsident Borchard berichtete zudem vom mittlerweile dritten Journalistenwettbewerb anlässlich der Wissenschaftlichen Plenarsitzung 2005. Wiederum haben fast 20 junge Journalisten teilgenommen. Das Präsidium blickt sehr gespannt auf die Ergebnisse, wurde doch bereits signalisiert, dass manches journalistische Produkt in bedeutenden Printmedien platziert werden könne.

Breiten Raum nahmen die Erläuterungen zu Aktivitäten im Bereich der Nachhaltigkeit ein. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass die Nachhaltigkeitsthematik zurzeit augenscheinlich aus dem Blickfeld vieler Akteure und vor allem der Politiker geraten ist. Die raumwissenschaftliche Forschung tut jedoch gut daran, so Borchard, sich im Blick auf nachfolgende Generationen weiterhin intensiv mit der Umgestaltung der Wirtschafts- und Raumstrukturen nach den Grundsätzen des nachhaltigen Handelns zu befassen. Aspekte der Nachhaltigkeit sollten verstärkt auch in die Diskussionen der räumlichen Konsequenzen des demographischen Wandels sowie der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen eingebracht werden. So wird sich die ARL auch weiterhin mit der nachhaltigen Entwicklung der unterschiedlichen Räume beschäftigen und das einzigartige Potenzial ihrer Mitglieder bei diesen Fragen nutzen.

Mitgliederversammlung im Rathaus von Ravensburg

Das Präsidium misst der Nachwuchsförderung in der Akademie große Bedeutung zu. Dementsprechend informierte Borchard über eine Reihe von Aktivitäten, die dazu dienen, junge und engagierte Fachleute an die ARL heranzuführen und sie in deren Gremien zu integrieren. An erster Stelle nannte er das Junge Forum, das sich hervorragend weiterentwickelt hat. Das achte Treffen fand Anfang Juni in Gelsenkirchen zum Thema „Agglomerationen – Situation und Perspektiven" statt. Es zeigt sich, dass die Veranstaltungen des Jungen Forums eine gute Plattform für neue Ideen, unkonventionelle Perspektiven und Gewinn bringende Diskussionen darstellen. Auch bei der Berufung neuer Korrespondierender Mitglieder konnte dem Kriterium der Nachwuchsförderung hohes Gewicht beigemessen und so der Altersdurchschnitt schrittweise gesenkt werden. Ähnliches gilt für die Zuwahl neuer Ordentlicher Mitglieder.

Darüber hinaus ging der Präsident in seinem Bericht auf neu eingerichtete Arbeitskreise ein, darunter auch auf den von OM Prof. Dr. Maroš Finka, Bratislava, geleiteten ersten so genannten Europäischen Arbeitskreis „Territoriale Kohäsion". Er stellte neue Initiativen vor, beispielsweise zu den Themen „Räumliche Konsequenzen veränderter Sozialstrukturen" und „Recht der Raumordnung", skizzierte ausgewählte Aktivitäten der

Organe, erläuterte verschiedene vorgesehene Veranstaltungen und Kooperationen. Borchard schloss seine Ausführungen mit dem Dank an alle, die an den zahlreichen Aktivitäten der ARL mitgewirkt und die Arbeit des Präsidiums unterstützend und beratend begleitet haben.

In der sich anschließenden Diskussion wurde das Thema der Nachhaltigkeit nochmals aufgegriffen. Insbesondere die Fragen, wie Aspekte der Nachhaltigkeit bei den vielfältigen Aktivitäten der ARL berücksichtigt werden können und wie sichergestellt werden kann, dass vorgesehene Vorhaben „nachhaltigkeitstauglich" sind, wurden intensiv diskutiert. Das Präsidium sieht sich stets in der Verantwortung, Aspekte einer nachhaltige Entwicklung zu berücksichtigen, schließt jedoch – wie die OM ganz überwiegend auch – eine formalisierte Prüfung der Verträglichkeit einzelner Vorhaben hinsichtlich der Verwirklichung von Nachhaltigkeitsgesichtspunkten aus.

Demographischer Wandel

Welche räumlichen Konsequenzen erwachsen aus dem demographischen Wandel? Mit welchen Konzepten und Maßnahmen können Planer und Politiker den Prozess beeinflussen? Und auf welche Weise befasst sich die ARL mit diesem Thema? Dies waren nur einige Fragen, mit denen sich die Mitgliederversammlung ausführlich auseinander setzte. Zunächst sahen sich die Anwesenden eine Videoproduktion des Westdeutschen Rundfunks mit dem Titel „Leeres Land" an, in der sehr anschaulich die bereits heute sichtbaren Folgen von Überalterung und Abwanderung dokumentiert wurden. Im Anschluss daran stellte KM Prof. Paul Gans, Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie der Universität Mannheim, wesentliche Ergebnisse des von ihm geleiteten Arbeitskreises „Räumliche Auswirkungen des demographischen Wandels" vor. Er betonte zunächst, dass die zukünftige Bevölkerungsentwicklung – geprägt von Schrumpfung, Alterung, Heterogenisierung und Vereinzelung – regional und auch lokal sehr differenziert verläuft. Anhand einer Karte konnte man die prognostizierten regionalen Spezifika gut nachvollziehen. Gans ging insbesondere auf die zukünftig sehr unterschiedliche Ausstattung von Räumen mit Erwerbspersonen ein und schilderte die Konsequenzen für die regionalen Arbeitsmärkte. Auswirkungen seien auch bei der Wohnungsnachfrage, beim Bedarf an Einrichtungen der sozialen und Bildungsinfrastruktur und bei der Verkehrsentwicklung zu erwarten. Probleme ergeben sich vor allem in Agglomerationsräumen, in denen eine soziale und räumliche Polarisierung erwartet wird, und in peripheren ländlichen Regionen, deren Tragfähigkeit gefährdet ist. Insgesamt gesehen wird der Arbeitskreis der Wissenschaft und Politik eine fundierte Untersuchung zur Verfügung stellen, die den Diskussionsprozess wesentlich befruchten dürfte.

Raumordnungspolitische Leitbilder

Bereits bei der ersten Mitgliederversammlung 2004 wurde über Perspektiven der Raumordnungspolitik in Deutschland aus der Sicht von Bund, Ländern, Regionen und Kommunen gesprochen. Die Diskussion wurde nun in Ravensburg mit einem Referat von OM MinDgt Manfred Sinz, BMVBW, Berlin, zu den neuen Leitbildern der Raumentwicklung fortgesetzt. Sinz erläuterte zunächst, warum Bund und Länder zurzeit neue Leitvorstellungen entwickeln. Den strategischen Handlungsrahmen der Raumordnungspolitik in Bund und Ländern gilt es angesichts vielschichtiger Prozesse der Globalisierung, der europäischen Integration, des demographischen Wandels und der Verknappung natürlicher wie finanzieller Ressourcen fortzuentwickeln und in einen europäischen Kontext zu stellen. Hierzu fand im April dieses Jahres eine gemeinsame Erarbeitung neuer Leitbilder durch Bund und Länder auf der Basis der Eckpunkte der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) statt. Ziel ist es, einen Beschluss durch die MKRO im kommenden Jahr herbeizuführen.

Vier Leitbilder wurden erarbeitet und den Mitgliedern der Akademie vorgestellt. Erstens wird klar formuliert, dass Raumentwicklung einen Beitrag zum Wachstum in Deutschland leisten soll. Hierzu sind Kräfte zu bündeln und zu vernetzen. Stärken sollen gestärkt werden, gleichzeitig soll aber auch Solidarität mit weniger entwickelten Räumen praktiziert werden. Metropolregionen spielen dabei eine besondere Rolle. Zum Zweiten ist die Sicherung der Daseinsvorsorge zu gewährleisten. Insbesondere sind Infrastrukturstandorte langfristig zu sichern. Dabei soll nach wie vor das Zentrale-Orte-Konzept zum Einsatz kommen. Drittens soll Raumentwicklung ein Management räumlicher Ressourcen beinhalten. Hier ist einerseits der Wirtschaftsentwicklung Raum zu geben, andererseits muss die Raumordnung ihren Abwägungsauftrag beibehalten und ihren Gestaltungsauftrag für Kulturlandschaften wahrnehmen. Schließlich – viertens – wird das Ziel formuliert, verschiedene Leitbilder auf nationaler und europäischer Ebene miteinander zu verzahnen. Die Mitglieder verfolgten diesen Bericht „aus erster Hand" mit großem Interesse, würdigten das Ergebnis als ausgewogene Balance zwischen wissenschaftlicher Fundierung und politischer Durchsetzungsfähigkeit und gaben Sinz zahlreiche Anregungen für die weitere Bearbeitung der Leitbilder mit auf den Weg.

Präsident Borchard schloss die Sitzung mit der Einladung zur nächsten Mitgliederversammlung am 18. November 2005 in Berlin.

Andreas Klee, Tel. (+49-511) 3 48 42 – 39
E-Mail: Klee@ARL-net.de

Neue Korrespondierende Mitglieder

Das Präsidium berief folgende Persönlichkeiten in Würdigung ihrer Mitwirkung in der ARL zu Korrespondierenden Mitgliedern:

- Dipl.-Ing. **Hans-Georg Bächtold**, Amt für Raumplanung, Liestal (Schweiz)
- Prof. Dr.-Ing. **Peter Dehne**, Fachbereich Agrarwirtschaft und Landschaftsarchitektur, Fachhochschule Neubrandenburg
- Dipl.-Ing. **Knut Henkel**, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Berlin
- **Jean Peyrony**, Délégation à l'aménagement du territoire et à l'action régionale (DATAR), Paris (Frankreich)
- Dr. **Carola Schmidt**, Amt für Raumordnung und Landesplanung Vorpommern, Greifswald
- Dipl.-Geogr. **Anita Steinhart**, Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung Halle-Leipzig e.V., Halle

Internationale Delegation zu Gast bei der ARL

Unter der Leitung von Dr. Katharina Thywissen und Dr. Jörn Birkmann von der UN-University Bonn hat eine internationale Delegation am 26. April 2005 die ARL besucht. Gesprächspartner seitens der ARL waren Dr. Evelyn Gustedt, Dr. Andreas Klee und Dipl.-Vw. Burkhard Lange. Über das persönliche Kennenlernen und den grundsätzlichen wechselseitigen Informationsaustausch hinaus ging es den Gästen zum einen um das System und die Funktion der räumlichen Planung in Deutschland sowie um die besondere Arbeitsweise der ARL, zum anderen speziell um Fragen von Forschung und Praxis des raumorientierten Risikomanagements in Technik und Umwelt. Hierzu hat die ARL bekanntlich in jüngerer Zeit mit einem Arbeitskreis eine grundlegende Bestandsaufnahme vorgenommen (vgl. „Raumorientiertes Risikomanagement in Technik und Umwelt", Forschungs- und Sitzungsberichte Bd. 220, Hannover 2003). Darauf aufbauend hat sich die Wissenschaftliche Plenarsitzung 2003 in Saarbrücken eingehend mit dessen Ergebnissen auseinander gesetzt, wichtige Aspekte weiter vorangebracht und so einen vorläufigen Zwischenstand dokumentiert (vgl. „Risiken in Umwelt und Technik – Vorsorge durch Raumplanung", Forschungs- und Sitzungsberichte Bd. 223, Hannover 2005). Über die Ergebnisse wurde hier mehrfach berichtet.

Führung durch den „Expo-Stadtteil" Kronsberg

Angesichts des besonderen Interesses der Gäste wurde die Gelegenheit genutzt, vor Ort Beispiele des praktischen Umgangs mit Risiken vorzustellen. Dazu gehörte seitens der Landeshauptstadt Hannover der neue „Expo-Stadtteil" Kronsberg, insbesondere unter dem Aspekt der Kriminalprävention. Dieser Stadtteil stieß allerdings auch weit über den engeren fachlichen Aspekt hinaus mit seinem spezifischen Kontext auf großes Interesse. Die Führung wurde von Dipl.-Ing. Gerhard Kier von der Stadt Hannover geleitet, der seinerzeit maßgeblich planerisch an den Arbeiten beteiligt war. Über Fragen des Brand- und Katastrophenschutzes informierte Dipl.-Ing. Dieter Rohrberg (Berufsfeuerwehr der Landeshauptstadt Hannover). Seitens der Region Hannover stellte Dipl.-Ing. Harald Windeler Überlegungen und Maßnahmen des Hochwasserschutzes vor, die sich in diesem Verdichtungsraum mit seinem teilweise beachtlichen Siedlungsdruck und daraus resultierend – gerade in den Problemgebieten – mitunter gravierenden Verkehrsbelastungen in einem komplizierten Geflecht widerstrebender Interessen befinden. Das Bild wurde abgerundet durch Dipl.-Ing. Claudia Bergholz, WBBau an der Universität Hannover, die neuere Forschungsüberlegungen zum Hochwasserschutz am Beispiel des Leinetals vorstellte.

Insgesamt fand somit ein vielfältiger Gedankenaustausch statt. Man hatte den Eindruck, dass dessen Reiz für die Gäste auch in der Wahrnehmung ausgewählter Bereiche des institutionellen Netzes bestand, in dem sich das Sekretariat der ARL vor Ort befindet.

Burkhard Lange, Tel. (+49-0511) 3 48 42 - 28
E-Mail: Lange@ARL-net.de

Besuch von Raumplanern aus Montenegro

Hochrangigen Besuch aus dem Südosten Europas erhielt die ARL am 12. April 2005. Die stellvertretende Ministerin für Umweltschutz und Raumplanung des Staates Montenegro, Maja Velimieroviç-Petrovic, sowie zahlreiche Vertreter montenegrinischer Städte und Gemeinden, Planungsbüros und der Universität informierten sich auf einer von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) organisierten Studienreise über Raumentwicklung und Raumplanung in Deutschland und tauschten Wissen aus.

Nach der Begrüßung der Gäste stellte Dr.-Ing. Evelyn Gustedt, Referatsleiterin im Sekretariat der ARL, die Akademie für Raumforschung und Landesplanung vor. Dabei standen der organisatorische Aufbau der ARL, der Wissenstransfer durch das ausgedehnte personelle Netzwerk und die aktuellen Forschungs- und Diskussionsfelder im Mittelpunkt.

Anschließend ging cand.-Ing. Christoph Scheck, Praktikant im Sekretariat der ARL, auf die verschiedenen Ebenen der räumlichen Planung ein. Beginnend mit dem föderalen Aufbau der Bundesrepublik erläuterte er die Organisation und die Inhalte der einzelnen Planungsebenen sowie die Abstimmungsnotwendigkeiten mit den zahlreichen Fachplanungen.

Um die interdisziplinäre Forschung in den Raumwissenschaften zu verdeutlichen, erläuterte PD Dr.-Ing. Helga Kanning, Institut für Landesplanung und Raumforschung, die Tätigkeit der Arbeitsgruppe Raumplanung und Regionalentwicklung (AG Raum + Region) an der Universität Hannover. Diese Arbeitsgruppe ist wie die ARL Mitglied des Kompetenzzentrums für Raumforschung und Regionalentwicklung in der Region Hannover.

Im Anschluss an die drei Referate bestand Gelegenheit zu Fragen und zur Diskussion. Da die ARL in Montenegro nicht unbekannt ist – unter anderem ist dort die Veröffentlichungsreihe „Studies in Spatial Development" bekannt – zeigten sich die Besucher sehr interessiert am Aufbau der ARL. Insbeson-

dere Fragen zur Bereitstellung von Geldern und Genehmigung des Haushaltes sowie zur Fachaufsicht über die bearbeiteten Forschungsthemen bzw. Veröffentlichungen wurden gestellt. Des Weiteren interessierte die Gäste, ob die ARL Datengrundlagen der räumlichen Entwicklung auf Indikatorenbasis sammelt und für Planungen zur Verfügung stellt. Im Hinblick auf die Ausbildung von Planern in Montenegro fragten Universitätsvertreter nach den Erfahrungen mit dem Fach Landschaftsplanung als eigenständigem Studiengang bzw. als Teil des Studiengangs Raumplanung oder Architektur in Deutschland.

Abschließend dankte die stellvertretende Ministerin für die zahlreichen Informationen und die angeregte Diskussion und erklärte, dass es sicherlich sinnvoll sei, auch in Montenegro eine der ARL ähnliche Organisation aufzubauen.

Christoph Scheck

Personalien

KM Prof. Dr. **Paul Gans**, Lehrstuhlinhaber für Wirtschaftsgeographie an der Universität Mannheim, ist als Vertreter der ARL zum Mitglied der Enquetekommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen an ein zukunftsfähiges Niedersachsen" berufen worden. Die Kommission soll sich mit den Auswirkungen des demographischen Wandels für Niedersachsen befassen. Zielsetzungen sind dabei die Erarbeitung von konkreten Lösungsvorschlägen für die anstehenden Herausforderungen in Niedersachsen sowie die Entwicklung von Empfehlungen an den Landtag. Die konstituierende Sitzung der Kommission fand am 30. Juni 2005 statt. Prof. Gans untersucht seit vielen Jahren die regionalen Auswirkungen der demographischen Entwicklung in Deutschland und Europa, d. h. des langfristigen Rückgangs, der kontinuierlichen Alterung und der Heterogenisierung der Bevölkerung durch internationale Zuwanderung. Er war auch Leiter des ARL-Arbeitskreises „Räumliche Auswirkungen des demographischen Wandels", dessen Forschungsergebnisse in Kürze veröffentlicht werden.

❐

KM Dr. **Heinrich Ganseforth**, seit Anfang der 1990er Jahre Vorsitzender der üstra Hannoversche Verkehrsbetriebe AG, ist Ende Juni in den Ruhestand getreten. Zuvor war Ganseforth Direktor des Zweckverbandes Großraum Hannover, der heutigen Region Hannover, und hat in dieser Funktion auf vielfältige Weise eng mit der ARL zusammengearbeitet.

❐

KM Prof. Dr. **Heiderose Kilper**, Direktorin des Leibniz-Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in Erkner bei Berlin, wurde zur neuen Sprecherin des 4R-Netzwerks gewählt. Das 4R-Netzwerk umfasst die vier raumwissenschaftlichen Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft (ARL, IfL, IÖR, IRS).

❐

Am 1. Juni 2005 ist KM RegDir. **Karl-Heinrich Vespermann**, Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Abt. Landesplanung, in den Ruhestand getreten.

Auf Beschluss der Salzburger Landesregierung wurde Prof. Dr. **Peter Weichhart**, Professor für Humangeographie am Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der ARL, für seine wissenschaftlichen Leistungen und sein Engagement für den Auf- und Ausbau des „Salzburger Instituts für Raumordnung und Wohnen" (SIR) das Goldene Verdienstzeichen des Landes Salzburg verliehen.

†
Alfred Dick

Am 8. März 2005 ist der ehemalige bayerische Staatsminister Alfred Dick, Korrespondierendes Mitglied der ARL seit 1980, in Straubing verstorben. Alfred Dick war eng mit der Akademie verbunden. Von 1970 an war er erster Staatssekretär im damals neu geschaffenen Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen. 1977 wurde er zum Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen ernannt. Er hat in seinem Fachgebiet Pionierarbeit geleistet und sich sehr für die Raumentwicklung in Bayern unter Integration der Belange des Naturschutzes engagiert. Das Wirken der Akademie unterstützte und förderte er stets wohlwollend. Daraus hat sich eine besonders enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit ergeben, die auch nach seinem Ausscheiden aus dem Kabinett fortgesetzt werden konnte. Durch seine offene, ehrliche und verbindliche Art, seine große berufliche Erfahrung und seine Fachkenntnisse hat Alfred Dick zum Erfolg der Akademiearbeit beigetragen. Die ARL wird dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Werner-Ernst-Preis 2005 vergeben

Grenzenloser Verkehr? – Verkehr an Grenzen!

Im Rahmen der Wissenschaftlichen Plenarsitzung der ARL am 16. und 17. Juni 2005 in Ravensburg wurde der Werner-Ernst-Preis 2005 des Förderkreises für Raum- und Umweltforschung e.V. – FRU – an die Preisträger vergeben. Seit 2003 trägt dieser Nachwuchswettbewerb den jetzigen Namen und ehrt damit den 2002 verstorbenen Staatssekretär a.D. Professor Dr. jur. Dr. jur. h. c. Werner Ernst, der sich in der Exekutive (zuletzt als Staatssekretär), in der Judikative (als Bundesrichter) und in der Wissenschaft (als Hochschullehrer in Berlin und Münster sowie als Präsident – 1971 bis 1974 – und Ehrenpräsident der ARL) hohes Ansehen in Raumplanung und -forschung erworben hat.

Der diesjährige Wettbewerb hatte sich, wie schon in vergangenen Jahren, inhaltlich an der ARL-Jahrestagung orientiert, da der FRU-Vorstand die Einschätzung der ARL teilte, ein aktuelles Thema gewählt zu haben, und sich so wiederum eine harmonische Einbindung der Preisverleihung in die Gesamtveranstaltung ermöglichen ließ.

In der Ende 2004 veröffentlichten Ausschreibung war der inhaltliche Hintergrund dieses Wettbewerbsthemas so beschrieben worden:

Der motorisierte Individualverkehr, insbesondere der Straßengüterverkehr, wächst in Deutschland seit Jahren nahezu ungebremst. Dazu tragen neben den innerdeutschen Verkehren insbesondere die Transitverkehre bei. Deutschland ist seit langem Transitland Nr. 1 in Europa. War es bis in die 1990er Jahre vor allem der Transit in Nord-Süd-Richtung, so ist mit der Entwicklung von Marktwirtschaften in den ost- und südosteuropäischen Ländern besonders der Gütertransport in Ost-West-Richtung drastisch angestiegen. Deutschland hat aufgrund seiner geographischen Situation die Funktion einer zentralen Drehscheibe erhalten. Diese Entwicklung trifft in Europa – und hier wiederum brennglasartig verstärkt in Deutschland – auf einen Personenverkehr, der sich wegen der hohen Siedlungsdichte und der ausgeprägten interregionalen Arbeitsteilung bereits auf einem hohen Niveau befindet. Es ist davon auszugehen, dass mit fortschreitender europäischer Integration und zunehmender Wohlstandsentwicklung in den Beitrittsländern das Verkehrsvolumen in Deutschland weiterhin ansteigen wird. Der Verkehr scheint grenzenlos zu wachsen.

Die Belastung durch das hohe und anscheinend ungebremste Verkehrsvolumen stößt indes zunehmend an Grenzen, in Teilräumen ist die Raumverträglichkeit längst überschritten. Der Flächenverbrauch durch den Aus- und Neubau von Verkehrstrassen, der Ausstoß von klimaschädlichen Gasen durch Kraftfahrzeuge, die Lärmbelastung sowie die Unfallfolgen werden in vielen Regionen Deutschlands als nicht mehr zumutbar empfunden. Hinzu tritt, dass die Sparzwänge der öffentlichen Hand auf mittlere Sicht immer weniger Erweiterungsinvestitionen in die Verkehrsinfrastruktur zulassen werden, wo doch Experten bereits von einem absehbar gigantischen Erneuerungsbedarf des Bestehenden sprechen. So wie allen die negativen Seiten des Verkehrs bewusst sind, so ist aber auch einsichtig, dass Mobilität wichtige Voraussetzung und Kennzeichen einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft ist.

Der Wettbewerb forderte dazu auf, sich mit der oben umrissenen Situation auseinander zu setzen und Vorschläge zu diskutieren, welche Folgerungen für die raum- und umweltbezogene Politik und Planung gezogen werden sollten. Die spezielle Problematik der Verkehrssituation in Grenzregionen war als ein mögliches Unterthema genannt worden.

Ausdrücklich war darauf hingewiesen worden, dass Beiträge aus den verschiedensten fachlichen Sichtweisen heraus erarbeitet werden konnten, allerdings auch eine fachübergreifende Betrachtung erwünscht sei.

Nach dem Abgabetermin am 15. April 2005 wurden die Wettbewerbsbeiträge an die Jury zur Prüfung und Bewertung übergeben. Mitglieder der Jury waren Professor Dr. Bernd Scholl (Leiter des Instituts für Städtebau und Landesplanung, Universität Karlsruhe), der auch den Vorsitz innehatte, Privatdozent Dr. Markus Hesse (Freie Universität Berlin, Fachbereich Geowissenschaften, Arbeitsbereich Stadtforschung), Professor Dr. Heinrich Hermann Kill (Fachhochschule Erfurt, Fachbereich Verkehrs- und Transportwesen) und Verbandsdirektor Dr.-Ing. Stefan Köhler (Regionalverband Bodensee-Oberschwaben, Ravensburg).

Anfang Mai legte die Jury ihr Beratungsergebnis vor. Der FRU-Vorstand folgte der Empfehlung zur Preisvergabe, die vorsah, einen zweiten und einen dritten Preis zu vergeben.

Der Vorsitzende des Förderkreises, Prof. Dr.-Ing. Gerd Turowski, gab im Rahmen der Wissenschaftlichen Plenarsitzung in Ravensburg das Wettbewerbsergebnis bekannt und überreichte die Auszeichnungen.

2.Preis

Dipl.-Wirtschaftsingenieurin **Anke Eßer**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institut für Industriebetriebslehre und industrielle Produktion, und Dipl.-Wirtschaftsingenieur **David Schmedding**, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Wirtschaftspolitik und -forschung, Universität Karlsruhe

3.Preis

Dipl.-Ing. **Ute Weiß** und Dipl.-Geograph **Lars Liebe**, beide in der Regionalen Planungsstelle Mittelthüringen in Weimar tätig

Rückläufige Verkehrsmengen, Konsequenzen für die Regionalplanung

Der 3. Preis, dotiert mit 1000 EUR, wurde dem von Dipl.-Ing. Ute Weiß und Dipl.-Geograph Lars Liebe eingereichten Beitrag zuerkannt. Die Autoren sind in der Regionalen Planungsstelle Mittelthüringen tätig und derzeit mit der Fortschreibung des Regionalplans befasst. Aus dieser Aufgabe heraus haben sie ihren Wettbewerbsbeitrag entwickelt; dieser trägt den Titel „Rückläufige Verkehrsmengen?! Welche Konsequenzen zieht die Regionalplanung für ihr funktionales Straßennetz? Das Beispiel Thüringen“. Die Arbeit geht der Frage nach, inwiefern die Weiterentwicklung hochrangiger Straßennetze unter den demographischen Entwicklungen neu justiert werden sollten. Ziel der Arbeit war es, zu zeigen, dass eine Vorstellung von grenzenlos wachsender Verkehrsmengenentwicklung nicht pauschal für ganze Regionen, Bundesländer oder Deutschland insgesamt angenommen werden kann. Am Beispiel von Mittelthüringen verdeutlicht der Beitrag, dass die Entwicklung des Straßenverkehrs in Teilräumen sich bereits heute einer Sättigungsgrenze nähert oder sich mittelfristig nähern wird. „In der Arbeit werden“, so die Jury, „Fragen für die künftige Raumentwicklung angesprochen, die besonders in den gegenwärtig schrumpfenden Regionen von Bedeutung sind. Dies betrifft beispielsweise die Änderungen der Hierarchien von Netzwerken und Fragen ihrer zukünftigen Finanzierbarkeit. Die Arbeit stellt infolgedessen einen Vorschlag für den Umgang mit bestehenden funktionalen Straßennetzen in Mittelthüringen zur Diskussion. ... Ein Beitrag zum Erkenntnisfortschritt ist vor allem für die vom Bevölkerungsrückgang betroffenen Räume erkennbar. Da jedoch in der weiteren Zukunft mit weit reichenden Änderungen der demographischen Entwicklung und damit Änderungen des Verkehrsverhaltens in vielen Regionen Deutschlands zu rechnen ist, werden mit der Arbeit bedeutsame Fragestellungen bei der Weiterentwicklung der hochrangigen Straßenverkehrsnetze aufgezeigt.“

Die Empfänger des 2. Preises

Handelbare Umweltrechte als Steuerungsinstrument für den Straßengüterverkehr

Als beste Arbeit im Wettbewerb wurde der Beitrag von Anke Eßer und David Schmedding, beide Diplom-Wirtschaftsingenieure und als wissenschaftliche Mitarbeiter an der Universität Karlsruhe tätig, mit dem zweiten Preis in Höhe von 1500 EUR ausgezeichnet. Die Arbeit behandelt das Thema „Handelbare Umweltrechte als Steuerungsinstrument für den Straßengüterverkehr in sensiblen Regionen – am Beispiel der Brennerautobahn“. Im Kern geht es den Autoren darum, dass die von der Europäischen Kommission bereits vor zehn Jahren geforderten fairen und effizienten Preise im Verkehr realisiert werden durch Internalisierung der externen Kosten des Verkehrs. In ihrer Untersuchung werden die traditionellen Internalisierungsinstrumente Steuern und Straßenbenutzungsgebühren in ihrer Wirksamkeit relativ gering eingeschätzt; statt dessen werden handelbare Umweltrechte präferiert, die es ihrem Halter erlauben, die Umwelt in einem bestimmten festgelegten Maße zu belasten. Die Arbeit legt die wesentlichen Rahmenbedingungen und Bestandteile eines Systems für handelbare Umweltrechte dar und simuliert am Beispiel der Brennerautobahn die Auswirkungen bei Einführung eines derartigen Systems einerseits auf das Ziel der Reduktion von Schadstoffen und andererseits auf die Verkehrssituation. Die Jury lobt den zielgerichteten Aufbau der Arbeit, die Verfolgung eines innovativen Ansatzes und dessen systematische Prüfung. Es werde ein Beitrag zum Erkenntnisfortschritt in einem für die Organisation grenzüberschreitender Verkehre wichtigen Bereich geleistet. Die Arbeit sei flüssig geschrieben und anschaulich durch die Beifügung von Graphiken und Diagrammen.

Nach der Laudatio und Preisübergabe hatten Anke Eßer und David Schmedding Gelegenheit, in komprimierter Form die Hauptgedanken der gemeinsamen Arbeit vorzutragen. Der Beifall der Tagungsteilnehmer belohnte sie für ihre interessanten Ausführungen.

Wie in den Vorjahren ist vorgesehen, die mit Preisen bedachten Arbeiten der Redaktion der Fachzeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ zur Veröffentlichung anzubieten.

Klaus Becker

mentoring-programm von arl + fru

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)
Förderkreis für Raum- und Umweltforschung e.V. (FRU)

ziele

FRU und ARL bieten ab Herbst 2005 ein Mentoring-Programm für junge Planerinnen und Wissenschaftlerinnen der Raum- und Umweltplanung an. Ziel des Programms ist es, die Nachwuchsförderung zu verbessern und gezielt junge Frauen beim Start in das Berufsleben zu unterstützen. Dies soll dazu beitragen, den Anteil von Frauen in leitenden Funktionen der Raumplanung zu erhöhen. Den möglichen Barrieren in den Karrieren junger Planerinnen soll begegnet und das Programm die Teilnehmerinnen bei der Planung und Entwicklung ihrer Berufslaufbahn unterstützen und auf künftige Anforderungen der Berufspraxis vorbereiten.

programm

Für eine Laufzeit von 12 Monaten werden fünf Plätze ausgeschrieben. Den Teilnehmerinnen stehen Mentorinnen aus der Raumwissenschaft und Planungspraxis als Ansprechpartnerinnen und Beraterinnen zur Berufseinstieg und zur beruflichen Weiterentwicklung zur Verfügung. Der Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer zwischen Mentee und erfahrener Mentorin soll die Teilnehmerinnen individuell fördern.

Das Mentoring setzt sich aus folgenden Bausteinen zusammen:

- One-by-one Mentoring einer Mentee mit jeweils einer erfahrenen Planerin oder Raumwissenschaftlerin,
- Gemeinsame Veranstaltungen zum Auftakt und zur Information über das Mentoring-Programm sowie zum Abschluss zur Ergebnispräsentation,
- Qualifikationskurse für die Mentees.

Das Mentoringprogramm schließt mit einem Zertifikat über die erfolgreiche Teilnahme ab.

one-by-one mentoring

Kernstück des Mentoring-Programms ist die Mentoring-Partnerschaft zwischen Mentorin und Mentee. Grundlage für die Bildung eines Tandems ist die Übereinstimmung von Zielen und Persönlichkeit der Mentees, den Lernmöglichkeiten und der Persönlichkeit der Mentorin. Der Kontakt zwischen Mentee und Mentorin wird über die Programm-Geschäftsstelle vermittelt. Diese steht beiden Seiten auch während des gesamten Mentoring-Prozesses bei Fragen zur Verfügung. Über Erwartungen und Ziele der Mentoring-Partnerschaft, Häufigkeit und Form des Kontakts sowie Vertraulichkeit der Gespräche stimmen sich Mentorin und Mentee zu Beginn des Mentoring ab.

Die Teilnehmerinnen des Mentoring-Programms können die zugewiesene Mentorin bzw. die Mentee ablehnen und sich bei Konflikten an die Programmgeschäftsstelle wenden.

qualifikationskurse

Innerhalb des Mentoring-Programms wird von den Mentees erwartet, dass sie an zwei Qualifikationskursen auf eigene Kosten teilnehmen. Sie können aus folgenden Inhalten wählen: Projektmanagement, Präsentation, Rhetorik, Self-Management, Zeit- und Konfliktmanagement oder Kommunikations- und Bewerbungstraining.

gemeinsame veranstaltungen

Um das Kennenlernen der Teilnehmerinnen untereinander und das Programm zu fördern, findet zu Beginn des Mentoring-Programms eine Auftaktveranstaltung statt. Auf der Abschlussveranstaltung werden die Ergebnisse der Mentee-Projekte vorgestellt und Erfahrungen mit dem Mentoring-Programm ausgetauscht.

vorteile für mentees:

- Vertiefte Kenntnisse über Strukturen, „Spielregeln" und Verfahrensweisen in Planungspraxis oder Wissenschaft
- Integration in Netzwerke der Raumplanung und Raumwissenschaften
- Förderung von strategischen Kompetenzen und des „Self-Marketings"
- Erweiterte oder konkretere Vorstellungen zur Karriereplanung und höhere Motivation

vorteile für mentorinnen:

- Erweiterung von Betreuungsfähigkeiten und Erfahrungen im Wissenstransfer
- Anregungen und Motivation sowie erweiterte Kontakte
- Reflexion des eigenen Berufsweges, von Zielen und Erfahrungen

ziele aus sicht von arl und fru:

- Qualitätssteigerung in der Nachwuchsförderung
- Sicherung der Leistungsfähigkeit der ARL durch frühzeitige Einbindung von Nachwuchskräften
- Förderung der Gleichstellung in den Raumwissenschaften und ihres Images im Wettbewerb um Talente

erwartungen an die teilnehmerinnen

Das Mentoring-Programm von FRU und ARL richtet sich an Absolventinnen der Raumplanung, Stadt- und Regionalplanung, Geographie, Landschafts- und Umweltplanung und verwandten Studienrichtungen. Die Interessentinnen sollten Sie bereit sein:

- sich aktiv in die Mentoring-Partnerschaft über den Zeitraum von einem Jahr einzubringen und regelmäßige Treffen wahrzunehmen,
- einen Fachbeitrag aus einem ihrer Arbeitsbereiche im Zeitraum des Mentoring-Programms zu erarbeiten (Zeit. Veröffentlichung in der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung"),
- zwei Qualifikationskurse zu besuchen,
- an der Auftaktveranstaltung teilzunehmen und ihren Fachbeitrag auf der Abschlussveranstaltung vorzustellen.

Die Aufnahme in das Mentoring-Programm erfolgt über eine Auswahl schriftlicher Bewerbungen. Ihre Bewerbung sollte ein Anschreiben zu Motiven und Zielen einer Teilnahme am Mentoring-Programm, den Lebenslauf sowie eine Kurzdarstellung der aktuellen beruflichen Situation umfassen.

Bewerbungsschluss ist der 31. Juli 2005
Beginn des Programmzeitraums ist der 1. Oktober 2005

Kontakt und information:

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL)
– Mentoring-Programm –
Dr. Andreas Klee
Hohenzollernstraße 11, 30161 Hannover
Tel. (+49 511) 3 48 42 39; Fax (+49 511) 3 48 42 41
E-Mail: klee@ARL-net.de

in Kooperation mit:

Technische Universität Hamburg-Harburg
Arbeitsbereich Stadt-, Regional- und Umweltplanung
21071 Hamburg

Neue Mitglieder im FRU

Als neue Mitglieder im Förderkreis begrüßt der Vorstand:

- **Oliver Fuchs**, Dipl.-Ing., Wissenschaftlicher Mitarbeiter
  Universität Hannover
- **Alexander Vock**, Student der Geographie
  Technische Universität Dresden
- **Andreas Kühl**, Dipl.-Ing., Referent
  Dresden
- **Tina Köhler**, Dipl.-Ing., Referentin
  Heppenheim
- **Hans Heinrich Blotevogel**, Prof. Dr.
  Universität Dortmund
- **Dirk Engelke**, Dr.-Ing.
  Büro für Räumliche Planung, Karlsruhe
- **Markus Hesse**, Dr., Priv.-Dozent
  Freie Universität Berlin
- **Christina von Haaren**, Prof. Dr.
  Universität Hannover
- **Konrad Lammers**, Dr., Abteilungsleiter
  Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv
- **Jürgen Aring**, Dr.
  Büro für Angewandte Geographie, Meckenheim
- **Dietrich Henckel**, Prof. Dr.
  Technische Universität Berlin
- **Erich Tilkorn**, Bezirksplaner, Abteilungsleiter
  Bezirksregierung Münster
- **Hans-Friedrich Eckey**, Prof. Dr.
  Universität Kassel
- **Christian Diller**, Dr.-Ing., Referatsleiter
  Innenministerium Schleswig-Holstein
- **Johann Jessen**, Prof. Dr.
  Universität Stuttgart
- **Ulrike Weiland**, Prof. Dr.-Ing.
  UFZ – Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle
- **Martha Pohl**, Dr., Abteilungsleiterin beim
  Senator für Wirtschaft und Häfen der Freien Hansestadt Bremen
- **Ulf Hahne**, Prof. Dr.
  Universität Kassel
- **Christian Breu**, Verbandsdirektor
  Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München
- **Walter Schönwandt**, Prof. Dr.-Ing.
  Universität Stuttgart
- **Frank Reitzig**, Ass. jur., Rechtsanwalt
  Berlin
- **Bernhard Heinrichs**, Dr.-Ing., MinDgt u. Abt.-Leiter
  Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern

Vorankündigung

Nächste Mitgliederversammlung des FRU

Dem Vorstand des Förderkreises gehören als gewählte Mitglieder an: Prof. Dr.-Ing. Gerd Turowski als Vorsitzender (seit 1994), Prof. Dr.-Ing. Jörg Knieling als Stellvertretender Vorsitzender (seit 1994) und Dr. Klaus Becker als Schriftführer (faktisch seit Vereinsgründung 1989, formal seit 1998); satzungsgemäß ist der jeweilige Generalsekretär der ARL – derzeit Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich – weiteres Vorstandsmitglied. Die vierjährige Amtszeit der gewählten Vorstandsmitglieder endet mit Ablauf dieses Jahres. Die Wahl eines neuen Vorstandes ist einer der Tagesordnungspunkte in der nächsten Mitgliederversammlung des FRU, die am **18. November 2005 in Berlin** stattfinden wird. Sie geht einer für den gleichen Tag angesetzten Versammlung der Ordentlichen Mitglieder der ARL voraus. Diese gemeinsame Terminierung ist insofern zweckmäßig, als Ordentliche Mitglieder der ARL die größte Personengruppe im FRU ausmachen. Weitere Punkte auf der Agenda der Mitgliederversammlung werden der Tätigkeitsbericht des Vorstandes und die Beratung der weiteren Vorhaben des Vereins sein.

Der Vorstand würde sich über eine zahlreiche Beteiligung der Mitglieder freuen und bittet um Vormerkung des Termins. Die Einladung zur Mitgliederversammlung mit Tagesordnung und Beratungsunterlagen wird im Oktober versandt.

Klaus Becker

FRU-*Infobörse*

Unter dieser Rubrik erscheinen Hinweise auf beachtenswerte Diplomarbeiten, Dissertationen und sonstige graue Literatur. Der Förderkreis möchte auf diese Weise auf Leistungen des wissenschaftlichen Nachwuchses aufmerksam machen. Interessenten können die Adressen, an die Anfragen zu den gemeldeten Arbeiten zu richten sind, über den Förderkreis erhalten.

Diese Rubrik steht allen inner- und außerhalb des personalen Netzwerks der ARL zur Verfügung; eine Auswahl ist vorbehalten. Informationen über Arbeiten, die in den folgenden Heften der ARL-Nachrichten veröffentlicht werden können, werden erbeten an:

FRU c/o ARL, Hohenzollernstr. 11, 30161 Hannover, FAX: 0049-(0)511 - 3 48 42- 41, E-mail: Becker@ARL-net.de

Diplomarbeiten, Dissertationen etc.

Abgeschlossene und laufende Arbeiten

Universität Dortmund, Fakultät Raumplanung

- ***Brink, Arne van den***

Zwischennutzungen als Instrument der Immobilien-Projektentwicklung. Strategischer Einsatz von temporären Nutzungen auf der Brachfläche PHOENIX West in Dortmund-Hörde
(Diplomarbeit, abgeschl. 04/2005)

- ***Göttlicher, Dirk***

Evaluation regionaler Kooperationsprozesse. Das interkommunale Raumstrukturkonzept der Region Bremen
(Diplomarbeit, abgeschl. 02/2005)

- ***Kumkar, Fabian***

Planning and Policy for Sustainable Regions – Västra Götaland/Sweden and Hannover/Germany
(Diplomarbeit, abgeschl. 11/2004)

- ***Mathieu, Isabel***

Lokale Agenda 21 – Soziale Milieus als Grundlage zielgruppenspezifischer Kommunikation in Dortmund
(Diplomarbeit, abgeschl. 03/2005)

- ***Rosenbohm, Tim***

Zukunft peripherer Einzelhausgebiete – Perspektiven und Handlungsempfehlungen vor dem Hintergrund der demographischen Alterung
(Diplomarbeit, abgeschl. 04/2005)

- ***Vorberg, Thorsten***

Lokale Unternehmen und Unternehmensnetzwerke in der Stadtteilentwicklung – Eine Analyse in den benachteiligten Stadtteilen Oberhausen-Innenstadt und Dusiburg-Marxloh
(Diplomarbeit, abgeschl. 03/2005)

Technische Universität Kaiserslautern Lehrstunl Regionalentwicklung und Raumordnung

- ***Baasch, Florian***

Ansätze zur Stadtteilaufwertung durch Business Improvement Districts (BID) – Diskussion am Beispiel eines Innenstadtquartiers in Heilbronn
(Diplomarbeit, abgeschl. 03/2005)

- ***Brill, Marcus***

Strategie und Konzepte zur Profilierung von Stadt und Region – das Beispiel Remagen – Sinzig – Bad Breisig
(Diplomarbeit, abgeschl. 12/2004)

- ***Dühring, Jan***

Telekommunikationsinfrastruktur – Räumliche Wirkungen und Bedeutung für eine nachhaltige ökonomische Entwicklung in ausgewählten Regionen
(Diplomarbeit, abgeschl. 10/2004)

- ***Grotheer, Swantje***

Marktanalyse für den Regionalflughafen Karlsruhe/Baden-Baden – Entwicklungen und Perspektiven für den Regionalflughafen
(Diplomarbeit, abgeschl. 11/2004)

- ***Halbig, Christian***

Wirkungen von Sportevents – das Beispiel Gutenberg-Marathon in Mainz
(Diplomarbeit, abgeschl. 02/2005)

- ***Köhler, Stefanie***

Touristische Entwicklungskonzeption für die Region Ost-Württemberg
(Diplomarbeit, abgeschl. 03/2005)

- ***Körner, Heiko***

Akzeptanz landesweiter Standortinformationssysteme für Gewerbeflächen – Beispiel Hessen
(Diplomarbeit, abgeschl. 10/2004)

- ***Proske, Matthias***

Anforderungsprofil für ein flächendeckendes Regionalmanagement am Beispiel des Regierungsbezirks Schwaben (Bayern)
(Diplomarbeit, abgeschl. 01/2005)

- ***Schulte, Iris***

Räumliche Wirkungen des schienengebundenen Nahverkehrs in ländlichen Räumen – das Beispiel Ostwelstfalen-Lippe
(Diplomarbeit, abgeschl. 03/2005)

Im **Sekretariat der ARL** ist zum 01.04.2006 die Stelle einer/s

Wissenschaftlichen Referentin/en

für die Leitung des Referates **„Natürliche Ressourcen, Umwelt, Ökologie“** zu besetzen.

Der inhaltliche Schwerpunkt der vielseitigen Tätigkeit liegt in den Bereichen Umweltentwicklung, ökologische Aspekte der Landschaftsentwicklung und der räumlichen Planung, Landbewirtschaftung und nachhaltige Entwicklung sowie Kulturlandschaftsforschung. Von der Stelleninhaberin/dem Stelleninhaber wird erwartet, dass sie/er die verschiedenen Forschungs- und Transferprojekte der ARL in diesen Bereichen organisiert und inhaltlich begleitet, neue Forschungsimpulse setzt und die Veröffentlichungen und Veranstaltungen zu diesen Themen in der ARL koordiniert. Darüber hinaus sind Beratungsleistungen für Wissenschaft, Verwaltung und Politik zu erbringen.

Geboten wird die Zusammenarbeit in einem engagierten Team und in einem umfangreichen Expertennetzwerk. Erwartet werden ein fachbezogener Hochschulabschluss (z. B. Landschaftsplanung oder Umweltwissenschaften) mit vertieften Bezügen zur räumlichen Planung, Erfahrungen im Forschungsmanagement, Teamfähigkeit, ein hohes Maß an Belastbarkeit und die Bereitschaft zu interdisziplinärem Arbeiten. Promotion in einem raum- oder umweltwissenschaftlich relevanten Fachgebiet ist erwünscht. Eigene wissenschaftliche Leistungen sind nachzuweisen. Gute Englischkenntnisse sind erforderlich.

Bewerbungen von Frauen werden besonders begrüßt. Schwerbehinderte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Die Vergütung erfolgt nach Verg.-Gr. II a BAT. Eine spätere Höherstufung nach Verg.-Gr. I b BAT ist vorgesehen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind **bis zum 09.09.2005** zu richten an den Präsidenten der ARL, Hohenzollernstraße 11, 30161 Hannover. Für Fragen steht Ihnen Herr Dr. Klee unter 0511/34842-39 oder Klee@arl-net.de zur Verfügung.

Im **Sekretariat der ARL** ist zum 01.06.2006 die Stelle einer/s

Wissenschaftlichen Referentin/en

für die Leitung des Referates **„Rechtsgrundlagen der Raumentwicklung“** zu besetzen.

Der inhaltliche Schwerpunkt der vielseitigen Tätigkeit liegt in den Bereichen Grundsatzfragen der Raumordnung und Landesplanung, Raumordnungsrecht, Baurecht, Recht der raumbedeutsamen Fachplanungen, EU-Recht. Von der Stelleninhaberin/dem Stelleninhaber wird erwartet, dass sie/er die Forschungs- und Transferprojekte der ARL in diesen Bereichen organisiert und inhaltlich begleitet, neue Forschungsimpulse setzt und die Veröffentlichungen und Veranstaltungen zu diesen Themen in der ARL koordiniert. Darüber hinaus sind Beratungsleistungen für Wissenschaft, Verwaltung und Politik zu erbringen.

Geboten wird die Zusammenarbeit in einem engagierten Team und in einem umfangreichen Expertennetzwerk. Erwartet werden ein fachbezogener Hochschulabschluss in Rechtswissenschaft mit vertieften Bezügen zur räumlichen Planung, Erfahrungen im Forschungsmanagement, Teamfähigkeit, ein hohes Maß an Belastbarkeit und die Bereitschaft zu interdisziplinärem Arbeiten. Promotion in einem rechtswissenschaftlich relevanten Fachgebiet ist erwünscht. Eigene wissenschaftliche Leistungen sind nachzuweisen. Gute Englischkenntnisse sind erforderlich.

Bewerbungen von Frauen werden besonders begrüßt. Schwerbehinderte werden bei gleicher Qualifikation bevorzugt berücksichtigt.

Die Vergütung erfolgt nach Verg.-Gr. II a BAT. Eine spätere Höherstufung nach Verg.-Gr. I b BAT ist vorgesehen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind **bis zum 09.09.2005** zu richten an den Präsidenten der ARL, Hohenzollernstraße 11, 30161 Hannover. Für Fragen steht Ihnen Herr Dr. Klee unter 0511/34842-39 oder Klee@arl-net.de zur Verfügung.